



Möchten
Sie die Zeitung
ausschließlich als
E-Paper lesen?

Dann klicken
Sie bitte hier

Foto: JFL photography / Adobe Stock

Aufgabe der neuen Bundesregierung muss es sein, die gesellschaftliche Spaltung zurückzudrängen und soziale Gerechtigkeit herbeizuführen.

100-Tage-Programm für künftige Regierung – SoVD fordert schnelles Handeln

Für sozialen Frieden sorgen!

Die Wahlen sind gelaufen, die Stimmen ausgezählt. Denkbar knapp ist die SPD in Deutschland nun stärkste Kraft. Auf ein Rekordtief fiel die Union. Noch ist nicht klar, welche Parteien die Regierung bilden. Fest steht jedoch, dass diese als Altlasten einige sozialpolitische Baustellen übernimmt. Angesichts der enormen Aufgaben mahnt SoVD-Präsident Adolf Bauer zur Entschlossenheit: „Es darf keine Hängepartie geben – die Verantwortlichen müssen schnell handeln!“

Einiges wurde in der nun zurückliegenden Legislatur angegangen, noch mehr aber landete auf der langen Bank. Insbesondere die drängenden sozialpolitischen Fragen und Probleme blieben weitgehend ungelöst. Allen voran ist das die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, die sich in der Pandemie noch verschärft hat. Die grundlegenden Systemfehler und langjährigen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen wurden mit Corona unübersehbar.

Doch abgesehen von den Herausforderungen der Corona-Krise, die bis zur finanzpolitischen Frage reichen, wer die Kosten dafür schultern muss, waren die großen sozialpolitischen Problemfelder auch davor noch längst nicht geräumt. Wachsende Armut, die Ältere ebenso betrifft wie auch schon Kinder, andauernder Pflegenotstand, unzureichende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in nahezu allen Lebensbereichen, große Lücken bei der inklusiven Bildung und

Chancengleichheit, mangelnder bezahlbarer Wohnraum, fehlende zu Ende gedachte und sozialverträgliche Klimakonzepte – die Reihe ließe sich fortsetzen.

In den vergangenen Jahren hat der SoVD für viele Bereiche tragfähige Lösungskonzepte vorgelegt. Erst im Frühjahr richtete er zuletzt dringende Kernforderungen an die Parteien.

Mit einem sozialpolitischen Sofortprogramm fordert der SoVD jetzt von der künftigen Bundesre-

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Vorsorge für den Trauerfall.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Sterbevorsorge

- Versicherungssumme von 1.000 bis 20.000 EUR
- Individueller Rundumschutz in drei Tarifvarianten
- Mitgliedervorteil 3% Beitragsrabatt und attraktive Extraleistungen

Interesse? Dann melden Sie sich!

ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)

ERGO



Blickpunkt

Der Wahlkampf ist vorüber. Die Bürgerinnen und Bürger haben ihren neuen Bundestag gewählt. Während die Sondierungsgespräche für das künftige Regierungsbündnis laufen, ist festzustellen: Für die Union war es das schlechteste Abschneiden bei einer Bundestagswahl überhaupt. Die SPD konnte sich vor allem dank ihres Kanzlerkandidaten Scholz behaupten und schnitt als stärkste Kraft ab. Die FDP fuhr wieder zweistellig ein. In den Städten punkteten die Grünen, im Osten die Linken – und

leider auch immer noch die AfD. Die Wahlbeteiligung nahm erstmals seit Langem wieder zu, eine positive Entwicklung. Denn das bedeutet: Die Mehrheit der Bevölkerung will mitwirken und verändern. Unzufriedenheit ist oftmals der Motor. Denn immer mehr Menschen spüren am eigenen Leib, was soziale Kluft, Ausgrenzung und mangelnde Teilhabe bedeuten. Existenzsorgen sind für viele bittere Realität, nicht allein durch die Corona-Krise oder die Auswirkungen der letzten Umweltkatastrophen. Mit der Verzweif-

lung wuchs auch die Kritik an der Sozialpolitik der Großen Koalition. Und in welcher Zusammensetzung die Regierungsbildung nun auch erfolgt, so viel ist sicher: Dies hat schnell zu passieren! Tragfähige Konzepte müssen her, um für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und Teilhabe zu sichern – ohne Zögern und mit klarem Blick für die wesentlichen Themen unserer Zeit. Nur so kann sozialer Friede wiederhergestellt und bewahrt werden.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Kann Lebensqualität zu teuer sein?

Hilfsmittel-Versorgung für Menschen mit Behinderung
Interview mit Pascal Escales

Seite 3



Wie können wir Sorgearbeit gerecht verteilen?

SoVD-Fachveranstaltung kritisiert Benachteiligung von Frauen

Seite 5

Behindertenpolitik in alle Ressorts!

Zweiter Inklusionstalk: SoVD zieht gemeinsam Bilanz mit Jürgen Dusel

Seite 4



Mehr Sicherheit im Ernstfall

SoVD-Notfallkarte bietet schnellen Zugriff auf Infos und Dokumente

Seite 7



„ne rheinische Jung“ – mit Vorliebe Dialekt

Matthias Brandt feiert 60. Geburtstag

Seite 24



100-Tage-Sofortprogramm für künftige Regierung – SoVD fordert schnelles Handeln

Für sozialen Frieden sorgen!

Fortsetzung von Seite 1

Bundesregierung, nach den Sondierungsgesprächen bereits in den ersten 100 Tagen zügig und entschlossen zu handeln. Ziel müsse es sein, den Sozialstaat für zukünftige Krisen fit zu machen.

„Das Wahlergebnis hat eine tiefe Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit der Politik der letzten Jahre gezeigt“, betont SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Um soziale Stabilität und sozialen Frieden zu erreichen, gilt es jetzt mehr denn je, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Mindestlohn auf 13 Euro heben und jährlich anpassen

Unter den Forderungen, die der SoVD mittels Sofortprogramm stellt, ist die Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro. Seit dem 1. Juli liegt dieser bei 9,60 Euro; in zwei weiteren Schritten soll er zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro steigen – aus Sicht des SoVD reicht das nicht aus, um ein Leben und eine Rente oberhalb des Existenzminimums zu sichern.

Kindergrundsicherung soll vor Armut bewahren

Überzeugt davon, dass allen Kindern die gleichen Chancen zur Teilhabe und Potenzialentfaltung zustehen, fordert der SoVD darüber hinaus, eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut

einzuführen. Mit einer bedarfsdeckenden Grundsicherung, die die verschiedenen kinderbezogenen Leistungen bündelt, soll der Staat sicherstellen, dass Unterstützungsleistungen unkompliziert und niedrigschwellig da ankommen, wo sie gebraucht werden – und zwar, ohne dass Kinder ein Stigma erleiden. Unabdingbar sind nach Überzeugung des SoVD zudem Leistungen der Infrastruktur wie Ganztagsbetreuung, Kita-ausbau, kostengünstiger Zugang zu Schwimmbädern, Musik- und Sportvereinen.

Eigenanteile in der Pflege bezahlbar machen

Mit einer durchschnittlichen monatlichen Rente in Höhe von 1.311 Euro können viele Pflegebedürftige ihre pflegerische Versorgung längst nicht mehr stemmen. So liegen die Kosten der bundesweit durchschnittlichen Eigenanteile im vollstationären Bereich bei 2.125 Euro im Monat.

Der SoVD fordert, Pflege bezahlbar zu machen. In der vollstationären Pflege müssten dazu die einrichtungseinheitlichen Eigenanteile in einem ersten Schritt begrenzt werden, um sie mittelfristig auf Null zu reduzieren.

Versicherungsleistungen: Kaufkraftverluste ausgleichen

Durch versäumte Anpassungen

an die Lohnkostenentwicklung ist seit Langem ein Kaufkraftverlust in den Pflegeversicherungsleistungen entstanden. Das bedeutet für Pflegebedürftige höhere Zuzahlungen für gleichbleibende Leistungen. Der SoVD fordert zum Ausgleich Sofortmassnahmen: Nachgeholte Anpassungen sollen Verluste zunächst ausgleichen, gefolgt von jährlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen.

Wohnungsbauprogramm für bezahlbaren Wohnraum

Besonders Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen leiden unter der angespannten Wohnungssituation. Der SoVD will Bund, Länder und Kommunen in die Pflicht nehmen, unverzüglich ein Investitionsprogramm für öffentliche Wohnungsbauförderung zu starten. Den sozialen Wohnungsbau gelte es mithilfe öffentlicher und gemeinnütziger Träger erheblich auszubauen. Dabei sei auch ausreichend barrierefreier Wohnraum zu schaffen, so die Forderung.

Beschäftigungsprogramm für Menschen mit Behinderung

Weil schwerbehinderte Menschen in der Pandemie überproportional vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wurden (siehe auch Seite 4), fordert der SoVD kurzfristig ein ausreichend finanzier-

tes Beschäftigungsprogramm, das mehr Teilhabe sichert. Er bekräftigt die Forderung nach einer Verdoppelung der bisherigen Ausgleichsabgabe und nach der Einführung einer vierten Stufe.

Einkommensprüfung bei der Grundrente abschaffen

Als wichtiges Instrument zur Aufwertung niedriger Renten sowie zur Anerkennung von Lebensleistung hat die Grundrente aus Sicht des Verbandes einen erheblichen „Geburtsfehler“: die Einkommensprüfung. Eine erste Amtshandlung der Regierung sollte es sein, diese ersatzlos zu streichen.

Zuzahlungen bei Zahnersatz und Arzneimitteln beseitigen

Selbstbeteiligungen bei Zahnersatz und Arzneimitteln gehen zulasten ärmerer Betroffener und chronisch Kranker – mit weitreichenden gesundheitlichen und sozialen Folgen. Die Zuzahlungspflichtigen als Finanzierungsinstrument sind daher aus SoVD-Sicht zurückzunehmen.

Sonderregelungen in der Grundsicherung beibehalten

Nicht allein aus Gründen der Corona-Krise und den jüngsten Umweltkatastrophen plagen viele Menschen starke Abstiegsängste – Tendenz steigend. Der

SoVD spricht sich deshalb dafür aus, die pandemiebedingten Sonderregelungen in der Grundsicherung beizubehalten.

Erwerbsminderungsrenten für alle verbessern

Zwar hat es Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner gegeben. Diese galten jedoch immer nur für die Zukunft. Das verfestigt die Armut vieler Rentner*innen. Der SoVD fordert, die Verbesserungen auf alle Menschen mit Erwerbsminderung auszuweiten.

Elternfreistellung rund um die Geburt eines Kindes einführen

Für die Betreuung und Erziehung von Kindern fordert der SoVD, eine bezahlte Freistellung für Väter und Co-Mütter mindestens zwei Wochen innerhalb der ersten 30 Tage nach der Geburt eines Kindes einzuführen.

Krisenlasten fairer durch Vermögensabgabe schultern

Zur kurzfristigen Finanzierung der coronabedingten Sonderausgaben macht sich der SoVD auch dafür stark, eine einmalige und zweckgebundene Vermögensabgabe einzuführen. Sie soll dazu dienen, die Lasten fairer zu finanzieren.

Veronica Sina

Alle 100-Tage-Forderungen finden Sie unter www.sovd.de.

www.sovd.de



Foto: Redpixel, Vladimir Melnikov / Adobe Stock; Montage: SoVD

Überwältigende Hilfsbereitschaft der SoVD-Mitglieder – Spendenbeträge gehen an die Soforthilfen vor Ort

Über 120.000 Euro für Flutopfer gespendet

Mehr als 180 Menschenleben forderte Mitte Juli das verheerende Hochwasser nach Starkregen in Teilen von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern. Die Schlamm- und Wassermassen verwüsteten ganze Landstriche; Hunderte verloren ihr gesamtes Hab und Gut. Tief betroffen von der Not der Menschen rief der SoVD seine Mitglieder zu Solidarität und Spenden für die Opfer auf. Die Hilfsbereitschaft der Mitglieder, oft selbst wirtschaftlich nicht gut aufgestellt, war überwältigend. Bis heute kamen über 120.000 Euro auf dem eigens eingerichteten Konto zusammen. Jetzt fließen die ersten Gelder an ausgesuchte Organisationen, die in der Vorort-Hilfe tätig sind.



Das Spendenkonto des SoVD für die Hochwasseropfer lautet: IBAN: DE82 5206 0410 1003 999939, BIC: GENODEF1EK1, Evangelische Bank (EB).

Auch wenn die erschütternden Bilder der Katastrophe nach und nach aus den Nachrichten verschwinden – die betroffenen Menschen benötigen weiterhin Hilfe. Denn sie werden lange, oftmals ihr ganzes weiteres Leben, an den Folgen der Überschwemmungen zu tragen haben.

SoVD-Präsident Adolf Bauer

hatte direkt in den ersten Tagen an die Solidarität der Mitglieder appelliert: „Was das Fundament unseres Verbandes darstellt, muss nun den Opfern zugutekommen.“

Die SoVD-Mitglieder waren sofort zur Stelle, zeigten überwältigende Anteilnahme. „Vor allem, weil viele unter ihnen selbst nur wenig haben und mit sehr klei-

nen Gehältern, Kleinstrenten oder Transferleistungen auskommen müssen, ist die enorme Hilfsbereitschaft umso höher einzuordnen“, betont der SoVD-Präsident.

Die gespendeten Gelder sollen nach einem Bundesvorstandsbeschluss nun direkt an die Betroffenen gehen. Das können vor allem Organisationen wie die

Arbeiterwohlfahrt (AWO) sicherstellen, die in der Soforthilfe vor Ort aktiv sind.

Schon jetzt ist ein Spendenbeitrag in Höhe von 50.000 Euro an die AWO Rheinland in Ahrweiler geflossen. Über die weitere Mittelverwendung – so unter anderem für die AWO in dem ebenfalls in besonderem Ausmaß betroffe-

nen Nordrhein-Westfalen und für die AWO in Bayern – ist man in finaler Abstimmung. Das Spendenkonto bleibt weiterhin geöffnet.
veo

Nicht immer erhalten Menschen mit Behinderung dringend benötigte Hilfsmittel

Kann Lebensqualität zu teuer sein?

Soweit möglich sollen Hilfsmittel vorhandene Beeinträchtigungen ausgleichen. Nicht immer aber werden Rollstühle, Hörgeräte oder Körperersatzstücke (Prothesen) von der Krankenkasse bezahlt. Oft entbrennt dann ein Streit darüber, was medizinisch notwendig oder möglicherweise schlicht zu teuer ist. Betroffene führen in der Folge einen zähen Kampf um Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe.

Es steht außer Frage, dass Versicherte einen Anspruch auf individuelle Versorgung haben. Gleichzeitig aber sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet, nur „notwendige, zweckmäßige und wirtschaftliche“ Hilfsmittel zu bewilligen. Medizinische Bedarfe und ärztliche Verordnungen müssen sich dabei nicht selten finanziellen Erwägungen unterordnen. So wird etwa jeder fünfte Antrag auf ein Hilfsmittel abgelehnt. Darauf weist auch eine aktuelle Studie hin (siehe Interview auf dieser Seite).

Tatsächlich vermeiden die Kassen dadurch oftmals Ausgaben. Denn die Betroffenen



Foto: AS Photo Project / Adobe Stock

Viele Menschen benötigen Prothesen, um beruflich oder privat am Leben teilzuhaben. Doch längst nicht alles, was ihnen den Alltag erleichtern könnte, wird auch bezahlt.

selbst nehmen drei Viertel aller Ablehnungen stillschweigend hin. Und das, obwohl im Schnitt mehr als die Hälfte der Widersprüche am Ende erfolgreich sind. Eine schlechte oder auch „nur“ verzögerte Versorgung bleibt jedoch nicht ohne gesundheitliche Folgen. Sie geht zulasten der Teilhabe und der Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen.

In seiner sozialpolitischen Arbeit setzt sich der SoVD dafür ein, dass die Belange von Patient*innen an erster Stelle stehen. Die Beratungszentren des Verbandes unterstützen Mitglieder dabei, ihre Ansprüche durchzusetzen. jos

Rollstuhl, Therapie & Co.

Heil- und Hilfsmittel

Per Rezept können Ärzt*innen Heil- und Hilfsmittel verordnen. Damit die gesetzlichen Krankenkassen diese dann auch bezahlen, muss ein therapeutischer Nutzen gegeben sein.

Zu Heilmitteln zählen nicht-ärztliche Behandlungsverfahren wie zum Beispiel Krankengymnastik oder Sprachtherapie. Hilfsmittel dagegen bezeichnen Gegenstände, die Patient*innen nutzen, um körperliche oder organische Beeinträchtigungen zu lindern oder auszugleichen. Hierfür kommen unter anderem Rollstühle, Hörhilfen oder auch Inkontinenzwindeln in Betracht. Im Jahr 2020 entfielen auf Hilfsmittel insgesamt 3,74 Prozent aller Ausgaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). jos

Interview

„Eine hochwertige Versorgung rechnet sich“

Vom Magazin „Rollstuhlkurier“ zum Ratgeber „Handicapped-Reisen“ – Pascal Escales führt ein Familienunternehmen, das es sich zum Ziel gesetzt hat, Menschen mit Beeinträchtigungen zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe zu verhelfen. Er hält die gängige Praxis, Versorgungslösungen durch einen Preis zu begrenzen, für würdelos. Seine Studie „Von einer Volkswirtschaft der Lebensqualität“ zeigt, dass eine hochwertige Versorgung letztlich auch wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Wir sprachen mit Pascal Escales über den Alltag der Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind und was sich aus seiner Sicht ändern müsste.



Pascal Escales

Wie schätzen Sie das ein, erhalten Betroffene eigentlich immer die Hilfsmittel, die sie auch benötigen?

Theoretisch wäre eine umfassende und hochwertige Versorgung durchaus möglich. In der Praxis hängt die dann aber von mehreren Faktoren ab. Da spielen der eigene Bildungsgrad und finanzielle Möglichkeiten sowie rechtliche Kenntnisse oder auch die Beratung durch Fachleute

eine wichtige Rolle. Entscheidend ist oft auch das individuelle Durchhaltevermögen. Wer gerade einen Schicksalsschlag erlitten hat, ist oftmals psychisch nicht in der Lage, sich mit der Krankenkasse rumzustreiten, weshalb dieses oder jenes Hilfsmittel nun benötigt wird. Das kann unglaublich belastend sein.

Wie kommt es eigentlich, dass Hilfsmittel nicht nur notwendig und zweckmäßig, sondern auch noch wirtschaftlich sein sollen?

Meiner Ansicht nach muss jeder mit allem versorgt werden, was ihm irgendwie das Leben erleichtern kann. In meiner Studie habe ich ganz bewusst aber auch die Frage nach der Wirtschaftlichkeit betrachtet. Dabei hat sich sehr deutlich gezeigt, dass eine nicht erfolgte oder qualitativ schlechte Versorgung letztlich noch höhere Kosten nach sich zieht.

Eine weniger restriktive Bewilligung von Hilfen wäre letztlich also wirtschaftlicher?

Wenn ich auf etwas warte, das ich dringend benötige, dann kostet das mich und auch meine Angehörigen sehr viel Nerven, Zeit und Geld. Das ist natürlich überhaupt nicht produktiv, und wir leben ja in einer Leistungsgesellschaft. Da

müssen wir umdenken und erkennen, dass eine hochwertige und schnelle Versorgung letztlich der bessere Weg ist.

Wenn wir frühzeitig Geld ausgeben, können wir also an anderer Stelle sparen?

Das Robert Koch-Institut hat schon vor einiger Zeit auf die immensen Folgekosten hingewiesen, die durch unzureichend behandelte Druckgeschwüre entstehen. Viele dieser Dekubitus-Fälle wären durch eine rechtzeitige Versorgung vermeidbar. Das brächte den Betroffenen nicht nur mehr Lebensqualität, sondern würde gleichzeitig auch eine Milliardensumme einsparen. Und hier reden wir nur von diesem einen Bereich.

Vielleicht ist die Frage naiv, aber warum machen wir das dann nicht einfach so?

Ich denke, das hat sehr viel mit Aufklärung zu tun. In Gesprächen höre ich immer wieder den Satz: „Das kann sich unsere Gesellschaft doch gar nicht leisten!“ Dabei werden weniger als vier Prozent aller Ausgaben im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung für Hilfsmittel verwendet. Trotzdem besteht diese Angst vor einer Überversorgung. Ganz ehrlich: Ich habe noch keinen Menschen mit

einer Behinderung getroffen, der sich seine Wohnung mit Elektrorollstühlen vollstellen wollte.

Wer sollte Ihrer Meinung nach über ein Hilfsmittel entscheiden?

Die Betroffenen selbst, ihr Arzt oder auch ein Reha-Fachberater wissen in der Regel am besten, was konkret benötigt wird. Die Entscheidung aber trifft der Sachbearbeiter einer Krankenkasse. Dabei kommen teils abstruse Begründungen zustande, warum eine Versorgung nicht bewilligt wird. Und je teurer es wird, desto wahrscheinlicher ist letztlich auch die Ablehnung.

Haben Sie ein Beispiel?

Spontan fällt mir der Fall eines behinderten Jungen ein, dessen Mutter einen Elektrorollstuhl beantragt hatte. Es dauerte anderthalb Jahre, bis dieses Kind wieder in der Lage war, an Schulaktivitäten oder an Ausflügen mit seiner Klasse teilzunehmen. Wie lässt sich das rechtfertigen? Es muss doch auch dem Mitarbeiter der Krankenkasse klar sein, was so ein Ausschluss von der Gemeinschaft für den Jungen bedeutet.

Kann man sich gegen eine derart ungerechte Entscheidung nicht wehren?

Oft haben Betroffene nicht die Kraft, gegen eine Ablehnung vorzugehen. Neben der psychischen Belastung spielen aber auch die Prozesskosten eine entscheidende Rolle. Aus Angst, vor Gericht zu verlieren, verzichten viele dann halt doch auf den Widerspruch.

Wie hat sich die Pandemie auf den Bereich der Hilfsmittel ausgewirkt, ist die Krise auch so etwas wie eine Chance?

In den letzten Monaten haben wir alle erlebt, wie es ist, wenn man die Wohnung nicht verlassen kann, wenn man nicht ins Theater oder ins Restaurant gehen kann. Das ist für viele behinderte Menschen auch ohne Coronavirus Alltag. Und unsere Gesellschaft verschränkt quasi die Arme und verweist auf eine Bürokratie und längst überholte Mechanismen, die dazu führen, dass Menschen teilweise erst nach Jahren eine umfassende Versorgung erhalten. Das sollten wir uns vor Augen führen. Vielleicht ist die Krise also vor allem eine Chance auf Erkenntnis. Interview: Joachim Schöne



Pascal Escales: Von einer Volkswirtschaft der Lebensqualität: Warum sich eine hochwertige Versorgung mit Hilfsmitteln für eine Gesellschaft rechnen kann. Escales GmbH, 68 Seiten, ISBN: 978-3981904543, 19,80 Euro.

Zahlen zum Arbeitsmarkt

In Deutschland leben 13 Millionen Menschen mit Beeinträchtigung; 8,5 Millionen sind schwerbehindert. Ganz besonders auf dem Arbeitsmarkt haben sie es schwerer als andere Erwerbsfähige.

- So lag die Arbeitslosigkeit unter Schwerbehinderten bereits vor Corona mit 11,2 Prozent über dem allgemeinen Durchschnitt von 6,5 Prozent.
- Schwerbehinderte sind länger arbeitslos, nämlich 51 Wochen im Vergleich zu 37 Wochen im Mittel.
- Der Anteil Langzeitarbeitsloser ist mit 43 Prozent höher als der Durchschnitt (34 Prozent).
- Von 170.000 beschäftigungspflichtigen Arbeitgebern beschäftigten 2018 43.000 keinen schwerbehinderten Menschen (Grafik). Nahezu drei Viertel der Unternehmen unterschreiten die Fünf-Prozent-Quote.
- Die Arbeitslosenzahlen unter Schwerbehinderten stiegen von März 2020 von 157.000 um 14 Prozent auf 180.000 im März 2021.
- Gleichzeitig lässt die Förderung nach: Allein im April 2021 wurden im Vergleich zum Vormonat 38 Prozent weniger Probebeschäftigungen durchgeführt.
- Der SoVD setzt sich deshalb für die Förderung von Betrieben ein, die schwerbehinderte Menschen beschäftigen, nach dem Motto: Beschäftigte halten, holen und qualifizieren.
- Der SoVD fordert die Durchsetzung der Beschäftigungsquote und deren bedarfsgerechte Anhebung auf sechs Prozent.

Zweiter SoVD-Inklusionstalk: Bilanz mit Jürgen Dusel über Erfolge und Versäumnisse Behindertenpolitik in alle Ressorts bringen

Wenige Tage vor Ende der Legislaturperiode fand in den Räumen der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin der zweite SoVD-Inklusionstalk statt. Als Gast resümierte Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, gemeinsam mit Claudia Tietz, SoVD-Referentin im Bereich Politik für Menschen mit Behinderungen, die Erfolge und Versäumnisse der letzten vier Jahre. Christian Draheim, SoVD-Pressereferent, moderierte die am 22. September live auf dem Youtube-Kanal des SoVD ausgestrahlte Veranstaltung. Auch externe Interessierte konnten während der Sendung Fragen stellen oder bereits im Vorfeld an social.media@sovd.de senden, die dann Peter-Michael Zernechel, der Leiter der Pressestelle, übermittelte.

„In Deutschland leben etwa 13 Millionen Menschen mit einer, wie auch immer gearteten, Beeinträchtigung. Zusammen mit ihren Familien und Angehörigen eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen, für die es von großer Bedeutung ist, auf das Erreichte zurückzublicken und auf die kommende Behindertenpolitik zu schauen“, hatte SoVD-Präsident Adolf Bauer bereits im Vorfeld bei der Ankündigung der Veranstaltung festgestellt.

Nachdem der SoVD-Präsident und der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Michael Meder den Bundesbehindertenbeauftragten begrüßt hatten, zogen die Diskutierenden Bilanz aus der behindertenpolitischen Perspektive. Sie kamen dabei zu gemischten Ergebnissen.

Teilhabe in Zeiten von Corona zurückgedrängt

Mit Blick auf Corona sprach Dusel das vielzitierte Brennglas an, das bestehende Probleme deutlich gemacht habe. Dies gelte insbesondere für den Bereich der Teilhabe: „Das Austarieren von Freiheit und Schutz war ein großes Thema in den Einrichtungen.“ SoVD-Referentin Claudia Tietz hatte es zuvor noch drastischer formuliert: „Corona hat gezeigt, wie fragil Teilhabe ist. Wir müssen dranbleiben, achtsam sein, damit uns Corona nicht noch weiter zurückwirft. Mehr noch: Wir müssen Schritte zulegen!“

Als positives Ergebnis der vergangenen vier Jahre hob der Behindertenbeauftragte hervor, dass die Pauschbeträge bei der



Der zweite SoVD-Inklusionstalk, v. li.: SoVD-Pressereferent Christian Draheim, Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel und die SoVD-Referentin für Behindertenpolitik, Claudia Tietz.

Einkommensteuer nun deutlich höher lägen als noch vor vier Jahren. Die Anhebung wertete auch SoVD-Referentin Tietz als ein „positives Projekt, das in dieser Legislatur als eines der Herzstemen des SoVD über die Ziellinie gegangen“ sei.

Ganz besonders stellte Dusel die Beendigung des Wahlrechtsausschlusses von Menschen in Vollbetreuung heraus: „Es ist für mich eine große Genugtuung, dass die Wahlrechtsausschlüsse jetzt Geschichte sind für mehr als 85.000 Menschen, die einen Betreuer zur Seite gestellt haben.“

Viele Rückschritte bei der Teilhabe im Arbeitsleben

Vollkommen übereinstimmend war die Kritik der Teilnehmenden an den zahlreichen Rückschritten hinsichtlich der Teilhabe im Arbeitsleben. Jürgen Dusel be-

mängelte, dass die höhere Ausgleichsabgabe für Firmen, die keine Menschen mit Behinderungen beschäftigen, anders als von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) befürwortet, nicht eingeführt wurde.

Claudia Tietz bekräftigte: „Der Arbeitsmarkt hat sich in der Corona-Pandemie verschlechtert für Menschen mit Behinderung; gleichzeitig sinken die Unterstützungsangebote.“

Beides sei problematisch, betonte die SoVD-Referentin: „Da ist die Ausgleichsabgabe ein wichtiger Anreiz. Wir möchten, dass Unternehmen, die keinen einzigen Menschen mit Behinderung beschäftigen, die Ausgleichsabgabe nicht länger aus der Portokasse bezahlen können.“

In der Folge ging es – unter Einbeziehung von Fragen der Zuschauenden – dann auch um die

Aufgaben der nächsten Bundesregierung. Als großes Thema wurde neben der inklusiven Bildung die Barrierefreiheit benannt.

Dusel sprach hier die Assistenz im Krankenhaus an: „Dass es gelungen ist, diese nach Jahrzehnten der Diskussion umzusetzen, zeigt nicht nur, dass Barrierefreiheit eine tiefe soziale Dimension hat. Uns sollte auch bewusst sein, dass Barrierefreiheit ein Qualitätsmerkmal ist für ein modernes Land.“ Tietz ging auf das Bild der modernen Gesellschaft ein und äußerte erhebliche Kritik daran, dass zwar die gesetzlichen Grundlagen gegeben seien, die „Realisierung aber hinterhertröpfelte“. Insbesondere forderte sie, die Privaten mehr in die Pflicht zu nehmen.

Einig war man sich überdies in puncto Wohnen. Hier müsse man den sozialen Aspekt stets mitdenken, allein barrierefreier Wohnraum verdiene den Namen „sozial gerecht“.

Barrierefreiheit in allen Bereichen mitdenken

Um Teilhabe und Barrierefreiheit entscheidend voranzubringen, müsse Politik für Menschen mit Behinderungen stärker als ein Querschnittsthema in allen Ressorts mitgedacht und auch auf europäischer Ebene bespielt werden. Immerhin lebten in Europa 87 Millionen Menschen mit Behinderungen. *Veronica Sina* Die Aufzeichnung ist auf dem SoVD-Youtube-Kanal bei SoVD-TV verfügbar. Der nächste Talk wird auf der Homepage und in den sozialen Medien rechtzeitig angekündigt.



Grafik: SoVD

Die Grafik zeigt die zugespitzte Lage auf dem Arbeitsmarkt.



alle Fotos: Wolfgang Borrs

SoVD-Referentin Claudia Tietz (re.) vergab für die Bundesregierung ein eher mittelmäßiges Zeugnis. „In Schulnoten gesprochen würde ich gerade noch so ein ‚Befriedigend‘ ausstellen wollen. Die Behindertenpolitik kam in den vergangenen vier Jahren oft nur in Trippelschritten voran. Jeder kleine Schritt musste hart erkämpft werden.“ Dem Behindertenbeauftragten Jürgen Dusel (li.) war es wichtig, auf das Erreichte hinzuweisen. Gemeinsam wurde der Blick sodann auf die kommenden Aufgaben gerichtet.



Fotos: Wolfgang Borrs

In ihrer Rolle als Reinigungsfachkraft Waltraud Ehlert beleuchtete die Kabarettistin Esther Münch (li.) das Thema auf satirische Weise. Ernstere Worte zur ungleichen Verteilung von Haus- und Sorgearbeit fanden dagegen die Landesfrauensprecherin des SoVD-Niedersachsen, Roswitha Reiß, und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Unbezahlt im Einsatz für Familie und Haushalt: SoVD-Fachveranstaltung kritisiert Benachteiligung von Frauen

Wie können wir Sorgearbeit gerecht verteilen?

Frauen bringen im Durchschnitt täglich anderthalb Stunden mehr Zeit auf für Haushalt, Kinder und Angehörige als Männer. Der zweite Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zur Sorgearbeit belegte diese Gerechtigkeitslücke anhand von Zahlen. Damit setzte sich Anfang September eine hochkarätig besetzte frauenpolitische Veranstaltung des SoVD auseinander. Als dramatisch bezeichnete es dabei Bundesfrauensprecherin Jutta König, dass diese ungleiche Verteilung sich unmittelbar auf das Einkommen und somit auch auf die Rente der Betroffenen auswirke. Der SoVD setzte sich aus diesem Grund für ein gesellschaftliches Modell ein, das es beiden Geschlechtern ermöglicht, Erwerbs- und Sorgearbeit zu gleichen Teilen zu übernehmen.



SoVD-Bundesfrauensprecherin Jutta König warnte vor einer Überbelastung von Frauen.

Wie lassen sich Erwerbs- und Sorgearbeit über den gesamten Lebensverlauf hinweg partnerschaftlich aufteilen? Diese Frage diskutierten zahlreiche Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis im Rahmen der frauenpolitischen Fachveranstaltung des SoVD in Berlin. Interessierte konnten die Vorträge und Diskussionen am Computer live mitverfolgen.



Anja Weusthoff vom Deutschen Frauenrat sagte, Sorgearbeit sei eben nicht „selbstverständlich“.

Sorgearbeit – entweder gar nicht oder schlecht bezahlt

„Putzen, waschen, kochen – was davon macht Jochen?“ So lautete, provokant zugespitzt, das Thema der Veranstaltung, die von SoVD-Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied Jutta König eröffnet wurde. Sie wies darauf hin, dass Frauen angesichts unbezahlter Sorgearbeit oftmals kaum Zeit bliebe,

ein auskömmliches Einkommen zu erwirtschaften. Weiterhin würden überwiegend weibliche Berufe, etwa in Kitas, Grundschulen oder in der Pflege, zu-

dem weitaus schlechter bezahlt als etwa Tätigkeiten in der noch immer vorwiegend männlich geprägten Industriearbeit. Damit, so König, sei Altersarmut für viele Frauen vorprogrammiert.

SoVD-Präsident Bauer nimmt Politik in die Pflicht

SoVD-Präsident Adolf Bauer wandte sich mit einem Grußwort an die Teilnehmer*innen und warnte davor, die ökonomischen und sozialen Folgen einer vorrangig traditionellen Rollenverteilung außer Acht zu lassen. Diese entsprächen längst nicht mehr den Lebensvorstellungen moderner Paare.

An die Adresse der Politik richtete Bauer den Appell, die ungleiche Verteilung der Sorgearbeit mit familienpolitischen Leistungen ehrlich in den Blick zu nehmen. Die Verdoppelung

der Kinderkrankentage sei vor diesem Hintergrund nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Diverse Vorträge erörterten das komplexe Thema

Mit der gerechten Verteilung unbezahlter Sorgearbeit als gleichstellungspolitisches Ziel setzte sich Sven Paul, Referent im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in seinem Vortrag auseinander.

Ihm folgte Anja Weusthoff, stellvertretendes Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat. Sie wies in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass die Corona-Pandemie sichtbar gemacht habe, welche Bedeutung die Haus- und Sorgearbeit für unsere Gesellschaft hat. Entsprechende Tätigkeiten seien keinesfalls selbstverständlich.

Vor Rollenklischees warnten Almut Schnerring und Sascha Verlan in ihrem Beitrag. Mit dem Verein klische*esc haben sie es sich zum Ziel gesetzt, Menschen für limitierende Rollenbilder zu sensibilisieren und über deren Folgen aufzuklären.

Soziologin schlägt zeitliches Budget für Sorgearbeit vor

An der Podiumsdiskussion beteiligten sich mit Ulle Schauws (Bündnis 90/Die Grünen), Klara Geywitz (SPD) und Nicole Bauer (FDP) namhafte Politikerinnen. Gemeinsam mit Sascha Verlan diskutierten sie unter anderem ein von Dr. Karin Jurczyk vorgestelltes Modell, mit dem sich Sorgearbeit nicht nur gerechter verteilen, sondern auch aufwerten ließe. Das Konzept der Soziologin gesteht dabei allen Menschen für ihr Er-

werbsleben ein Zeit-Budget für Sorgearbeit von neun Jahren zu. Dieses ließe sich Dr. Jurczyk zufolge mehr oder minder frei auf den Lebenslauf verteilen und brächte für diese Zeiträume Geld und Rentenpunkte – etwa für Ehrenamt, Kindererziehung oder Pflege.

Frauen im SoVD fordern Gerechtigkeit

Die Frauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, Roswitha Reiß, schloss die Veranstaltung mit einem eindringlichen Appell der Frauen im SoVD. Neben öffentlichen Zuschüssen zur Förderung hausnaher Dienstleistungen und einer bezahlten Freistellung für Väter und Co-Mütter nach der Geburt forderte sie auch die Einführung einer Entgeltersatzleistung für Pflegezeiten. jos



Einen ausführlichen Bericht sowie zahlreiche Fotos zu der Fachveranstaltung finden Sie auch im Internet unter: www.sovd.de/sozialverband/frauen-im-sovd.



Oben (v. li.): Ulle Schauws (MdB, frauenpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen), Klara Geywitz (stellvertretende Parteivorsitzende SPD), Nicole Bauer (MdB, frauenpolitische Sprecherin FDP). Unten (v. li.): Almut Schnerring und Sascha Verlan vom Verein klische*esc sowie die Familiensoziologin Dr. Karin Jurczyk. Moderiert wurde die Veranstaltung von Katharina Linnepe.



Foto: hedgehog94/Adobe Stock

Die Kfz-Hilfe, ein Zuschuss für Menschen mit Behinderungen, stieg: Sozial-Infos fassen Änderungen wie diese zusammen.

Bundesverband informiert seine Mitglieder kompakt

Pauschbeträge, Kfz-Hilfe und mehr kurz erklärt

SoVD-Mitglieder können sich unter anderem durch zahlreiche Publikationen des Verbandes auf dem Laufenden halten, welche Leistungen ihnen zustehen. So stellen „Sozial-Infos“ Neuerungen in Sozialpolitik und Sozialrecht überblicksartig und verständlich dar und ordnen sie ein. Es lohnt sich, öfter www.sovd.de zu besuchen!

Zuletzt gab es viele gesetzliche Regelungen, die mit der Corona-Krise zusammenhängen und sich zum Beispiel auf die Arbeitswelt bezogen. Aber auch behindertenpolitisch änderte sich manches: Anfang des Jahres erklärte der SoVD die endlich vorgenommenen Neuerungen und Erhöhungen beim Behinderten- und Pflege-Pauschbetrag. Ebenfalls für Menschen mit Behinderungen interessant und aktuell sind etwa die angehobene Kfz-Hilfe, eine Leistung, um die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu verbessern, sowie das neue Gesetz zu digitaler Barrierefreiheit bei Produkten und Dienstleistungen, das allen den Zugang erleichtern soll. Im Bereich Rente beleuchtet eine Sozial-Info den „Rentenversicherungs- und Alterssicherungsbericht 2020: Das gescheiterte Drei-Säulen-Modell“.

Diese und andere Informationen sind auf www.sovd.de im Menü „Medien“ bei „Sozial-Infos“ als barrierefreies PDF herunterladbar.

Neben den kurzen Informationen veröffentlicht der SoVD natürlich viele weitere Hilfen: darunter umfangreiche Broschüren, etwa zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht oder Nachteilsausgleichen. Auch sie stehen unter „Medien“, dann aber „Broschüren“. Und direkt über die Startseite geht es zu Online-Checks wie dem Pflegegradrechner oder dem Selbsttest Altersarmut. *ele*

Nur geringfügig mehr Hartz IV und Grundsicherung ab 2022: SoVD fordert Reform

Neue Regelsätze viel zu niedrig

Für Arbeitslosengeld II („Hartz IV“ im SGB II) und Grundsicherung (SGB XII) schreibt der Gesetzgeber zum Jahr 2022 die Regelbedarfe fort, bemisst sie also wieder neu. Zum menschenwürdigen Leben reichen die neuen Sätze aus SoVD-Sicht nicht. Der Verband kritisiert die Höhe und die Berechnung.

Basis sind zwei Größen im Bundesdurchschnitt: zu 70 Prozent die Preise für Güter und Dienstleistungen, zu 30 Prozent die Nettolöhne und -gehälter (Mischindex). Beides ermittelt das Statistische Bundesamt.

Schon lange sieht der SoVD diese Gewichtung kritisch und fordert, die Lohnentwicklung stärker zu berücksichtigen.

Drei Euro mehr und zwei für Kinder sind „blanker Hohn“

Von 2021 zu 2022 steigen die Regelbedarfe um 0,76 Prozent – ganze drei Euro. Für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren sind es sogar lediglich zwei Euro. Das sind die neuen Sätze:

- Alleinstehende, Alleinerziehende (Regelbedarfsstufe I): 449 Euro,
- Paare, Bedarfsgemeinschaften (Stufe II): pro Person 404 Euro,
- stationär untergebrachte Erwachsene (III): 360 Euro,
- Jugendliche 14–18 Jahre (IV): 376 Euro,
- Kinder 6–13 Jahre (V): 311 Euro,
- Kinder unter 6 Jahren (VI): 285 Euro.

Obwohl Verbände keine Gelegenheit zur Mitwirkung bekamen, nahm der SoVD Stellung zum Verordnungsentwurf – und kritisierte ihn scharf. Die geringfügige Erhöhung sei „blanker Hohn für alle Leistungsbeziehenden“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer. Durch erheblich gestiegene Preise des täglichen



Foto: Irina Schmidt/Adobe Stock

Die Kluft zwischen Leben mit Grundsicherung und der Mitte wächst.

Bedarfes führe sie de facto zu einer Kürzung für alle Betroffenen.

SoVD fordert: Rechenmodell endlich reformieren!

Das konterkariere das Ziel des Gesetzgebers, per Mischindex den realen Wert der Leistungen zu sichern, und unterstreiche den Reformbedarf. Schon beim Regelbedarfsermittlungsgesetz hatte der SoVD gefordert, die Dynamisierung so zu gestalten, dass der Abstand der Grundsicherungsbeziehenden zur gesellschaftlichen Mitte nicht immer größer wird.

Der Verband tritt dafür ein, die Sätze jährlich entsprechend der Lohnentwicklung fortzuschreiben, aber anhand der Preisentwicklung anzupassen, falls diese darüber liegt. „Auf diese Weise kann soziale

Ungleichheit abgemildert und sozialer Exklusion begegnet werden“, so Bauer.

Erneut kritisiert der Verband zudem die Methodik zur allgemeinen Berechnung der Regelsätze als grundsätzlich ungeeignet, um tatsächliche Bedarfe zu ermitteln. So liegen ihr die Ausgaben von Haushalten zugrunde, die selbst am Minimum leben. Willkürlich werden einzelne Posten gekürzt. Einmalige Anschaffungen sind nicht genug berücksichtigt.

Um die Höhe eines menschenwürdigen Existenzminimums zu ermitteln, empfiehlt der SoVD dem Arbeitsministerium eine interdisziplinäre Sachverständigenkommission aus Wissenschaftler*innen, Verbänden, Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen. *ele*

SoVD in breitem Bündnis mit Forderungen an die neue Bundesregierung – Kampagne zur Armutsbekämpfung

Problem Kinderarmut gehört oben auf Agenda

61 Verbände, Gewerkschaften, Organisationen und Personen haben sich im Bündnis „Ratschlag Kinderarmut“ zusammengeschlossen – darunter der SoVD. Er unterzeichnete eine Erklärung, die gleich nach der Wahl veröffentlicht wurde, und macht bei einer Kampagne mit. Denn der SoVD meint: Die Politik muss Kinderarmut bei den Koalitionsverhandlungen als besonders wichtig behandeln.

So müsse die nächste Regierung im Koalitionsvertrag Maßnahmen verankern, um das Problem endlich effektiv zu bekämpfen. „Wenn wir wissen, dass nach aktuellen Zahlen in Deutschland etwa 2,8 Millionen Kinder in Armut aufwachsen, muss auch der Letzte verstanden haben, dass es Zeit ist zu handeln“, appellierte SoVD-Präsident Adolf Bauer an die Abgeordneten im neuen Bundestag.

In der Erklärung „Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!“ fordert das Bündnis eine grundlegende Re-

form der Leistungen für Kinder und Jugendliche, einen niederschweligen Zugang zu Leistungen und die Sicherstellung sozialer Infrastruktur. Zudem bräuchten Kinder und Jugendliche eine intensive Begleitung zurück in ihren Kita- und Schulalltag und psychosoziale Unterstützung beim Bewältigen der Auswirkungen der Pandemie.

Vier zentrale Grundsätze sind dem Bündnis dabei wichtig:

- Armut ist kein Versagen der*des Einzelnen!
- Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf gleich-

wertige Lebensverhältnisse!

- Jedes Kind ist gleich viel wert!
- Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird!

Zur begleitenden Kampagne nutzt der SoVD unter dem Hashtag #4JahreGegenKinderarmut vor allem die „sozialen Medien“ wie Twitter, um auf das Thema und die konkreten Probleme aufmerksam zu machen.

Schon 2020 hatte der Verband das Bündnis unterstützt und eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Am „Ratschlag Kinderarmut“ sind unter anderem auch



Foto: pololia/Adobe Stock

Gleiche Chancen? Im „reichen“ Deutschland sind viele Kinder arm.

die AWO und das Zukunftsforum Familie e. V. beteiligt. *ele*
Auf www.sovd.de unter „Medi-

en“ – „Nachrichten“ gibt es mehr zur Kampagne und die komplette Erklärung als barrierefreies PDF.

SoVD-Notfallkarte bietet schnellen Zugriff auf Informationen und Dokumente

Mehr Sicherheit im Ernstfall

Bei unvorhergesehenen Ereignissen wie zum Beispiel einem Herzinfarkt oder einem Verkehrsunfall muss es schnell gehen. Die Rettungskräfte benötigen umgehend wichtige Informationen, um effektiv helfen zu können oder Angehörige zu benachrichtigen. Möglich macht dies die Notfallkarte des SoVD.

Wer die Notfallkarte des SoVD bei sich trägt, unterstützt damit die Arbeit von Rettungskräften oder Ärzt*innen. Diese erhalten mithilfe eines darauf vermerkten Zugriffscode schnellen Zugriff auf Informationen zu bestehenden Krankheiten, Allergien oder operativen Eingriffen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Kontaktperson zu benennen, die in einem et-

waigen Notfall automatisch benachrichtigt wird. Besitzen Sie ein Haustier, um das sich jemand kümmern muss, kann auch diese Angabe über die Notfallkarte hinterlegt werden.

Durch einen virtuellen Assistenten können sich Nutzer*innen der Karte zudem dabei unterstützen lassen, eine Patientenverfügung oder Vorsorgevollmacht zu erstellen. Auch diese

Dokumente werden digital aufbewahrt und können im Ernstfall von dazu berechtigten Personen eingesehen werden. Sind darüber hinaus Änderungen oder Ergänzungen nötig, etwa infolge einer Gesetzesänderung, werden die Inhaber*innen der Karte darüber ebenfalls in Kenntnis gesetzt. *jos*



Wollen Sie die Notfallkarte des SoVD nutzen, um für den Ernstfall vorbereitet zu sein? Dieser Service kostet monatlich 1,50 Euro für SoVD-Mitglieder beziehungsweise 2,50 Euro für Nicht-Mitglieder. Weitergehende Informationen erhalten Sie im Internet unter www.notfallkarte.sovd.de.



Foto: william87 / Adobe Stock

Wenn es um jede Minute geht, spart die Notfallkarte des SoVD wichtige Zeit – und rettet möglicherweise Leben.



Bei Umfrage über Parteigrenzen hinweg große Mehrheit für Bürgerversicherung

Menschen wollen Kurswechsel

In einer Befragung von infratest dimap für das ARD-Magazin „Monitor“ sprechen sich mehr als zwei Drittel für eine Bürgerversicherung in der Krankenversicherung aus. Im Wahlkampf bezogen die Parteien deutlich für und gegen eine tiefgreifende Reform Stellung.

Laut der repräsentativen Umfrage fänden 69 Prozent der Befragten die Einführung einer Bürgerversicherung – also einer einheitlichen Versicherung, in die alle einzahlen – „gut“ oder „sehr gut“. Die Zustimmung geht über Parteigrenzen hinweg. Auch Anhänger*innen von Union und FDP sprechen sich klar dafür aus, obwohl die Parteien in ihren Wahlprogrammen und in den Antworten auf die Wahlprüfsteine des SoVD anders als SPD, Grüne und Linke gegen den Umbau des Versicherungssystems waren.

Der SoVD macht sich seit Langem für eine Bürgerversicherung stark und hat als eine Kernforderung zur Bundestagswahl formuliert: „Um eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Versorgung für alle sicherzustellen, muss ein einheitliches Versicherungssystem auf der Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden, das alle gerecht in die Finanzierung einbezieht.“

Der Reformbedarf im Gesundheitswesen ist groß. Die Finanzierungslücke bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist zuletzt deutlich gewachsen. Die Bundesregierung hat für 2022 beschlossen, den jährlichen steuerfinanzierten Bundeszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung um

7 auf 21,5 Milliarden Euro zu erhöhen, um den Beitragssatz stabil zu halten.

Doch schon 2023 drohe den Versicherten ein historischer Beitragssprung, so Expert*innen. Gründe seien der demografische Wandel und steigende Kosten in der medizinischen Versorgung. *str*



Foto: DC Studio / Adobe Stock

Kommt das Ende der Zwei-Klassen-Medizin? Das Gesundheitswesen ist eine der größten Baustellen für die neue Regierung.



Foto: Thomas Reimer / Adobe Stock

Für manche Forderungen des Jobcenters ist der Zug abgefahren.

SoVD warnt: Rückforderungen können verjährt sein

Ältere Bescheide des Jobcenters überprüfen

Die Prüfung von Rückforderungsbescheiden des Jobcenters vor einer etwaigen Zahlung kann sich für Betroffene lohnen. Darauf weist aktuell die Bundesrechtsabteilung des SoVD hin.

Das Bundessozialgericht entschied mit Urteil vom 4. März 2021, dass Rückforderungen in Form von Erstattungsbescheiden in vielen Fallkonstellationen nach vier Jahren verjähren und eine Zahlung damit nicht mehr erforderlich ist. Allenfalls durch einen gesonderten Bescheid zur Durchsetzung der Forderung könne eine Verjährung erst in 30 Jahren eintreten. Eine Mahnung allein reiche hierfür jedoch nicht aus.

Wer noch bestandskräftige Erstattungsbescheide des Jobcenters hat, sollte daher prüfen, ob die offenen Forderungen inzwischen verjährt sind und die Zahlungen eingestellt werden können. Ist der Erstattungsbescheid bereits älter als vier Jahre, wäre dies ein Anhaltspunkt für eine mögliche Verjährung. Die Zahlung sollte erst nach juristischer Prüfung stattfinden, da bereits gezahltes Geld – trotz einer entgegenstehenden Verjährung – nicht zurückgefordert werden kann.

Weitergehende Hinweise und Hilfe bei der Prüfung Ihrer Bescheide erhalten Sie bei Ihrer zuständigen Rechtsberatungsstelle nach Terminvereinbarung. *ab/jos*

Jugend im SoVD feiert 50-jähriges Jubiläum

Am 2. Oktober 2021 veranstaltet der SoVD eine Festveranstaltung zu „50 Jahre Jugend im SoVD“ in einem digitalen Format, von 10 bis 12 Uhr. „Inklusion in Pandemie-Zeiten“ ist das Thema.

Die Jugend im SoVD steht für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen und für soziale Gerechtigkeit. Seit 50 Jahren setzt sich die Jugend im SoVD für die Interessen und Belange ihrer Mitglieder ein, um Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Die Jugend macht sich seit ihrer Gründung für eine inklusive und solidarische Gesellschaft stark, die allen jungen Menschen Chancengleichheit ermöglicht.

Corona hat allerdings die Inklusion gebremst, wenn nicht sogar um Jahre zurückgeworfen. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien sind vor allem zu Beginn der Pandemie bei Corona-Maßnahmen oft vergessen worden. Unterstützung und Entlastung fielen plötzlich weg, Informationen kamen zu gekommen und waren nur schwer verständlich. Inklusion kann aber nur gelingen, wenn bei allen nötigen Maßnahmen ganz selbstverständlich auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und deren besondere Lebenslagen beachtet werden. Anlass für die Jugend im SoVD, das Thema „Inklusion in Pandemie-Zeiten“ in den Mittelpunkt der Jubiläumsveranstaltung zu rücken.

Der SoVD möchte das Thema in einer Reihe von Vorträgen und mit einer Podiumsdiskussion aufgreifen und erörtern. Dabei sollen verschiedene Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu Wort kommen. Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist ausschließlich digital möglich. Die Veranstaltung wird live übertragen auf dem YouTube-Kanal des SoVD: <https://www.youtube.com/user/SoVDTV/>. Weitere Infos erhalten Sie auch auf der Homepage des Verbandes unter www.sovd.de.

Am 2. Oktober ab 13 Uhr findet in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD außerdem die von 2020 nach 2021 verschobene Bundesjugendkonferenz in digitaler Form statt. *veo*

Gemeinsamer Bundesausschuss will Praxen entlasten

Corona-Sonderregelungen gelten bis Jahresende

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat die Corona-Sonderregeln für die telefonische Krankschreibung bei leichten Atemwegsinfekten, für ärztlich verordnete Leistungen sowie für die telefonische Beratung in der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung um weitere drei Monate bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

Angesichts der leichten Übertragbarkeit der Delta-Variante des Coronavirus und der zu langsam voranschreitenden Impfung der Bevölkerung sollen die erneut verlängerten Sonderregeln helfen, Kontakte zu vermeiden und potenzielle Infektionsrisiken zu minimieren. Das gilt auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erkältungs- und Grippezeit.

Mindestvorgaben an Pflegepersonal nicht länger ausgesetzt

Die Mindestvorgaben für die Ausstattung und den Einsatz von Pflegefachkräften bei der Versorgung von Frühgeborenen, bei der Kinderherzchirurgie und der Kinderonkologie erlangen hingegen ab dem 1. Oktober 2021 wieder ihre Gültigkeit. Das gilt auch für die Versorgung von Patient*innen bei minimalinvasiven Herzklappeninterventionen und bei der Behandlung eines Bauchaortenaneurysmas. Die qualitätssichernden Mindestvorgaben waren ausgesetzt worden, um den Krankenhäusern die Möglichkeit zu geben, bei einer starken Überlastung wegen der Versorgung von Corona-Patient*innen das Pflegepersonal kurzfristig anderweitig einzusetzen.

Der G-BA behält die sogenannte Hospitalisierungsrate als neues Kriterium bei der Bewertung der Belastung der Krankenhäuser jedoch im Blick. Die Rate gibt an, wie viele Corona-Patient*innen je 100.000 Einwohner*innen in sieben Tagen in den Kliniken eingeliefert werden.

Corona-Sonderregeln bis 31. Dezember 2021:

- Patient*innen, die an leichten Atemwegserkrankungen leiden, können wie bisher telefonisch für bis zu sieben Kalendertage krankgeschrieben werden. Niedergelassene Ärzt*innen haben sich dabei persönlich vom Zustand der Patient*innen durch eine eingehende telefonische Befragung zu überzeugen. Eine einmalige Verlängerung kann für weitere sieben Kalendertage ausgestellt werden.
- In der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung bleibt der telefonische Behandlungsumfang ebenfalls erweitert.
- Heilmittel-Verordnungen bleiben auch dann gültig, wenn es zu einer Leistungsunterbrechung von mehr als 14 Tagen kommt.
- Im Bereich der häuslichen Krankenpflege müssen Folgeverordnungen auch weiterhin nicht in den letzten drei Arbeitstagen vor Ablauf des verordneten Zeitraums ausgestellt werden. Außerdem können Ärzt*innen Folgeverordnungen für häusliche Krankenpflege für bis zu 14 Tage rückwirkend verordnen. Eine vorübergehend längerfristige Folgeverordnung müssen sie nicht begründen.
- Die Frist zur Vorlage von Verordnungen bei der Krankenkasse bleibt für die häusliche Krankenpflege, die Soziotherapie sowie für die spezialisierte ambulante Palliativversorgung von drei Tagen auf zehn Tage verlängert.
- Folgeverordnungen für häusliche Krankenpflege, Hilfsmittel und Heilmittel dürfen weiterhin auch nach telefonischer Anamnese ausgestellt werden. Voraussetzung ist, dass bereits zuvor aufgrund derselben Erkrankung eine unmittelbare persönliche Untersuchung erfolgt ist. Dies gilt im Bereich der Heilmittel auch für Folgeverordnungen von Zahnärzt*innen. Ebenso sind weiterhin Verordnungen von Krankentransporten und -fahrten aufgrund telefonischer Anamnese möglich.
- Eine Behandlung kann weiterhin auch per Video stattfinden, wenn dies aus therapeutischer Sicht möglich und die Patientin oder der Patient damit einverstanden ist. Die Regelung gilt für eine Vielzahl von Heilmitteln, die Vertrags(zahn)ärzt*innen verordnen können. Auch Soziotherapie und psychiatrische häusliche Krankenpflege können mit Einwilligung der Patientin oder des Patienten per Video erbracht werden. veo

Alle Regelungen finden Sie hier: www.g-ba.de/sonderregelungen-corona.



Wir haben geholfen

Erwerbsminderungsrente gezahlt

Ein gutes Beispiel, wie der SoVD seinen Mitgliedern im Streit mit Kostenträgern hilft, stammt aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen: Ein Mitglied aus Minden erhält jetzt durch den beharrlichen Einsatz des SoVD NRW doch noch eine Erwerbsminderungsrente – und bekam von der Rentenversicherung auch eine hohe Nachzahlung.

Bei Michaela Höffner (*Name geändert*) kam vieles zusammen: körperliche Beschwerden, Erkrankungen, psychische Leiden. Es ging einfach nicht mehr. Und das gestand sie sich auch ein, sodass sie eine Erwerbsminderungsrente bei ihrer Rentenversicherung beantragte.

Die Ablehnung ließ allerdings nicht lange auf sich warten, Begründung: Höffner sei durchaus in der Lage, mindestens sechs Stunden am Tag zu arbeiten. Außerdem habe sie im maßgeblichen Fünf-Jahres-Zeitraum nur 35 statt der erforderlichen 36 Monate Pflichtbeiträge gezahlt und erfülle damit gar nicht die rentenrechtlichen Voraussetzungen.

Es war wie ein Schlag ins Gesicht für Michaela Höffner. Doch zum Glück erfuhr sie durch einen Freund von der Arbeit des SoVD, der sich im Streit mit Kostenträgern für seine Mitglieder starkmacht. Auch während einer Reha-Maßnahme legte ihr der dortige Sozialdienst ans Herz, sich an den SoVD zu wenden.



Fabian Beine
Jurist im SoVD NRW

Daher vereinbarte Höffner einen Termin mit Fabian Beine, Sozialrechtsberater des SoVD NRW in Minden, und wurde Mitglied im Verband.

Gutachten zeigt: Mitglied kaum arbeitsfähig

SoVD-Jurist Beine prüfte den Sachverhalt – und legte im Auftrag der Dame Widerspruch gegen den negativen Bescheid ein.

Michaela Höffner wurde dann gutachterlich untersucht und in einer Rehabilitationsklinik stationär medizinisch behandelt. Ergebnis des Gutachtens und des Entlassungsberichtes: Ihr Leistungsvermögen ist gemindert, sie ist *nicht* mehr in der Lage, länger als drei Stunden am Tag zu arbeiten.



Foto: Peter Maszlen / Adobe Stock

Wer zu krank ist, um zu arbeiten, kann eine Erwerbsminderungsrente beantragen. Doch oft lehnt die Rentenversicherung zunächst ab.

Die Rentenversicherung ließ sich davon aber nicht beeindrucken. Auch den Widerspruch lehnte sie bei nunmehr festgestellter voller Erwerbsminderung ab – infolge des fehlenden Pflichtbeitragsmonats!

An einer Klage führte also kein Weg vorbei: der Fall kam vor das Sozialgericht Detmold.

Abgelehnter Widerspruch macht Klage nötig

Das Gericht holte Befundberichte der behandelnden Ärzt*innen ein. Daraufhin erhielt Höffners Krankenversicherung von der beklagten Rentenversicherung die Aufforderung, einen Dokumentationsbeleg zur Arbeitsunfähigkeit auszufüllen. Erst, als diese Unterlagen bei der Rentenversicherung zur Prüfung vorlagen, machte diese ein Vergleichsangebot und sah die Erwerbsminderung nun doch als gegeben an, selbstverständlich rückwirkend.

Nach Rücksprache mit Beine nahm das SoVD-Mitglied das Vergleichsangebot an. Ein Urteil musste also nicht gesprochen werden, Höffner kam auch so zu ihrem Recht, wenn auch reichlich spät und nur mit Hilfe des SoVD: Die Rentenversicherung zahlte ihr für den Zeitraum vom 1. Mai 2018 bis zum 31. März 2021 eine Rente wegen voller Erwerbsminderung. Sie erhielt also im Nachhinein einen hohen Betrag inklusive Zinsen.

Status „arbeitsuchend“ kann Rentenanspruch retten

Die Rentenversicherung hatte aber, wie schon angesprochen, nicht nur anfänglich die Erwerbsminderung verneint, sondern sich auch darauf beru-

fen, dass die rentenrechtlichen Voraussetzungen gar nicht gegeben seien. Höffner habe im zugrunde gelegten Fünf-Jahres-Zeitraum nur in 35 Monaten Pflichtbeiträge entrichtet, einen Monat zu wenig, so das Argument.

„Das Problem war einerseits die Frage des sogenannten Leistungsfallzeitpunkts. Die Rentenversicherung hatte nicht den korrekten Zeitraum zur Grundlage gemacht – und das konnten wir nachweisen“, erklärt Fabian Beine. „Allerdings kam erschwerend hinzu, dass Frau Höffner über lange Zeit nicht rentenversicherungspflichtig beschäftigt war und leer ausgegangen wäre.“

Zur Aufrechterhaltung der rentenrechtlichen Voraussetzungen sollte man sich daher auch ohne Sozialleistungsbezug zumindest arbeitsuchend melden oder arbeitsuchend gemeldet bleiben, warnt der SoVD-Jurist. Zum Glück habe sich die Dame noch rechtzeitig an den Verband gewandt.

Was gilt für die Zukunft? SoVD betreut Fall weiter

Ganz abgeschlossen ist der Fall Höffner im SoVD-Beratungszentrum Minden übrigens noch nicht. Schließlich ist bisher nicht klar, ob die Rentenzahlungen auch künftig fortgeführt werden – für das SoVD-Mitglied derzeit eine enorme psychische Belastung. Erst ein weiteres Gutachten soll diese für Michaela Höffner so existenzielle Frage klären. „Aus meiner Sicht sind die Chancen aber gut, dass wir ihr auch in dieser Hinsicht helfen können“, zeigt sich Fabian Beine optimistisch. mv

Briefe an die Redaktion

Recht auf Lohn im Minijob

In den vergangenen Wochen erhielten wir zahlreiche Zuschriften unserer Mitglieder. Häufig stand dabei das Titelthema der September-Ausgabe („Krise steigert Kritik an Minijobs“) im Fokus. Wenn auch Sie uns schreiben möchten, dann erreichen Sie uns per E-Mail unter: redaktion@sovd.de sowie per Post unter: SoVD, Abteilung Redaktion und digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Auch das Mitglied Marina K. (Oerlinghausen) nimmt die erwähnte Titelgeschichte zu den Minijobs zum Anlass, uns zu schreiben.

In Ihrer Ausgabe Soziales im Blick von September habe ich aufmerksam Ihren Bericht über Minijobs gelesen. Ich habe über 20 Jahre in einem Betrieb gearbeitet und davon in den letzten 15 Jahren als Minijobberin. Mein Arbeitgeber musste aufgrund der Pandemie den Betrieb für fast drei Monate schließen. (...) Für diese Zeit habe ich keinen Arbeitslohn bezogen.

Durch Zufall bin ich auf den § 615 Satz 3 des BGB gestoßen. Hier wurde verankert, dass für den Fall z.B. einer Pandemie die „Betriebsrisikolehre“ zum Tragen kommt. Hält sich ein Minijobber demnach auf Abruf bereit, ist der Arbeitgeber verpflichtet, für die Zeit der betrieblichen Schließung den Arbeitnehmer weiter zu entlohnen.

Ich habe meinen Arbeitgeber daraufhin angesprochen und musste feststellen, dass man über dieses Gesetz nicht informiert war. Mein Arbeitgeber war leider nicht sehr einsichtig, ob-

wohl er verstanden hat, dass ich ein Anrecht auf Lohnfortzahlung hatte. Man verbot mir, darüber mit den anderen Minijobbern in unserem Betrieb zu sprechen, und wollte mich unter Druck setzen.

Nun habe ich nach über 20 Jahren den Arbeitgeber gewechselt und möchte klarstellen, dass man als Minijobber/-in auch ein Anrecht auf Bezahlung im Pandemiefall hat. Vielleicht können Sie in einer der nächsten Ausgaben darauf aufmerksam machen (...).

Anm. d. Red.: Das tun wir gerne mit nebenstehendem Urteil.

Aktuelle Urteile

Pandemie ändert nichts am Betriebsrisiko

Arbeitnehmer*innen mit Minijob haben auch dann Anspruch auf Lohnfortzahlung, wenn ein Betrieb infolge der Corona-Pandemie schließen muss. Das gilt einem Urteil des Landesarbeitsgerichtes Niedersachsen zufolge auch im Fall von Kurzarbeit. Maßgeblich hierfür sei die Tatsache, dass der Arbeitgeber auch in einer Pandemie das Betriebsrisiko trage.

Die Auswirkungen der Pandemie bekamen viele Beschäftigte zu spüren. Besonders benachteiligt waren diejenigen, die bisher in einem Minijob arbeiteten. Doch nicht in jedem Fall müssen Betroffene dies auch hinnehmen. Das zeigt der Fall einer geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerin, die deswegen sogar vor Gericht zog.

Arbeitgeber muss Gehalt trotz Filialschließung zahlen

Die Frau arbeitete in einer Filiale, die aufgrund einer behördlichen Anordnung im April 2020 geschlossen wurde. Für diese Zeit verlangte die Minijobberin nun den vereinbarten Lohn – mit Erfolg. Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen gab der Klägerin Recht (Az: 11 Sa 1062 / 20).

Geringfügig Beschäftigte profitieren nicht von Kurzarbeit

Der Arbeitgeber sei gemäß § 615 Satz 1 und Satz 3 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) bezogen auf die ihm angebotene Arbeitskraft in Annahmeverzug. Er allein trage das Betriebsrisiko dafür, dass er seine Arbeitskräfte nicht wie gewünscht beschäftigen kann. Dabei helfe auch die wirksame Anordnung von Kurzarbeit nicht weiter.

Diese schließe zwar grundsätzlich den Annahmeverzug aus, allerdings nicht bei geringfügig Beschäftigten. Denn das sozialversicherungsrechtliche Konstrukt der Kurzarbeit gehe von einer Beitragspflicht in der Arbeitslosenversicherung aus, die hier fehle. Das Betriebsrisiko spiegele somit den betriebswirtschaftlichen Vorteil, den das Unternehmen durch den Einsatz von geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer*innen erziele.



Wenn Sie sich zu dieser arbeitsrechtlichen Thematik näher beraten lassen wollen, dann wenden Sie sich bitte an das Service-Telefon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Dieses erreichen Sie montags bis donnerstags zwischen 8 und 20 Uhr unter Tel.: 030/22 19 11 00 4.



Foto: mtrlin / Adobe Stock; Montage: SoVD

In der Aprilausgabe titelten wir „Corona: Lasten ungleich verteilt“. Auch hierzu erreichte uns die Zuschrift eines SoVD-Mitglieds.

Jährlicher Aktionstag macht auf die Lage von Menschen in psychischen Notlagen aufmerksam

SoVD beim Markt für seelische Gesundheit

Am Welttag der Suizidprävention fanden in Berlin „Der Lauf und der Markt für seelische Gesundheit“ statt. Der SoVD war mit einem Stand vor Ort. Durch Berichte aus Sozialrechtsberatungen weiß der Verband, dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen beim Kontakt mit Bürokratie und Behörden vor Problemen stehen können.

In diesem Jahr legte der Veranstalter den Markt am 10. September auf den „Welttag der Suizidprävention“ und verwies damit auf die steigende Zahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Nach aktuellen Daten gehen in Deutschland etwa 17 Prozent der Krankschreibungen auf psychische Erkrankungen zurück. Ungefähr 30 bis 40 Prozent der Menschen in Deutschland werden in ihrem Leben von einer psychischen Notsituation betroffen sein, sodass sie oder ihre Angehörigen Unterstützung benötigen. „Der Markt für seelische Gesundheit“ will darauf aufmerksam machen und das Thema psychische Erkrankun-

gen und das Sprechen darüber enttabuisieren.

Bei der fünften Ausgabe der Veranstaltung, diesmal am Berliner Klinikum am Urban, stellte der SoVD den Verband und seine Angebote vor. Neben dem SoVD beteiligten sich etwa 30 weitere Organisationen. Zum Programm gehörte außerdem eine Laufveranstaltung sowie ein Schwerpunkt zur Suizidprävention mit Lesung, Filmvorführung und Unterstützungsangeboten.

Betroffene haben es bereits durch ihre psychische Notlage besonders schwer, trotz des vielfältigen Angebotsnetzwerkes Zugang zu den Hilfsangeboten zu finden. Erfahrungen

aus den SoVD-Sozialrechtsberatungsstellen zeigen, dass Behörden für diese Personen mitunter Hürden schaffen und notwendige Hilfen verwehren. Seinen Mitgliedern hilft der Sozialverband Deutschland in solchen Krisensituationen mit der Sozialrechtsberatung weiter. Denn über die Beratung hinaus werden Widersprüche für die Betroffenen verfasst und Schriftwechsel übernommen, um sozialrechtliche Ansprüche geltend zu machen.

Aus dem Landesverband Berlin-Brandenburg bot Sozialrechtsberater Rico Gersten den Besucher*innen des SoVD-Standes bei individuellen sozialrechtlichen Fragestellungen



Foto: SoVD

Am Stand des SoVD gab es Informationen und Materialien über den Verband.

eine erste Orientierung an. Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstelle versorgten Interessierte mit Informationen und passenden Materialien zum zentralen Mitgliederservice, mit

der Notfallkarte, Broschüren zu Vorsorgevollmachten und schützenden SoVD-Regenschirmen. In Anbetracht des regnerischen Wetters nahmen viele diese dankbar entgegen.

SoVD-Kundgebung mit Politik-Talkrunde

Mehrere Hundert Interessierte haben am 17. September 2021 an der Demo und der Kundgebung des SoVD in Niedersachsen auf dem hannoverschen Steintorplatz teilgenommen, um ein Zeichen für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen steigende Armutsgefährdung zu setzen. Die Veranstaltung bildete den Abschluss der SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“, die in den vergangenen anderthalb Jahren durch ganz Niedersachsen getourt ist. Höhepunkt der Kundgebung war neben einer politischen Talkrunde die Auszeichnung der Sieger*innen des Musik- und Filmwettbewerbs der Kampagne.



Foto: Lennart Helal

Landesvorsitzender Bernhard Sackarendt (2. v. re.) und Landesgeschäftsführer Dirk Swinke (3. v. re.) führten den SoVD-Demozug durch Hannovers Innenstadt an.



Foto: Martin Bargiel

Die Kundgebung des SoVD auf dem Steintorplatz bot mit Live-Musik, Filmvorführungen, Reden und einer politischen Diskussionsrunde ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm.



Foto: Martin Bargiel

Die drei Preisträger*innen des „Armutsschatten“-Filmwettbewerbs Marie Bargh, Leon Göldner und Elias Gabriel (v. li.) waren aus Köln, Dresden und Leipzig nach Hannover angereist.



Foto: Martin Bargiel

Über den Sieg beim „Armutsschatten“-Musikwettbewerb freuten sich Andreas Weiß (Platz 3), Laura Braun (Platz 1) und Dominik Probert (Platz 2) (v. li.).



Foto: Lennart Helal

Der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt (li.) diskutierte mit Vertreter*innen der Landtagsfraktionen unter anderem über Mindestlohn und mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt.

Immer mehr Menschen in Niedersachsen sind von Armut bedroht – viele von ihnen wissen es allerdings nicht. Um auf die Problematik aufmerksam zu machen, hat der SoVD die Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ gestartet. Höhepunkt und gleichzeitiger Abschluss der zahlreichen Aktionen im ganzen Land war die Demo durch die hannoversche Innenstadt mit anschließender Kundgebung auf dem Steintorplatz. Dabei machte Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen, die Dringlichkeit des Themas deutlich: „Es gibt zahlreiche Betroffene, die von Armut bedroht sind – und das meistens komplett unverschuldet. Deswegen wollen wir mit unserer Kampagne nicht nur Menschen aufklären und sensibilisieren, sondern wir stellen auch konkrete politische Forderungen: für eine sozial gerechtere Zukunft ohne Armutsschatten inmitten der Gesellschaft.“

Praxisbeispiele und politische Diskussion

Einen Blick hinter die Kulissen gewährten Berater*innen des SoVD. Sie schilderten die Dramatik der Lage anhand von Fällen aus der Praxis. „Das zeigt sehr gut, dass unsere Forderungen an die Politik nicht im luftleeren Raum entstehen. Wir haben die Betroffenen täglich in unserer Beratung sitzen und kennen ihre Probleme“, so Sackarendt weiter. Ein Grund mehr für Niedersachsens größten Sozialverband, Politiker*innen auf den Zahn zu fühlen: Mit Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen), Hanna Naber (SPD), Susanne Schütz (FDP) und Dirk Toepffer (CDU) diskutierte der niedersächsische SoVD-Chef deshalb zu den Themen Mindestlohn, Unterstützung für Alleinerziehende, Inklusion und Erwerbsminderungsrente. „Auch wenn unsere Kampagne heute ihren Abschluss findet, werden wir das Problem der Armutsgefährdung nicht aus dem Blick verlieren und die Politik weiter in die Pflicht nehmen“, versprach Sackarendt.

Preisverleihung des Musik- und Filmwettbewerbs

Für beste Unterhaltung sorgte die Preisverleihung des Musik- und Filmwettbewerbs der SoVD-Kampagne. Der erste Platz beim Musikwettbewerb ging an Laura Braun aus Freiburg für ihr Lied „Nullsummenspiel“. Platz zwei machte Dominik Probert aus Düren mit dem Song „Drei Tage Zeit“ und der drittplatzierte Gewinner des Musikwettbewerbs war Andreas Weiß aus Patensen mit seinem Musiktitel „Schattenkämpfer“.

Im Filmwettbewerb wurde Leon Göldner aus Dresden für seinen Animationsfilm „Im Schatten des Scheins“ mit dem ersten Platz ausgezeichnet. Zweitplatzierte wurde Marie Bargh aus Köln mit dem Kurzfilm „Armutsschatten“. Der dritte Platz wurde an Elias Gabriel aus Leipzig für seinen Filmbeitrag „Diana“ verliehen. Die Kurzfilme und Songs der Preisträger*innen sind auf dem YouTube-Kanal der „Armutsschatten“-Kampagne unter <https://bit.ly/3Ach335> abrufbar.

sj/sam

► Möchten Sie die Zeitung als E-Paper lesen?

Seit Ende 2020 bietet der SoVD den Bezug seiner Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“ ergänzend als E-Paper an. Zahlreiche Mitglieder nutzen inzwischen die Möglichkeit, die Zeitung am PC oder auf mobilen Endgeräten zu lesen. Seit Juli können sich Mitglieder für den ausschließlich elektronischen Bezug entscheiden. Das geht in der App über eine – der Titelseite vorgeschalteten – Anmeldefläche für das

rein digitale Produkt. Ebenso ist auf der Homepage des SoVD-Bundesverbandes unter www.sovd.de die Anmeldung möglich. Hier führt ein Link von der Startseite auf das entsprechende Formular. Um wie gewohnt nur die gedruckte Ausgabe der SoVD-Zeitung zu erhalten, brauchen Sie nichts zu tun. Auch der ergänzende Bezug der elektronischen Ausgabe ist weiterhin möglich.

Wie funktioniert's?

1. Anmeldung unter www.sovd.de/e-paper

- Einfach Namen, E-Mail und Mitgliedsnummer eintragen.
- Für rein digitalen Bezug oder E-Paper plus gedruckte Zeitung entscheiden.
- Ins Postfach schauen!

2. Bezug über die App:

- Sie finden das E-Paper in Ihrem Kiosk, wenn Sie die SoVD-App installiert haben.



Foto: Sakchai / Adobe Stock

► Anmeldung unter www.sovd.de/e-paper



Immer mehr SoVD-Mitglieder möchten die SoVD-Zeitung als E-Paper lesen. Sie entscheiden, ob Sie das E-Paper zusätzlich oder statt der gedruckten Ausgabe erhalten möchten. Es ist ganz leicht, sich für das neue Format anzumelden.

Die einzelnen Schritte zur Anmeldung erklären wir hier (rechts). Gerne verdeutlichen wir ebenso die einzelnen Produktionsschritte.



Erfolgreich anmelden!

Auf der Startseite des SoVD finden Sie den Link zum Anmeldeformular. Sie können in Ihren Browser auch www.sovd.de/e-paper eingeben, um direkt dorthin zu gelangen. Halten Sie Ihre Mitgliedsnummer bereit und geben Ihre E-Mail-Adresse ein. Klicken Sie an, wie Sie die SoVD-Zeitung beziehen möchten. Nach der Anmeldung erhalten Sie eine Bestätigungse-Mail. Damit sind Sie bereits in den Verteiler aufgenommen!



Printversion und E-Paper

Wann und wo wird das E-Paper erstellt? Direkt nach der Fertigstellung und dem Ausdruck im Druckhaus Dierichs in Kassel wird auch das E-Paper produziert.

Auch die digitale Version der Zeitung wird in jedem Falle vor Ende des Vormonats der jeweiligen Ausgabe fertiggestellt und Ihnen dann per E-Mail vom Druckhaus zugestellt. Der Absender der Mail heißt daher „Zeitungsdruck Dierichs GmbH“.



Die Zeitung online lesen

Noch vor Erhalt Ihrer gedruckten Zeitung auf dem Postweg sollten Sie Ihre digitale SoVD-Zeitung in Ihrem E-Mail-Postfach haben.

Im Betreff steht zum Beispiel: „SoVD-Zeitung / Oktober-Ausgabe“. In Ihrer E-Mail finden Sie den Link zur aktuellen Ausgabe, den Sie nur anklicken müssen. Kontrollieren Sie bitte auch Ihren Ordner „Unbekannt“, falls Sie sich angemeldet, aber keine Zeitung erhalten haben.



E-Paper in der App

Wenn Sie bereits die SoVD-Magazin-App installiert haben, können Sie das E-Paper auch ohne Anmeldung beziehen. Sobald die Ausgabe fertiggestellt ist, wird sie dort eingestellt und ist mit allen bekannten Vorteilen wie der Zoomfunktion, der Sprachausgabe und der schnellen Navigation durch interaktive Schaltflächen nutzbar.

Die Anwendung ist im App Store und bei Google Play unter „SoVD-Magazin-App“ zu finden.

Tipp für Kinder

Ich mache alles mit links

Zum Schreiben, Malen oder Zähneputzen nutzt einer von sieben Menschen nicht die rechte, sondern die linke Hand. Wie aber findet man heraus, mit welcher Hand man etwas besser tun kann? In dem Buch „Ich mache alles mit links!“ werden diese und andere Fragen zum Thema Linkshändigkeit sehr einfühlsam beantwortet. Darüber hinaus gibt es viele Tipps und Übungen für den Alltag.



Die leicht verständlichen und bebilderten Texte bieten zudem Eltern und Kindern ab 5 Jahren einen guten Anlass, miteinander ins Gespräch zu kommen. Der praktische Ratgeber ist dabei übrigens keinesfalls nur für Linkshänder*innen geeignet.

Dagmar Geisler, Stephanie Gerharz: *Ich mache alles mit links!* Loewe, 36 Seiten, ISBN: 978-3-7432-0904-6, 9,95 Euro.

Möchtet ihr eines der Bücher gewinnen? Dann löst die Aufgabe aus „Rolands Rätselecke“! Die Lösung schickt ihr unter dem Betreff „Ich mache alles mit links!“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Rolands Rätselecke

Bring das Dino-Baby zur Mama

Gerade erst ist der kleine Dino aus dem Ei geschlüpft, schon steht er vor einem Problem: Welcher Weg führt zu seiner Mama? Wenn du den richtigen Pfad gefunden hast, dann sammle die darauf liegenden Buchstaben ein – diese ergeben das gesuchte Lösungswort. Viel Erfolg!



Grafik: Светлана Харчук / Adobe Stock; Montage: SoVD

Voll durchgeblickt

Wer darf ins Bundeskanzleramt einziehen?



Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

Das Bundeskanzleramt in Berlin: Die letzten 16 Jahre war dieses Gebäude quasi der Arbeitsplatz von Angela Merkel.

Die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler bestimmt, welche Politik in Deutschland gemacht wird. Diese wichtige Position kann sich mit jeder Bundestagswahl ändern, also alle vier Jahre. Die Menschen in Deutschland wählen dabei jedoch nicht direkt die Chefin oder den Chef der Regierung. Das übernehmen die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Bundeskanzler*in zu sein bedeutet, das Amt mit dem größten Einfluss zu haben. Um die Regierungsgeschäfte in Deutschland leiten zu dürfen, muss man mindestens 18 Jahre alt sein und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Dagegen ist es nicht notwendig, selbst auch dem Bundestag anzugehören.

Wer letztlich von den Abgeordneten gewählt werden kann, darüber entscheidet das

Staatsoberhaupt. Im Moment ist das Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Er schlägt dem Parlament eine Person vor, die auch Chancen hat, die Wahl zu gewinnen. Das ist normalerweise die Kanzlerkandidatin oder der Kanzlerkandidat einer Partei. Bei der Wahl benötigt sie oder er dann mehr als die Hälfte der Stimmen aller Bundestagsmitglieder. Das bezeichnet man auch als absolute Mehrheit. Sollte

diese Mehrheit nicht zustande kommen, hat unser Grundgesetz Regeln aufgestellt, wie es dann weitergeht. Zunächst dürfen die Abgeordneten selbst Kandidat*innen zur Wahl stellen. Erhält auch dann niemand die benötigte Anzahl an Stimmen, wird erneut gewählt. Dann genügt eine sogenannte relative Mehrheit. Das heißt, es gewinnt die Person, für die sich die meisten Abgeordneten entschieden haben.



Fotos: Leah-Anne Thompson, cynoclub, helga1981, Willee Cole / Adobe Stock; Montage: SoVD

 **Zeitmaschine**

 **Buchtipps**

„Und lass uns ruhig schlafen“

Helene und Julius Wissinger, beide Seelsorger*innen des St.-Lukas-Ordens im damaligen Westberlin, wollten helfen. Zu diesem Zweck machten sie am 5. Oktober 1956 ihre private Telefonnummer öffentlich. Ab diesem Tag widmete sich das Ehepaar der „Lebensmüdenbetreuung“. In diesem Jahr begeht die erste deutsche Telefonseelsorge ihr 65-jähriges Bestehen.

Umgeben von der sowjetischen Besatzungszone hatte Westberlin in den 1950er-Jahren als die „Hauptstadt der Selbstmörder“ einen traurigen Ruf. Damit wollten sich die Eheleute Wissinger jedoch nicht abfinden. Über die Rufnummer ihrer Wohnung in

Charlottenburg boten sie mit der Lebensmüdenbetreuung telefonischen Beistand an. Schnell mussten die Lehrerin und der promovierte Jurist jedoch erkennen, dass neben dem drohenden Suizid auch Themen wie Einsamkeit, Sucht oder Gewalt in der Partnerschaft die Ratsuchenden umtrieben. Kurzerhand benannten sie ihr Hilfsangebot um. Als „Telefonseelsorge“ wurde dieses in der Folge schnell über die Berliner Landesgrenzen hinaus bekannt.

Jährlich findet für die ehrenamtlich Engagierten ein „Danke-schön-Konzert“ der Telefonseelsorge

Berlin statt. Zum Abschluss dieser bewegenden Veranstaltung in der Heilig-Kreuz-Kirche singen traditionell einige Hundert Anwesende gemeinsam das vertonte Gedicht „Der Mond ist aufgegangen“ mit den für ihre Arbeit wohl überaus passenden Zeilen: „Verschon uns, Gott! mit Strafen, / Und laß uns ruhig schlafen! / Und unsern kranken Nachbar auch!“.

Bundesweit erreichen Sie die Telefonseelsorge anonym unter den kostenfreien Rufnummern: 0800/11 10 111 oder 0800/11 10 222.



Fotos: Ljupco Smokovski, michaklootwijk / Adobe Stock; Montage: SoVD

Wenn man mit Problemen alleine nicht fertig wird, kann es helfen, darüber zu reden – ganz anonym und frei von jeder Bewertung. Seit 65 Jahren gibt es zu diesem Zweck die Telefonseelsorge.

Das amerikanische Trauma

Unter der Oberfläche der einstigen Vorbild-Demokratie USA gärt seit Jahrzehnten ein Trauma. Die korrupte und unmoralische Führung des Trump-Regimes verstärkte die Krise noch zusätzlich. Ausbrüche von Wut und Hass, aber auch Hoffnungslosigkeit und Apathie waren die Folge. Viele US-Amerikaner*innen finden sich in einem Land wieder, das sie kaum noch als das eigene wiedererkennen – und ein neuer Präsident allein kann das nicht heilen. Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, um den Glauben an den Staat und die Hoffnung für die eigene Nation wieder aufzubauen. Mary Trumps bestechende Analyse ist der erste Schritt in diese Richtung.



Mary L. Trump: Das amerikanische Trauma. Die gespaltene Nation – und wie sie Heilung finden kann. Heyne, 256 Seiten, ISBN: 978-3-453-21825-3, 22 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns unter dem Betreff „Das amerikanische Trauma.“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

 **Gibts doch gar nicht, oder?**

TÜV-Plakette nach 125 Jahren

Im niedersächsischen Einbeck befindet sich ein Automobilmuseum, dessen Ausstellungsstücke überwiegend von Karl-Heinz Rehkopf zusammengetragen wurden. Am 11. April 2019 waren zahlreiche Fernseherteams vor Ort. Denn an diesem Tag fuhr Rehberg mit einer Victoria-Benz-Motorkutsche von 1894 beim TÜV und bei der Zulassungsstelle vor – und bekam tatsächlich ein Nummernschild.

Die Fahrt in die Werkstatt erregte einiges Aufsehen. Das ist bei einem 125 Jahre alten Automobil wohl auch nicht verwunderlich. Zuvor jedoch gab

es mit den Behörden einiges zu regeln. Denn um sich mit seiner Victoria aus dem Hause Benz im Straßenverkehr bewegen zu dürfen, war Sammler

Karl-Heinz Rehkopf auf einige Ausnahmegenehmigungen angewiesen. Schließlich verfügte seine Motorkutsche weder über Spiegel oder Blinker, von vorgeschriebenen Sicherheitsgurten einmal ganz zu schweigen. Laut einer vom Kreisrat persönlich überreichten Genehmigung darf der sechs PS starke Oldtimer dennoch auf die Straße und ist damit Deutschlands ältestes zugelassenes Auto.

Für den Betrieb des historischen Wagens gelten allerdings durchaus nachvollziehbare Einschränkungen. Da das Gefährt anstelle von Scheinwerfern nur über mit Wachskerzen betriebene Reflektoren verfügt, darf die Benz Victoria grundsätzlich nur tagsüber und nur bei guter Sicht auf der Straße fahren. Zum Anzeigen von Fahrtrichtungsänderungen, so die Genehmigung im Wortlaut, sei zudem eine „Winkerkelle“ mitzuführen.



Foto: Henning Scheffen / imago pictures

Autosammler Karl-Heinz Rehkopf (kniend) fuhr mit seiner Frau Gabriele in der 125 Jahre alten „Benz Victoria“ beim TÜV vor.

 **Denksport**

Kuriose Wortwechsel

Arbeit	Eid	Blasser	Zeugung
Steilzeit	Dung	Fladen	Tube
Müller			
Wachs			
Kau			
Alter			
Samt			
Otter			
Er			
Aussen			

Foto: paffy / Adobe Stock

Bei dieser Denksportaufgabe suchen wir Wörter, deren Sinn sich infolge einer ungünstigen Trennung nicht unbedingt auf den ersten Blick erschließt. Ein Beispiel: „Blumento“ + „Pferde“ ergäbe „Blumentopferde“. Als kleine Hilfe haben wir den ersten Teil des jeweiligen Begriffes grau hinterlegt. Die Lösungen finden Sie auf Seite 18 dieser Ausgabe.

Buchtipps

Die Kunst, einen Elefanten zu reiten

Im Kaffeehaus beschließen Max und Balduin, das Glück zu erforschen. Je genauer sie hinsehen, desto mehr entdecken sie, dass es auch in den kleinen Dingen um sie herum ist. Sie lernen beispielsweise von Lili, der verrückten Tänzerin, das Glück des Vergessens, von Ferdinand, dem depressiven Langweiler, was Freiheit bedeutet, und von einem Elefanten das unübertreffliche Glück der Vorfreude. Ihre inspirierenden Erkenntnisse halten die beiden Freunde in einem Glücksbuch fest und verstehen, dass man tatsächlich lernen kann, glücklich zu sein.



Ronald Schwappe und Aljoscha Long: *Die Kunst, einen Elefanten zu reiten. Kaffeehausgespräche über das Glück und das Leben.* Diederichs, 144 Seiten, ISBN: 978-3-424-35117-0, 14 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Die Kunst, einen Elefanten zu reiten“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Hätten Sie's gewusst?

Verkannte Leinwandgöttin

Hedy Lamarr galt in den 1940er-Jahren als eine der schönsten Frauen Hollywoods. In Filmen kam sie, wie viele Schauspielerinnen der damaligen Zeit, jedoch nur als schmückendes Beiwerk zum Einsatz. Doch die Österreicherin war weit mehr als ein Sexsymbol. Hedy Lamarr interessierte sich intensiv für Technik und entwickelte unter anderem das Frequenzsprungverfahren. Ihre Erfindung dient bis heute als Grundlage für Mobilfunk, drahtlose Netzwerkverbindungen und mobiles Internet.

Seinen Star prius der Filmproduzent Louis B. Mayer als „schönste Frau der Welt“ an. Als Hedy Lamarr wurde die in Wien geborene Hedwig Eva Maria Kiesler in kurzer Zeit zu einer Stilikone, die unter anderem Walt Disney als Vorlage für seine Zeichentrickfigur Schneewittchen diente. Kaum jemand erkannte damals jedoch, dass hinter dem Schönheitsideal auch eine überaus kluge Frau steckte.

Lamarr hatte nicht vergessen, warum sie ihre Heimat verlassen musste und wollte dabei helfen, das verhasste Hitler-Regime zu besiegen. Gemeinsam mit George Antheil entwarf sie zu diesem Zweck ein Verfahren, das über Funk gesteuerte Torpedos durch wechselnde



Fotos: public domain, bluedesign/Adobe Stock; Montage: SoVD

Ebenso schön wie intelligent: Schauspielerin Hedy Lamarr legte den Grundstein für die Möglichkeit der drahtlosen Datenübertragung.

Frequenzen schwerer angreifbar machte. Doch das Militär nahm die Filmdiva und ihre revolutionäre Erfindung offensichtlich nicht ernst: Man lehnte ab und riet, Lamarr solle stattdessen lieber „Küsse gegen Kriegsanleihen“ verkaufen.

Redensarten hinterfragt

Den Stab über jemandem brechen

Wer über andere Menschen sprichwörtlich „den Stab bricht“, bewertet deren Verhalten – und das in der Regel negativ. Mit der Aussage verbindet sich also ein abschließendes Urteil. Historisch nimmt diese Redensart unter anderem Bezug auf die sogenannte Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V.

Bereits bei der Rechtsprechung im Mittelalter symbolisierte ein Gerichtsstab die richterliche Gewalt und Würde. Anwendung fand dieser vor allem im Bereich der Blutgerichtsbarkeit, also in Fällen, bei denen Angeklagten die Todesstrafe drohte.

Nach der Halsgerichtsordnung von 1532 (Constitutio Criminalis Carolina) etwa wurde der Gerichtsstab nach Verlesung eines Todesurteils über dem Kopf des Verurteilten zerbrochen. Dies erfolgte mit den Worten: „Nun helfe dir Gott, ich kann dir nicht mehr helfen!“. Verwendung fand der Gerichtsstab noch bis zum frühen 20. Jahrhundert.



Fotos: Brian Jackson, Victor Koldunov/Adobe Stock; Montage: SoVD

Bei einem Todesurteil wurde früher vor Gericht der Stab zerbrochen. Zumindest als Redensart bewahrte sich dies bis heute.

Variante: LEICHT

			4	9			
1	6					4	5
○				1	9		2
6	9			8	4	1	7
		1	5		8		
8		7	9	1		○	3
3		8	2				○
5	1						7
			1	7			

Auflösung des Vormonats

5	7	4	1	3	6	2	9	8
2	3	9	7	5	8	6	4	1
8	6	1	2	9	4	5	7	3
6	8	7	4	2	9	1	3	5
9	4	3	5	6	1	8	2	7
1	5	2	8	7	3	9	6	4
7	9	6	3	8	5	4	1	2
3	1	8	6	4	2	7	5	9
4	2	5	9	1	7	3	8	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

	7					2		3
8			2	○		1	5	
				4	5		8	
		9		3				4
	6			9			1	
4				2	○	7		
	1		3	6				
	4	6			7			2
2		7				○	9	

Auflösung des Vormonats

4	6	8	9	3	5	2	7	1
5	3	7	4	2	1	9	8	6
9	2	1	7	8	6	4	5	3
3	4	9	5	7	8	6	1	2
7	1	6	2	9	4	5	3	8
8	5	2	1	6	3	7	4	9
2	7	5	3	1	9	8	6	4
6	9	3	8	4	7	1	2	5
1	8	4	6	5	2	3	9	7

Möchten Sie einen unserer Buchpreise gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Oktober.

Des Rätsels Lösung

Finde das richtige Piratenschiff (Ausgabe September 2021, Seite 16)

Habt ihr es erkannt? Nur der Schatten des Seeräuberschiffes mit der Nummer 1 passt genau zu dem Vorbild.

Kuriose Wortwechsel (Denksport, Seite 17)

Konnten Sie Ordnung in das Durcheinander bringen? Hier nun also die gesuchten Wörter in korrekter Schreibweise:

- Arbeitsamt,

- Aussendung,
- Eidotter,
- Erblasser,
- Müllerzeugung,
- Kaufladen,
- Altersteilzeit,
- Wachstube.



Herbst-Attacke 2021 Erlebnisurlaub im Hasseröder Burghotel Wernigerode

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnis und noch vieles mehr!

- **4 Tage / 3 Übernachtungen** HP+ inklusive umfangreiches Wohlfühl- und Erlebnispaket (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, WLAN, Sondernachlass für das gegenüberliegende Erlebnisbad mit Saunalandschaft, Begrüßungsdrink, u. v. m.)
- **3 Abendessen** vom abwechslungsreichen Buffet inkl. Getränkeauswahl im Restaurant „Burghof“
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf das Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung/Verfügbarkeit)
- **Wertgutschein** Hotel-Shop

Eintritt zu folgenden Erlebnis-Highlights bereits im Preis enthalten:

- **Rübeländer Tropsteinhöhlen** • **Erlebnisführung Glasmanufaktur Harzkristall**
- **Luftfahrtmuseum Wernigerode**

Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum 31.10.-23.12.21

WE-Zuschlag für Erwachsene: 10,00€ / Tag (Fr & Sa).
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.

je Erw.
im DZ / FZ

219,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.



BURGHOTEL WERNIGERODE GMBH & CO. KG · LANGER STIEG 62 · 38855 WERNIGERODE · TEL +49 (0)39 43 / 51 64-0 · WWW.HASSEROEDER-BURGHOTEL.DE



Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Grünlippmuschel



Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenkknorpeln und der Gelenkflüssigkeit („Gelenkschmiere“) vorkommen. Jede Kapsel enthält **500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat**.

Best.-Nr. 805	170 Kapseln	€ 12,50
Best.-Nr. 1850	340 Kapseln	€ 23,00

2 zum Preis von 1

Magnesium 400 supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält **400mg reines Magnesium**.

Aktion im Oktober 2021: Zu jeder Packung ➔ 1 Packung GRATIS!

Best.-Nr. 129	120 Kapseln für 4 Monate	€ 8,50
Best.-Nr. 135	300 Kapseln für 10 Monate	€ 17,50

Erotisan-Manneskraft Kapseln

Unterstützt die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und trägt dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten **Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern und Sabalfrüchten + Guarana** sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043	120 Kapseln	€ 21,50
		ab 3 Packungen nur € 19,00

NEU

Hyaluronsäure-Kapseln 400mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, große Mengen Wasser an sich zu binden. Jede Kapsel enthält **400mg reine Hyaluronsäure** und **80mg Vitamin C**, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Best.-Nr. 843	120 Kapseln für 4 Monate	€ 24,50
		ab 3 Packungen nur € 21,50

Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müllis oder zur Vermischung mit Saft.

vegetarisch, glutenfrei, vegan

Best.-Nr. 563	500-g-Dose (je 1kg = 24,00€)	€ 12,00
		ab 3 Dosen (je 1kg = 22,00€) nur € 11,00

Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von **Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness** ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von **Gehirn, Psyche und Nervensystem** abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81	180 Kapseln für 6 Monate	€ 13,50
		ab 3 Packungen nur € 12,00

Vitamin B12 Supra 200µg

Gut für die **gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem** sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält **200µg Vitamin B12**.

Best.-Nr. 118	240 Tabletten für 4 Monate	€ 6,50
		ab 3 Packungen nur € 5,95

GRATIS-TEST-Bestell-Coupon hier abtrennen, ausfüllen und einsenden!

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32

auch online einlösbar!

2-Monatspackung *FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** **Vitamin C 600 Supra-Kapseln, 60 Stück**

Zur Unterstützung Ihres Immunsystems!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probeset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96133	Vitamin C 600 Supra-Kapseln	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Alle Informationen zu unseren Produkten unter www.kraeuterhaus.de
Informationen zur Datenverarbeitung unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz sev211032

Name, Vorname: _____
Straße, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Telefon (falls Rückfragen): _____ Geburtsdatum: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzendorf
Tel.: 073 34/96540
Fax: 073 34/965444
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de



HONIG REINMUTH

HONIGPRODUKTE IN GEPRÜFTER QUALITÄT

Versandkostenfreie
Lieferung
 Ihrer Erstbestellung¹
 innerhalb Deutschlands.
 Ihr persönlicher Gutscheincode:
u216

¹ Gültig bis 31.12.2021

6 x 250 g der beliebtesten Honig-Sorten:

Vielblüten-, Land-, Sonnenblumen-, Wald-, Gebirgsblüten- und Orangenblütenhonig. Besonders als Geschenk geeignet.



PROBIERPAKET
 zum Kennenlernen
 nur € 16,95

Ohne Dekoration



Gratis

für Sie reserviert

Als Dankeschön für Ihre Online-Bestellung*

www.honig-reinmuth.de

Für Ihre Online-Bestellung erhalten Sie, zusätzlich zur versandkostenfreien Lieferung, exklusiv ein **Gratisgeschenk***. Einfach den angegebenen Gutscheincode zu Ihrer Bestellung eingeben und Sie erhalten diese **pflgende Honigseife** im Wert von € 3,95 gratis dazu.

*Pro Kunde nur einmalig in Verbindung mit einer Bestellung einlosbar. Gilt nicht für bereits getätigte Bestellungen und ist nicht kombinierbar mit anderen Aktionen aus dem Hause Honig Reinmuth. Nur für Lieferungen innerhalb Deutschlands gültig und nur so lange der Vorrat reicht!

Gleich bestellen

Bitte geben Sie stets den Gutscheincode **u216** an!

Coupon bitte ausfüllen, ausschneiden und per Post senden an:

Honig Reinmuth · Imkerei und Versand · Imkerweg 2 · 74821 Mosbach

Ja, ich bestelle zum Kennenlernen versandkostenfrei

Versandkostenfreie Erstlieferung bis 31.12.2021

Gratis-Katalog

Best.-Nr.	Artikel	Anzahl	Preis	Gesamtpreis
0270	Honig-Probierpaket 6 x 250 g		€ 16,95	

Vorname Name

Straße / Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefon-Nr. E-Mail-Adresse

Ich bestelle die eingetragenen Artikel gegen Rechnung vorbehaltlich Bonitätsprüfung. Ich erkenne die Liefer- und Zahlungsbedingungen an und habe die Datenschutzerklärung gelesen: <https://www.honig-reinmuth.de/datenschutz.html>

Ja, bitte senden Sie mir Ihren Newsletter mit aktuellen Angeboten.

Datum Unterschrift Geburtsdatum

Bestellservice-Telefon **06267/1021** Mo.-Fr. 8-12.30 Uhr und 13.30-18 Uhr
 Fax: **06267/6226** · E-Mail: bestellung@honig-reinmuth.de

Übersichtlich und modern: Informationen, Service und Beratung – alles zum SoVD

www.sovd.de



Naturpark Spessart

Barrierefrei | Panoramalage | Lift | Hallenbad Infrarot | Sauna | Dampfbad | Kegelbahn | Biergarten



Staat. anerk. Erholungsort | 90 km Wanderwege Livemusik | Grillen | Bingo | Beste Ausflugsmöglichkeiten, viele EZ. **HP ab 51 €.** *Prospekt anfr.*

Landhotel Spessartruh, Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach Tel. 09355-7443 | Fax -7300, www.landhotel-spessartruh.de

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald - Gruppenreisen 2021/22
69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr. 11
Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangebote, für 20 - 50 Personen.
Claudia Eckelmann - Frieß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

Polnische Ostsee

Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung*
Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

14 Tage Kur - poln. Ostsee
3***+Hotel, 300m zum Strand
Schwimmbad/Sauna, Ü / F / HP, Fahrstuhl
2 Anwend. p. Werktag, Termine ganzjährig
14 Tg. p.P./DZ, 699
EZ ab 10 € p.N. 28 Tg. mögl.

Neu **Kombi-Reisen Mai / August 22** Neu
♦ 1 W. Masuren u. 1 W. Kur poln. Ostsee, oder
♦ 1 W. Danzig u. 1 W. Kur poln. Ostsee, oder
♦ 1 W. Breslau - Krakau - Zakopane
u. 1 W. Kur Bad Flinsberg
p.P./DZ EZ ab 10 € p.N. ab **1.299,-**

* Haustürabholung: PLZ 0-5 inklusive, PLZ 6-9 auf Anfrage
fordern Sie unseren Prospekt an kurundvital@preiswerte-kurreisen.de

Reisetipp

26160 Bad Zwischenahn im Ammerland, Haus Beneke, Hermann-Löns-Str. 10 C
Tel 04403/5283 · Fax 64293. Gepfl. FEWO 45 m² - 70 m² für 2-4 Pers. Preis für 2 Pers. 35,- bis 52,- €
Die Wohnungen sind komplett eingerichtet mit Kabel-TV, Tel., Bettwäsche u. Handtücher. Inh. H. Beneke

Gesucht & Gefunden

Treppenlift
Service & Montage
übernimmt
unser Hersteller

Auch zur Miete

- Service bundesweit
- Kurze Lieferzeiten
- Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 55 33 112
www.minova-lift.de

Trauerredner (S.-H./HH/Nds.)
„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Peter Schölermann, Tel: 0176 82259594

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:
Privat-, Kontaktanzeigen,
Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.
Buchung und Beratung unter
07243 / 5390-120

Bayerischer Wald

Das Traumziel für Gruppenreisen
Mariandl
SINGENDER WIRT
Musik-Wellnesshotel
SUPERIOR
+++
Familie Stefan Dietl
Azoplatz 3
94353 Elisabethzell
Tel. 09963/2990 Fax 2448
info@singenderwirt.de

Den „Singenden Wirt“ und das Schönste der Volksmusik im Bayerischen Wald erleben!

Wir bieten unseren Gästen! Komfortzimmer mit Du/WC und Sat-TV, traumhaft schöner Wellnessbereich mit Relaxgarten, Hallenbad (32°), Sauna u.v.m. med. Massage und Kosmetik vor Ort buchbar, teilweise Lift, Behindertentoilette, Restaurant im EG, Saal mit Wintergarten, Kegelbahn, Reiseleitung und Fahrer frei.

Kulinarische Genüsse! Jeden Morgen vielseitiges Frühstücksbuffet mit Vollvertecke, Menüwahl, Salat und Nachtschibüffet, wöchentlich bayerisches Schlemmerbüffet und Begrüßungstrunk.

Keine Langeweile! Bunter Liederabend mit dem „Singenden Wirt“ Stefan, täglich Tanzmusik mit Live Hausbands, bayerischer Brauchtumsabend und von Oktober bis April Starabende mit vielen Star's der Volksmusik, Stefan's geführte Erlebniswanderungen, Ausflugsfahrten im Bayerischen Wald und vieles mehr.

Immer aktuell www.singenderwirt.de

Von Gästen zu einem der 10 beliebtesten 3 Sterne Hotels in Deutschland gewählt!

Gerne unterbreiten wir Ihnen Ihr ganz persönliches und individuelles Angebot!
Wir freuen uns darauf, Sie bei uns zu begrüßen und zu verwöhnen! Ihr freundliches Team vom Hotel Mariandl

Denken Sie **JETZT an Ihre Gruppenreise 2022!**
Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald
Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbuffet, Menüwahl.
5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1x Reiseleitung für eine Tagesfahrt 275,-
URLAUBSHOTEL **Binder**
Inhaber: Alfred Binder
Freihofstr. 6
94124 Büchlberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de
WWW.HOTELBINDER.DE

Traumhafte Tage im Bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe



Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
• ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert
• gemütliche Komfortzimmer mit WLAN
• Wädhmenüe m. regionalen Produkten, Salatbuffet
• Frühstücksbuffet m. hausgemachten Köstlichkeiten
• neue großzügige Bäderlandschaft mit Säunen und Ruheoasen zum Wohlfühlen
• Massage & Kosmetiksalon
• Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
• 2 Kegelbahnen, Tanzbar
• Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Osterreich oder in den Böhmerwald usw.
7 Tage ab 343,- € HP/p. P.

ROMANTIK POSTHOTEL
Fam. Dalfinger · 94133 Röhrnbach · Marktplatz 1
Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88
www.romantik-posthotel.de

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur neun

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Ansprechpartner:
Agentur Neun GmbH
Anna-Lena Wirsching-Lenz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/5390-120
E-Mail: sovdd@agenturneun.de

Teutoburger Wald

Bad Salzuflen FeWo an der Promenade,
1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ 052 22 / 152 17 | fewobadsalzuflen@gmail.com

Harz

Ferienhaus im Südharz/Walkenried
Haus am Bergpark, 2-6 Pers. Kinderbett, Sat-TV, Waschmaschine, Balkon, Terrasse, Garage, Tiere willkommen, ab 28,- € für 2 Personen. Kaltharna Beste, 24376 Kappeln, Grimsnis 3
T. 04642/910519 Fax 9644990 · www.gastgeber.net/78338.htm E-mail beste-hofelder@t-online.de

Bad Lauterberg FeWo, 50 m², 2-3 Pers. Balkon, TV, ab 25,- €, Gerlach ☎ 0 55 24 / 8 06 98

Bad Lauterberg 3***FeWo, Kab.-TV, Sep.-Bing., Ruh.Lage, 2Pers., ab 30,- €/Tag ☎ 055 24 / 16 30

Nord-/ Ostsee

Büsum***, FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Kü, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Fahrräder, Stellpl., TV uvm. ☎ 0174 / 611 30 66

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 048 41 / 6 39 87
www.jacobs-ferienwohnung.de

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 65 € ☎ 0163/4296397

Nordseebad Burhave***FeWo 2P, Hallenbad, barfrf. Duschbad, Sauna ☎ 04733 - 910 9992

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt. Fewos, Dachterr., Badesees. Hauspr. ☎ 048 35 / 13 00, landhausamgrashof.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + OF 20,- €. ☎ 0160 / 171 44 38

(K)Urlaub u.a. Rügen, Usedom, Kolberg, Marienbad, 14 Tg., HP, 30 Anwd., Hausabholung ab € 366,- ☎ 05251/390 900, JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstraße 20, 33098 Paderborn

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 048 46 / 29 1

Urlaub mit dem Hund Ostsee/ Ferienhaus nahe Kiel, Grundstück eingezäunt, Strand ca. 300m, ab € 75,- p.T., ☎ 0170/3501174

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 048 34 / 84 93

BÜSUM, ****-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 048 34 / 2611 · www.haus-corinna.de

BÜSUM, Fewo für 1-2 Pers., Balkon, Parkplatz, Fahrräder, Brötchenservice, Wäschesche inkl. Ab 27 € p.T., ☎ 04834 32 83

Kurz vor Bremerhaven: Ferienwohnung 2-4 Personen, 50,- die Nacht, Endreinigung 30,- mit Poolbenutzung ☎ 0171 / 2337 304

Haby: 6 km bis Eckernförde, 2-4Pers, Balk. u. Terr., 60€/Nacht, inkl. Bettwäsche, Handtücher, Endreinigung, Babyausstattung, keine Haustiere ☎ 0151/56587700

Weserbergland

Hotel-Pension **„Resi“** Inh. Markus Weber
Am Kreuzberg 2
37688 Beverungen
Zim. Du/WC, TV, Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar, Liegew.-Terr., Herrl. Rad- u. Wanderw. Hausatm. mögl. So.-Fr. ÜNVP 235,- € p.P. 7 Übernachtungen mit HP 335,- € p.P. im DZ. Weitere Angebote anfr. ☎ 0 52 73 / 13 97 · www.hotel-pension-resi.de

Luftwechsel für SoVD-Beschäftigte: Gartenpflege statt Büroarbeit im Rahmen der Berliner Freiwilligentage Gemeinsam in der Nachbarschaft Gutes tun

Während der Berliner Freiwilligentage sind die Stadtbewohner*innen zum Einsatz im eigenen Kiez aufgerufen. An vielen Orten in der Stadt geht es ums Aufräumen, Reparieren und Verschönern. Auch der SoVD beteiligt sich seit mehreren Jahren daran. Mitte September waren Beschäftigte der Bundesgeschäftsstelle erneut im Kinderhaus Berlin-Mitte am Werk.

Wie in den vergangenen Jahren engagierten sich Beschäftigte der SoVD-Bundesgeschäftsstelle auch diesmal im Rahmen der Berliner Freiwilligentage. In diesem Jahr fanden diese vom 10. bis 19. September statt und standen unter dem Motto „Gemeinsame Sache“.

Es ist zu einer Art Tradition geworden, dass Freiwillige zu diesem Anlass für ein paar Stunden ihre Büros verlassen und sich stattdessen im nahe gelegenen Kinderhaus Berlin-Mitte um Hof und Garten kümmern. Die Einrichtung, die Kinder und Jugendliche in

familiären Krisensituationen betreut, befindet sich in fußläufiger Entfernung von der SoVD-Bundesgeschäftsstelle. Über die Jahre sind hier gute Verbindungen entstanden.

Laub fegen, Fugen reinigen, Hecken pflegen

Auch diesmal fanden sich viele Mitarbeiter*innen des SoVD, die sich für Tätigkeiten wie die Heckenpflege, Laubsammeln und Aufräumarbeiten im Spielzeugschuppen begeistern konnten. Für viele, die sonst ihre Arbeitstage vor allem mit Computer und Telefon bestreiten, war das ein ganz neues Arbeitsumfeld.

Mehrere Säcke voller Laub, von Moos befreite Fugen, frisch gepflanzte Blumen und die Ordnung bei den Spielmaterialien zeugten am Ende vom Einsatz der SoVD-Truppe.

Insgesamt beteiligten sich während der Aktionstage, die der Paritätische Wohlfahrtsver-



Fotos: SoVD

Michael Meder (in Rot), stellv. Bundesgeschäftsführer, mit dem Leiter der Einrichtung (kariertes Hemd) und den Freiwilligen.

band und die Zeitung „Der Tagesspiegel“ gemeinsam organisieren, etwa 270 Initiativen, die über 350 Aktionen auf die Beine stellten.

Starkes Zeichen für solidarisches Miteinander

Das gemeinsame Erleben und der Einsatz für eine solidarische Gesellschaft sind Kernstücke der Verbandsphilosophie des SoVD. Er beteiligt sich deshalb gern an Aktionen in der eigenen

Nachbarschaft und leistet hier Unterstützung.

In seinem Grußwort an die Teilnehmenden unterstrich Michael Müller (SPD), Schirmherr der Aktionstage und zu diesem Zeitpunkt Berlins Regierender Bürgermeister, die Freiwilligentage setzten „ein starkes Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein solidarisches Miteinander“. Gerade in Pandemiezeiten sei das nicht selbstverständlich. str



Nicht nur im Spielzeugschuppen gab es viel zu tun. Auch der Rasen, Hecken und das Pflaster wurden angepackt.

Anzeige

DIE GRÜNE HÖLLE

DIE JUBILÄUMS-ARMANDUHR ZUM 50. JAHRESTAG DES LEGENDÄREN REGENRENNENS AM NÜRBURGRING

Jede Uhr ein Unikat – dank individueller Ausgabenummer

Die Lettern „NÜRBURGRING“ und die Rennstrecke leuchten im Dunkeln

Das Nürburgring-Logo, die Nürburgring-Rennstrecke und das Nürburgring Officially Licensed Logo sind eingetragene Marken der Nürburgring 1927 GmbH & Co. KG © 2018 Nürburgring 1927 GmbH & Co. KG

Zum 50. Jubiläum ehrt The Bradford Exchange den Nürburgring, die aufregendste Rennstrecke der Welt, mit der offiziell autorisierten Armbanduhr „Die Grüne Hölle“.

Produkt-Nr.: 522-FAN20.01
Produktpreis: € 199,80
 (zahlbar auch in 4 Monatsraten zu je € 49,95) zzgl. € 8,95 Versand

Uhrengehäuse: Höhe 1 cm
 Durchmesser 4,2 cm (ohne Krone)

Das Angebot ist limitiert – Reservieren Sie noch heute!

www.bradford.de
 Für Online-Bestellung
 Referenz-Nr.: **96814**

Bitte einsenden an:
The Bradford Exchange Ltd.
 Johann-Friedrich-Böttger-Str. 1–3
 63317 Rödermark
 kundenbetreuung@bradford.de
 Telefon: **0 60 74 / 916 916**
 Österreich: Senderstr. 10 • A-6960 Wolfurt/V
 Schweiz: Jöchlerweg 2 • CH-8340 Baar

FASZINATION NÜRBURGRING

Die Regenmassen des 4. August 1968 waren das Taufwasser, in dem die härteste Rennstrecke der Welt ihren Namen – „Grüne Hölle“ – erhielt.

Das sportliche Zifferblatt zeigt umlaufend die Lettern „NÜRBURGRING“ sowie als Zeichen der Autorisierung das offizielle Nürburgring-Logo. Dank einer lumineszierenden Beschichtung leuchten die Lettern und die Rennstrecke im Dunkeln. Im Edelstahlgehäuse arbeitet ein zuverlässiges VD55-Quarzuhrwerk mit Stoppuhrfunktion in 1/10-Sekunden, Sekunden und Minuten.

NICHT IM HANDEL ERHÄLTlich

Die Armbanduhr erscheint exklusiv bei The Bradford Exchange. Auf der Rückseite ist Ihre individuelle Ausgabenummer eingraviert – so ist jede Uhr ein Unikat. Bestellen Sie die Armbanduhr „Die Grüne Hölle“ am besten noch heute!

PERSÖNLICHE REFERENZ-NR.: 96814
 Mit 120-TAGE-Rückgabe-Garantie

Zeitlich begrenztes Angebot: Antworten Sie bis zum **15. November 2021**

Ja, ich reserviere die offiziell autorisierte Armbanduhr „Die Grüne Hölle“

Bitte gewünschte Zahlungsart ankreuzen (X):

Ich zahle den Gesamtbetrag nach Erhalt der Rechnung
 Ich zahle in vier bequemen Monatsraten

Name/Vorname: _____ Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen

Straßennummer: _____

PLZ/Ort: _____

Geburtsdatum: _____ E-Mail (nur für Bestellabwicklung): _____

Unterschrift: _____ Telefon (nur für Rückfragen): _____

X **Datenschutz:** Detaillierte Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.bradford.de/datenschutz. Wir werden Ihnen keine Angebote von The Bradford Exchange per E-Mail, Telefon oder SMS-Nachricht zukommen lassen. Sie können Ihre Kontaktpreferenzen jederzeit ändern, indem Sie uns unter nebenstehender Adresse bzw. Telefonnummer kontaktieren. Bitte teilen Sie uns per Telefon, E-Mail oder schriftlich mit, falls Sie keine brieflichen Angebote erhalten möchten.

Matthias Brandt spricht mit Vorliebe Dialekt

„ne rheinische Jung“

Der Theater- und Filmschauspieler wuchs im Rheinland auf. Es macht ihm viel Spaß, Rollen in seinem Heimatdialekt zu sprechen. Am 7. Oktober feiert Matthias Brandt seinen 60. Geburtstag.

Der Sohn des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt stand auf vielen Theaterbühnen und war in der Krimireihe „Polizeiruf 110“ zudem als Kommissar im Einsatz. Matthias Brandt spricht, wann immer seine Arbeit dies zulässt, mit Begeisterung rheinischen Dialekt – etwas, wozu er an seinem derzeitigen Wohnort Berlin leider nur selten kommt.

Seine vielleicht spannendste Rolle spielte Brandt 2003 in dem Fernsehfilm „Im Schatten der Macht“. Als Spion Günter Guillaume sorgte er darin für den Rücktritt seines Vaters.



Foto: Spöttel Picture/imago

TV-Star Matthias Brandt mag die rheinische Mentalität.

Karoline Schucht zieht Lehren aus der Pandemie

Ein Gefühl von Demut

Die Pandemie führte zu vielen Einschränkungen. Auch Karoline Schucht weiß vermeintlich Selbstverständliches wieder mehr zu schätzen. Am 19. Oktober wird die Schauspielerin 40 Jahre alt.

Ihre Rollen konfrontierten die in Jena geborene Schauspielerin immer wieder mit der eigenen Vergangenheit. So stellte sie für den Film „Ballon“ eine spektakuläre Flucht aus der DDR nach oder durchlebte in „Für immer Sommer 90“ noch einmal die Zeit nach der Wende.

Nach den langen Monaten der Einschränkungen empfindet Karoline Schucht beruflich und privat eine gewisse Demut. Sie wünscht sich einen gesellschaftlichen Neustart nach der Pandemie, etwa was die Wertschätzung von Pflegeberufen angeht.



Foto: Future Image/imago

Karoline Schucht weiß private Freiheiten mehr zu schätzen.

Sacha Baron Cohen sieht Facebook & Co. kritisch

Gegen Hass und Gewalt

Sein Humor soll in erster Linie provozieren. Doch der Brite setzt sich auch gegen Diskriminierung in den sozialen Netzwerken ein. Am 13. Oktober wird der Komiker Sacha Baron Cohen 50 Jahre alt.

Kann sich jemand gegen Vorurteile engagieren, wenn er sich über eben diese scheinbar lustig macht? Aus seinem Studium in Cambridge ist Sacha Baron Cohen vor allem eine Aussage des Historikers Ian Kershaw in Erinnerung geblieben: „Der Weg nach Auschwitz war mit Gleichgültigkeit gepflastert.“ Dieses Zitat, so Cohen, treibe ihn an. Er wolle Teilnahmslosigkeit entlarven. Und dadurch, dass er etwa als Borat antisemitisch aufträte, würden andere eher ihre Maske fallen lassen und Vorurteile zu erkennen geben.



Foto: Zuma Wire/imago

Für Komiker Sacha Baron Cohen ist Provokation ein Stilmittel.

Katrin Sass dreht auf Usedom regelmäßig Filme, macht dort aber keinen Urlaub

Nur beruflich „reif für die Insel“

Sie war eine der bekanntesten Schauspielerinnen der DDR. Im Kino hatte sie mit „Good Bye, Lenin“ auch nach der Wende Erfolg. Im Fernsehen ist sie regelmäßig als Kommissarin im „Usedom-Krimi“ zu sehen. Am 23. Oktober feiert Katrin Sass ihren 65. Geburtstag.

Nachdem sie eine Ausbildung zur Telefonistin absolviert hatte, entdeckte sie Regisseur Heiner Carow. Er drehte mit ihr den DEFA-Film „Bürgerschaft für ein Jahr“. Hierfür erhielt Katrin Sass 1982 bei den Internationalen Filmfestspielen den Silbernen Bären als beste Darstellerin.

Die gebürtige Schwerinerin ist regelmäßig in der ARD-Reihe „Der Usedom-Krimi“ zu sehen. Die Insel fasziniert sie. Urlaub, so Sass zur Deutschen Presse-Agentur, mache sie aber am liebsten vor der eigenen Haustür im Berliner Speckgürtel.



Foto: NDR_ARD Degeto_Oliver Feist

Die Folge „Träume“ mit Katrin Sass (li.) und Rykke Lylloff aus der Reihe „Der Usedom-Krimi“ läuft am 7. Oktober um 22 Uhr im NDR.

Vor 30 Jahren machte der Film „Thelma & Louise“ Susan Sarandon bekannt

Zwei Frauen auf der Flucht

Ihr soziales und politisches Engagement zeichnet die US-Schauspielerin seit Jahren aus. Mit Vorliebe spielt sie Frauen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen – so etwa gemeinsam mit Geena Davis in dem Kinofilm „Thelma & Louise“. Am 4. Oktober begeht Susan Sarandon ihren 75. Geburtstag.

Susan Sarandon war bereits mehrfach für einen Oscar nominiert. Für die Rolle einer Ordensschwester in „Dead Man Walking – Sein letzter Gang“ gewann sie ihn 1996 schließlich. Der Film setzt sich kritisch mit der Todesstrafe auseinander.

In „Thelma & Louise“ spielte sie eine Kellnerin, die einen Vergewaltiger erschießt und danach vor der Polizei flieht. Erst kürzlich trafen sich die Titelheldinnen wieder. Geena Davis und Susan Sarandon feierten gemeinsam das 30-jährige Jubiläum ihres Kultfilms.



Foto: Chris Pizzello/picture alliance

Im Rahmen einer Wohltätigkeitsvorführung begingen Geena Davis (li.) und Susan Sarandon das Jubiläum von „Thelma & Louise“.

Fernsehfilm setzt sich mit existenziellen Gewissensentscheidungen auseinander

Bring mich nach Hause

Eine Patientenverfügung kann den Angehörigen zumindest etwas Sicherheit und Orientierung geben. Was aber, wenn ein solches Dokument fehlt? Das ZDF-Drama „Bring mich nach Hause“ zeigt, zu welchen Konflikten es kommen kann, wenn unterschiedliche Haltungen aufeinanderprallen.

Die Mutter von Ulrike und Sandra fällt nach einem Sturz unerwartet ins Koma. Ihr Zustand verbessert sich nicht, monatelang bleiben die Hirnschäden unverändert. Da es keine Patientenverfügung gibt, müssen die Schwestern entscheiden, ob die lebenserhaltenden Maßnahmen fortgeführt werden sollen. Als sie sich nach Monaten einig sind, steht ihnen das Schlimmste noch bevor.

Der Fernsehfilm „Bring mich nach Hause“ sowie eine begleitende Dokumentation laufen am 25. Oktober ab 20.15 Uhr im ZDF.



Foto: Hannes Hubach/ZDF

Ulrike (Silke Bodenbender, li.) und Sandra (Anneke Kim Sarnau) sorgen sich um ihre Mutter (Hedi Kriegeskotte, M.).

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



11. Berliner Sozialgipfel unter dem Motto „Sozial? Gerecht? Solidarisch?“

Die wichtigen Fragen stellen

Berliner Kandidat*innen für den Bundestag stellten sich am 6. September den Fragen des Bündnis Sozialgipfel. Dem SoVD kam es besonders auf die Themen soziale Sicherung, gute Arbeit, Inklusion und Partizipation, Pflege, Kindergrundsicherung sowie Wohnen an.

Sozialstaat und soziale Sicherung dürfen nicht abgebaut, sondern müssen aufgebaut werden. Erforderlich dazu ist eine gerechte Steuerpolitik, wie die Erhöhung der Spitzensteuersätze, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Zur Erhöhung der Spitzensteuersätze sowie Wiedereinführung der Vermögenssteuer signalisierten SPD, Grüne und Linke Unterstützung. CDU und FDP wiederholten ihre bekannten Positionen und lehnten jegliche Erhöhung von Steuern ab. Keine klaren Aussagen der Parteien gab es zur Forderung, die rigorose Schuldenbremse im Grundgesetz abzuschaffen.

Armut bei Arbeit und im Alter: Der Aufbau ausreichender Rentenansprüche in der Erwerbsphase und höhere Rentenleistungen schützen vor Armut im Alter. Dazu gehören ein armutsfester Mindestlohn sowie die Stärkung der Tarifverträge, ebenso die beschleunigte Einführung der Grundrente und Abschaffung der Einkommensanrechnung. In den Antworten der Parteienvertreter*innen nahm die SoVD-Forderung nach einem höheren gesetzlichen Mindestlohn großen Raum ein. SPD und Grüne befürworteten eine Lohnuntergrenze von 12 Euro pro Stunde; Die Linke 13 Euro. Dies entspricht der SoVD-Forderung und orientiert sich an der Armutsdefinition in der Europäischen Union von 60 Prozent des mittleren Einkommens.



Foto: Wolfgang Borrs

Kevin Kühnert (SPD), Lisa Paus (Die Grünen), Petra Pau (Die Linke), Moderatorin Tina Groll, Ursula Engelen-Kefer (SoVD), Ottilie Klein (CDU) und Christoph Meyer (FDP) auf dem Podium.

Bezüglich der **Stabilisierung des Rentenniveaus** gab es unterschiedliche Antworten. Am weitesten ging die FDP mit ihrem Vorschlag einer Aktienrente, finanziert aus zwei Prozent der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Altersrente würde dann um diese Pflichtbeitragsanteile gekürzt.

Für die SoVD-Forderung nach einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung zunächst von Selbstständigen gab es Bereitschaft von SPD, Grünen und Linken, während CDU und FDP diese ablehnten. Am weitesten gingen hierbei die Grünen, die die Einführung einer Bürgerversicherung vorschlugen – mit der Einbeziehung aller Bürger*innen und weiterer Einkommensanteile zur Finanzierung der gesetzlichen

Rentenversicherung. Zudem unterstützten Grüne und Linke die SoVD-Forderung nach Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigung in die Rentenversicherungspflicht.

Um **Inklusion als Menschenrecht** durchzusetzen, ist Partizipation der Menschen mit Behinderungen die Grundvoraussetzung. SPD, Grüne und Linke sprachen sich ausdrücklich für einen inklusiven Arbeitsmarkt aus. Dies gilt vor allem für die Erhöhung der Ausgleichsabgabe in Betrieben, die ihrer gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht nachkommen. Unterstützt wurde ebenfalls die Zahlung von Mindestlöhnen in den Werkstätten für behinderte Menschen. Besonders erwähnt wurde von den Grünen die Weiterentwicklung des Teilhabestärkungsgesetzes zu einem Inklusionsgesetz.

Die Forderung nach einer **Kindergrundsicherung** wurde von CDU und FDP abgelehnt. Die von ihnen ebenfalls gesehene Notwendigkeit einer besseren Förderung von Kindern möchten sie vor allem mit steuerlichen Maßnahmen erreichen.

Für eine wirksame **Begrenzung der Wohnungsmieten** sind rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dringend erforderlich ist die Förderung des sozialen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus. Während SPD, Grüne und Linke Unterstützung äußerten, lehnten CDU und FDP einen gesetzlichen Mietendeckel ab.

Aus dem Landesvorstand

Liebe Mitglieder und Freund*innen des SoVD,

in der Corona-Pandemie hat die Digitalisierung einen erneuten Aufschwung genommen. Infolge der erheblichen Einschränkungen der direkten persönlichen Kontakte im beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Leben blieben vielfach nur digitale Begegnungen. Dies hat die Spaltung in der Gesellschaft noch weiter vorangetrieben zwischen denjenigen mit und ohne Zugang zur Digitalisierung. Menschen in hohem Lebensalter, mit Behinderungen und niedriger Bildung und sozialer Schwäche sind häufig auch bei der Digitalisierung benachteiligt.



Ursula Engelen-Kefer

Für uns als Mitgliederorganisation war und ist dies besonders problematisch. Das „Herzstück“ der Leistungen für unsere Mitglieder, die Sozialberatung bis zum Sozialrechtsschutz, erfordert vielfach den persönlichen Kontakt. Dies konnten wir nur geringfügig aufrechterhalten und mussten oftmals zur Kontaktaufnahme durch Telefon und Internet übergehen. Wir sind daher sehr erleichtert, dass wir jetzt wieder von Angesicht zu Angesicht den ratsuchenden Mitgliedern helfen können.

Aber diese Erfahrung aus den Corona-Zeiten hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, welche große Verantwortung auch wir als Sozialverband gegenüber der Digitalisierung haben. Bereits vor Corona war uns klar, dass die Digitalisierung immer mehr Arbeits- und Lebensbereiche erfasst. Wir erleben dies auch in unserer eigenen täglichen Organisationsarbeit auf allen Ebenen.

Es geht schon längst nicht mehr darum, ob wir für oder gegen Digitalisierung sind. Sie ist Teil unseres Lebens und schreitet weiter voran. Wir haben die Pflicht, an ihrer Gestaltung mitzuwirken, vor allem soweit unsere Mitglieder und unsere Leistungen betroffen sind. Dabei ist für uns entscheidend, dass wir für die Personengruppen, für die wir Verantwortung tragen, einen gleichwertigen Zugang und Umgang mit der Digitalisierung ermöglichen. Gleichmaßen müssen gerade wir als Sozialverband uns dafür einsetzen, dass die Digitalisierung nicht zur alles beherrschenden Lebensform wird. Analoge Angebote müssen weiterhin in wesentlichen Lebensbereichen aufrechterhalten bleiben.

Der Berliner Landesseniorenbeirat hat gerade einen Antrag „Digital Pakt Alter“ eingebracht. Ältere Menschen sowie die Seniorenmitwirkungsgremien sollen aktiv in die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie auf Bezirks- und Landesebene einbezogen werden. Hierzu sind kostenlose Weiterbildungsangebote sowie ausreichende Beratung in den Bezirken zu gewährleisten. Für die Nutzung öffentlicher Dienstleistungen muss die Verwaltung aber auch gleichzeitig analoge Alternativen vorhalten und persönliche sowie telefonische Gespräche mit den Ansprechpartner*innen in der Verwaltung ermöglichen. Als SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg unterstützen wir diesen „Digital Pakt Alter“.

Durch zielgruppenbezogene Bildungs- und Beratungsangebote, insbesondere für Menschen mit Handicaps, mit Behinderungen sowie Menschen in höherem Lebensalter und aus unterschiedlichen sozialen Schichten können die vorhandenen Ängste überwunden und die Vorteile der Digitalisierung genutzt werden.

Die künftige Aufgabe für uns als Sozialverband ist es, durch geeignete Lernangebote unsere Mitglieder mit auf den Weg in die digitale Welt zu nehmen.

Eure Ursula Engelen-Kefer



Foto: Wolfgang Borrs

Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Ursula Engelen-Kefer und Susanne Feldkötter (verdi).

SOVD

Besuchen Sie uns
auch im Internet

www.sovd-bbg.de

Landesverband veranstaltet inklusive Regatta anlässlich der SoVD-Aktion „tag des wir“

Aktionstag für Inklusion erstmals gefeiert

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg machte mit einer inklusiven Regatta den Auftakt zum bundesweiten SoVD-Aktionstag „tag des wir“. Der „tag des wir“ wird nun jährlich am 21. August stattfinden und den bisherigen Inklusionslauf für Menschen mit und ohne Behinderung auf dem Tempelhofer Feld ergänzen.

Der Aktionstag macht auf die Vielfalt in unserer Gesellschaft aufmerksam: Jung und Alt, Menschen mit und ohne Behinderung, mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität, ohne und mit

Migrationshintergrund. „Wir müssen die Vielfalt in unserer Gesellschaft und ihr Potenzial mit Leben füllen. Nur auf dieser Grundlage können Gleichberechtigung und Inklusion Lebenswirklichkeit werden“, so

die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer. „Besonders stolz sind wir darauf, dass Ulla Schmidt, Bundesvorsitzende der Lebenshilfe und Jan Haller, Kapitän der deutschen Rollstuhl-Basketballnationalmannschaft, die Schirmherrschaft unseres SoVD-Aktionstages übernommen haben.“

Dieser Einsatz für Inklusion hat in Berlin besondere Bedeutung, wie aus dem gerade vorgelegten Verstößebericht der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung des Landes Berlin, Christine Braunert-Rümenapf, deutlich hervorgeht. So wurden im Kontext der Corona-Pandemie die nach wie vor bestehenden vielfältigen Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung wie in einem Brennglas zutage befördert. Etwa war der kostenlose Taxitransport zu den Impfzentren für Menschen im



SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer (Mitte) mit Teilnehmenden der Regatta.

Rollstuhl nicht verfügbar – hier hätte es der speziellen Inklusions-Taxis bedurft – und damit ihr Zugang zu den Impfungen erschwert. Diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen von der Maskenpflicht befreit sind, haben ganz besonders unter den Zutrittsbeschränkungen gelitten. Die gravierenden Defizite bei der Umsetzung von Barrierefreiheit in allen Arbeits- und

Lebensbereichen bedrohen die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeit und Gesundheit – aber auch bei der Digitalisierung.

Der „tag des wir“ soll deshalb das öffentliche Bewusstsein fördern: Menschen sollen in ihrer Vielfalt gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilhaben können!“, so Engelen-Kefer.



Ruderer Sebastian Stuart auf dem Wasser bei der Regatta zum „tag des wir“ in Grünau.

Sozialverband stellt sein breites Angebot vor – Möglichkeit zum Kennenlernen

Tag der offenen Tür beim SoVD

Unter dem Motto „Lernen Sie uns persönlich kennen!“ lud der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg Mitglieder und Interessierte unter Einhaltung der gültigen Corona-Regeln am 28. August ein, den Verband und seine Ziele kennenzulernen.

Interessierte konnten sich über das Angebot des SoVD-Landesverbandes informieren. Insbesondere die Sozial- und Rechtsberatung, der ehrenamtliche Besuchsdienst sowie die sozialpolitischen Ziele und das landespolitische Engagement wurden vorgestellt.

Auch über das ehrenamtliche Engagement beim SoVD wurde im persönlichen Gespräch informiert. Der Tag der offenen Tür hatte vorrangig das Ziel, neue Mitglieder zu gewinnen und den Verband sichtbarer zu machen. Aus allen Kreis- und Ortsverbänden waren die Vorsitzenden und aktive Mitglieder dabei. Sie begleiteten mehr als 60 Gäste durch das Haus und berichteten über das Verbandsleben. Allen war es ein großes Anliegen, den neuen Mitglieder einen guten Empfang zu bieten.

Die Ergo als Partnerin des Verbandes war ebenfalls mit einem Stand vertreten, beantwortete Fragen und informierte über Angebote und Vorteilsbedingungen. Auch die Vertreterinnen des Landesjugendarbeitskreises – der SoVD-Jugend – stell-



Neue Mitglieder konnten den Verband und seine Angebote kennenlernen sowie persönliche Kontakte knüpfen.

ten sich vor und halfen bei der Organisation.

Am Abend waren dann alle im ersten Halbjahr neu eingetretenen Mitglieder zum Sommerfest im Hof des Landesverbandes eingeladen. Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und die Vertreter*innen der Kreis- und Ortsverbände begrüßten die neuen Mitglieder mit einer Ansprache und einem Glas Sekt: Herzlich willkommen im SoVD! Anschließend

gab es Zeit für Gespräche und Austausch. Die neuen Mitglieder konnten so ganz entspannt ihre Ansprechpartner*innen vor Ort kennenlernen und erste Kontakte knüpfen. Auch für langjährige Mitglieder war das Sommerfest eine schöne Gelegenheit, sich nach der langen Corona-Pause persönlich in gemütlicher Runde zu treffen und auszutauschen. Die letzten Gespräche fanden noch bei Kerzenschein statt.

Veränderungen bei Rente und Arbeitsmarkt nötig

Überfällige Reformen

Die Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, wie ungerecht es bei Arbeit, Einkommen, Arbeitsbedingungen und Renten zugeht. Die anstehenden Haushaltsberatungen in Berlin und Brandenburg lassen nichts Gutes erwarten, kommentiert Ursula Engelen-Kefer.

Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Rente sind wesentliche Aufgaben für die neu gewählten Abgeordneten aus Berlin und Brandenburg für den Bundestag. Dabei muss die Wiedereingliederung in Arbeit sowie eine menschenwürdige Sicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter oberstes Ziel sein. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmer*innen grundsätzlich Pflichtbeiträge zur Arbeitslosenversicherung von ihren Einkommen leisten müssen, bei Arbeitslosigkeit jedoch nur ein Viertel bis ein Drittel aller Einzahlenden überhaupt Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, also ALG I, erhält. Alle anderen gehen leer aus – wie etwa die über 7 Millionen Minijobber*innen, zwei Drittel davon Frauen – oder werden direkt in Hartz IV und damit in Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung durchgestellt. Oberstes Gebot ist und bleibt: ALG I muss wieder zur Regelleistung bei Arbeitslosigkeit werden. Und die gesetzliche Altersrente muss den Lebensstandard sichern.

Ebenfalls muss die Grundsicherung bei Arbeit und im Alter dringend verbessert werden. Sie muss nicht nur eine Existenzgrundlage gewährleisten, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Hilfeleistungen müssen sich an der Lebenssituation der Mitte der Gesellschaft orientieren und nicht wie bislang an den untersten Einkommensschichten. Dies gilt auch für die Wohnkosten und das Schonvermögen. Auch muss die amtliche Drangsalierung bei der Offenlegung der finanziellen Situation und die damit verbundene Stigmatisierung der betroffenen Menschen abgestellt werden. Nur dann kann die „verschämte Armut“ wirksam bekämpft werden. Untersuchungen zufolge nehmen bis zu 60 Prozent der berechtigten Menschen, davon viele ältere Frauen, die ihnen zustehenden Grundsicherungsleistungen gar nicht in Anspruch.

Dringend erforderlich ist auch die Aufstockung der Regelsätze um 100 Euro im Monat für die Corona-Ausgaben. Die Erhöhung der Regelsätze in Trippelschritten wie in den letzten Jahren und nun erneut beschlossen, wird die Armut nur noch weiter erhöhen. Hier muss endlich umgesteuert werden.

UEng



Aus dem Landesverband und den Kreis- und Ortsverbänden

Landesverband Berlin-Brandenburg

Die Freude, sich wieder bei einem öffentlichen Termin persönlich treffen zu können, war das beherrschende Thema am 14. August bei der Eröffnungsveranstaltung der Berliner Seniorenwoche im Britzer Garten. Sozialsenatorin Elke Breitenbach dankte in ihrer Begrüßungsrede den Seniorenvertretungen der Bezirke und den Sozialverbänden für ihr großes mitbürgerliches Engagement in der Corona-Krise. Dr. Johanna Hambach, Vorsitzende der Berliner Seniorenvertretung, warb in ihrem Beitrag für die im Frühjahr 2022 geplanten Wahlen zu den Seniorenvertretungen in den Berliner Bezirken und versuchte, viele Anwesende als Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen.

Die Seniorenwoche findet in diesem Jahr in Form einer Wanderausstellung statt. Unter dem Titel der Seniorenwoche „Vielfältig. Erfahren. Engagiert.“ wird sie durch die Berliner Bezirke touren und kann dabei immer für eine Woche an einem Standort kostenlos besichtigt werden. Die Ausstellung wird in der 48. Kalenderwoche – in der Zeit vom 29. November bis 5. Dezember – in der SoVD-Landesgeschäftsstelle gezeigt.

Auf dem Foto: Joachim Krüger, Kreisvorsitzender Tiergarten-Wedding, und Bodo Feilke, Kreisvorsitzender Charlottenburg-Wilmersdorf.



Landesverband Berlin-Brandenburg

die Verleihung des Ehrenamtspreises des Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf. Viele Politiker nutzten die persönlichen Kontakte mit den Bürgern, es war ja schließlich Wahlkampf. In alter Verbundenheit kam der Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann an den SoVD-Stand. Auch das SoVD-Mitglied im Bezirksstadtrat, Detlef Wagner, kam zum Stand und lobte, die Arbeit des Verbandes bei Beratung und Information in sozialen Angelegenheiten. Viele Besucher waren sehr erfreut über die persönliche Beratung am Stand und die neuesten Broschüren des SoVD.

Auf dem Foto, v. li.: Heike Ritterbusch, Bodo Feilke, Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, Dieter Rohrbach und Jürgen von Rönne.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg initiierte im August ein gemeinnütziges Straßenfest. Als Gastgeberin eröffnete die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler das farbenfrohe Fest auf der Hauptbühne vor dem Rathaus Schöneberg.

Über 60 Organisationen und Vereine waren vertreten, natürlich auch der SoVD. Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer, Heike Ritterbusch vom ehrenamtlichen Besuchsdienst, Brigitte Hauke und Sabine Schwarz, 1. Vorsitzende des Kreisverbandes, informierten die interessierten Besucher*innen über die Arbeit des SoVD.

Auf dem Foto: Ursula Engelen-Kefer, Sabine Schwarz und Heike Ritterbusch.



Ortsverband Treptow-Köpenick



Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf



Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Kreisverband Berlin-Ost Ortsverband Treptow-Köpenick

Im August fand das erste Wählerforum der Seniorenvertretung Treptow-Köpenick in Zusammenarbeit mit dem SoVD Berlin-Brandenburg, VdK und der Volkssolidarität statt.

Alle Anwesenden konnten nach einer kurzen Vorstellungsrunde ihre Fragen stellen und erhielten entsprechende Antworten. Es wurde eine angeregte Diskussion über viel-fältige Themen angestoßen, um die diversen Unterschiede der Parteien „herauszukitzeln“.

Auf dem Foto: Podium beim Wählerforum

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Nach zwei langen Jahren fand endlich wieder der Tag des Ehrenamtes am 27. August in der Fußgängerzone der Wilmersdorfer Straße statt. Der Kreisverband war mit einem Informationsstand vertreten. Um 15 Uhr wurde die Veranstaltung von Bezirksstadtrat Detlef Wagner auf der Bühne eröffnet. RBB-Moderator Ulli Zelle leitete



Glückwünsche

Um zu begreifen, dass der Himmel überall blau ist, braucht man nicht um die Welt zu reisen.

Johann Wolfgang von Goethe

Wir freuen uns, dass Sie zu uns gehören und gratulieren recht herzlich zu Ihrem Ehrentag. Mögen Frohsinn, Heiterkeit und eine gute Gesundheit Sie stets begleiten!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 4. 10.: Theodor Köhlich, Berlin; 8.10.: Kurt Rösicke, Hoppegarten; 13.10.: Günter Doberschütz, Berlin.

91 Jahre: 6.10.: Willy Kempka, Berlin.

92 Jahre: 5.10.: Karla Struck, Berlin; 30.10.: Hildegard Hantke, Berlin.

93 Jahre: 27.10.: Ingeborg Kunze, Berlin.

94 Jahre: 3.10.: Waltraud Heyll, Altruppin; 9.10.: Gertrud Vierath, Berlin; 11.10.: Ursula Triebke, Guben; 22.10.: Elfriede Busse, Havelsee; 24.10.: Udo Dittberner, Berlin.

95 Jahre: 22.10.: Irene Schulz, Berlin.

96 Jahre: 1.10.: Heinz Koppe, Werder; 13.10.: Luisabeth Kahle, Wusterwitz; 30.10.: Werner Wilke, Berlin.

98 Jahre: 24.10. Gunilde Pfitzmann, Berlin.

Unsere Jubilarinnen und Jubilaren herzliche Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband!

Für 35 Jahre: 1.10.: Veronika Kafke-Loschen, Berlin; 22.10.: Lother Buchin, Schönefeld; 30.10.: Annette Luhof, Berlin.

Für 40 Jahre: 20.10.: Bernd Münchehofe, Berlin.

Für 45 Jahre: 1.10.: Ummo Loschen, Berlin.

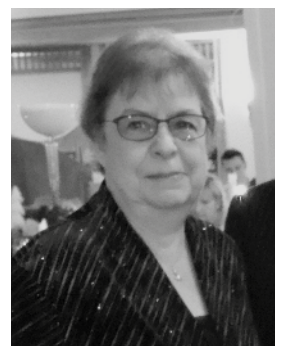
Für 50 Jahre: 1.10.: Harald Fuchs, Falkensee. (Stand: 17.8.2021)

Nachruf

Der SoVD Tiergarten-Wedding trauert um

Christine Reuter.

Kurz nach ihrem wohlverdienten Übergang in den Ruhestand ist unser Mitglied Christine Reuter am 2. August verstorben. Seit vielen Jahren war Christine Reuter gemeinsam mit Ehemann und Tochter treues Mitglied im SoVD und hat an so manchen Veranstaltungen unseres Kreisverbandes mit Freude teilgenommen. Mit ihrer freundlichen und verbindlichen Art wird sie uns stets im Gedächtnis bleiben!





Ansprechpartner*innen der Kreis- und Ortsverbände

Wir treffen uns wieder!

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg bietet in seinen Kreis- und Ortsverbänden zahlreiche Aktivitäten an. Wir laden unsere Mitglieder und Gäste herzlich ein, daran teilzunehmen. Die jeweiligen Ansprechpartner*innen stehen Ihnen telefonisch sowie per E-Mail zur Verfügung. Kurzfristige Änderungen werden auf unserer Webseite unter www.sovd-bbg.de veröffentlicht.

Wichtiger Hinweis: Bitte erkundigen Sie sich immer vor der Veranstaltung über die aktuell gültigen Corona-Regelungen. Die Veranstalter*innen informieren über die Maskenpflicht am Sitzplatz.

Frauen frühstücken wieder regelmäßig!

Der monatliche, traditionelle Frauenstammtisch findet wieder regelmäßig im Restaurant „Ännchen von Tharau“ statt. Die Frauensprecherin Barbara Kubanke (Ortsverband Wilmersdorf) lädt Mitglieder und Gäste herzlich ein, an dem Frauenfrühstück teilzunehmen. Auch männliche Begleiter sind gerne gesehen. Termine: jeden 4. Sonnabend im Monat ab 10 Uhr, Ort: Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin, Anmeldung: Barbara Kubanke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: [babsika\(at\)gmx.de](mailto:babsika(at)gmx.de)

„Unser Mittwoch digital“

Ab 13. Oktober, 14–18 Uhr, jeden 2. und 4. Mittwoch bis Anfang Dezember: Senior*innen Computer Club. Machen Sie sich auf den Weg in die digitale Welt, Technik stellen wir bereit. Nähere Informationen erhalten Sie von Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21.

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 0 (Durchwahl), E-Mail: [post\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:post(at)sov-d-bbg.de).

Sprechzeiten der Sozialrechtsberatung: Antragstellung Rente und Schwerbehinderung: Montag und Donnerstag: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, Dienstag: 9–12 Uhr und 13–15 Uhr., Tel.: 030/26 39 38 0. E-Mail: [rechtsberatung\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:rechtsberatung(at)sov-d-bbg.de), Ansprechpartner*innen: Dana Raabe, Renate Augner, Rico Gersten. Mittwoch und Freitag geschlossen.

Landesgeschäftsführung: Birgit Domrose, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: [birgit.domrose\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:birgit.domrose(at)sov-d-bbg.de).

Mitgliederverwaltung/Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: [Bernhard.Kippert\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:Bernhard.Kippert(at)sov-d-bbg.de).

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: [Ritterbusch\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:Ritterbusch(at)sov-d-bbg.de).

Presse/Verbandszeitung: Ute Lossin, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: [Ute.Lossin\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:Ute.Lossin(at)sov-d-bbg.de), [presse\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:presse(at)sov-d-bbg.de).

Kreisverband Berlin-Ost

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzende Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl,

Tel.: 030/263 938-01, E-Mail: [kv.berlinost\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.berlinost(at)sov-d-bbg.de), Stralauer Str. 63, 10179 Berlin.. Servicesprechstunde und Sorgentelefon: Montag, 13-17 Uhr, oder nach telefonischer Vereinbarung.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/263 938-01, E-Mail: [ov.berlinost\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.berlinost(at)sov-d-bbg.de).

Ortsverband Treptow-Köpenick

Keine Mitgliederversammlung im Oktober. Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/263 938-01, E-Mail: [ov.trepkoep\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.trepkoep(at)sov-d-bbg.de), Mitgliederversammlungen: Alle drei Monate im KIEZKLUB Rathaus Johannisthal, Sternedamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160 und M11 sowie Tram 60.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzender Bodo Feilke, Tel.: 030/263 938-02, E-Mail: [kv.charwil\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.charwil(at)sov-d-bbg.de).

Ortsverband Charlottenburg

13. Oktober, 16 Uhr: Mitgliederversammlung im Rouladenhaus.

19. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Seniorenclub Nehringstraße.

Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/263 938-02, E-Mail: [ov.charlottenburg\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.charlottenburg(at)sov-d-bbg.de). Mitgliederversammlung: jeden 2. Mittwoch im Monat, 16 Uhr, Restaurant Rouladenhaus zur Quelle, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin; jeden 3. Dienstag im Monat, 16 Uhr, Seniorenclub, Nehringstr. 8, 14059 Berlin. Beratungen im Schwerbehinderten- und Rentenrecht nach telefonischer Vereinbarung bei Jürgen von Rönne. **Wichtiger Hinweis:** Nachweis über Corona-Impfung oder Negativ-Test mitbringen.

Ortsverband Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/263 938-02, E-Mail: [ov.wilmersdorf\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.wilmersdorf(at)sov-d-bbg.de).

Kreisverband Reinickendorf

Aufgrund von Renovierungsarbeiten in der Geschäftsstelle finden zur Zeit keine Versammlungen statt. Ansprechpartnerinnen: 1. Kreisvorsitzende Angelika Golombek, Gabriele Degner, Tel.: 030/263 938-05, E-Mail: [kv.reinickendorf\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.reinickendorf(at)sov-d-bbg.de). Sorgentelefon: 030/54 49 77 71.

Kreisverband Neukölln

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

18. Oktober, 16.15 Uhr: Mitgliederversammlung, tel. Anmeldung erforderlich.

Ansprechpartnerin: Edith Massow, Tel.: 030/263 938-03, E-Mail: [kv.neukoelln\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.neukoelln(at)sov-d-bbg.de). Mitgliederversammlung: jeden dritten Montag im Monat, 16.15 Uhr, Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde Alt-Buckow 38, 12349 Berlin.

Kreisverband Steglitz

Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

22. Oktober, 12 Uhr: sozialpolitische Mitgliederversammlung, im Anschluss Eisbeisessen in Restaurant Reisel, Alt-Lichtenrade 83, 12309 Berlin. Gäste sind herzlich willkommen. Um Anmeldung wird gebeten: Bärbel Öffner, Tel.: 030/721 42 98, oder Wolfgang Engelmann Tel.: 030/26 39 38 04. E-Mail: [kv.steglitz\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.steglitz(at)sov-d-bbg.de).

Mitgliederversammlungen / Sozialberatung: jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Seniorentreff (barrierefrei) Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Kreisverband Spandau

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzender Armin Dötsch, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [kv.spandau\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.spandau(at)sov-d-bbg.de). Sprechzeiten Sozialberatung: dienstags, 10 bis 12 Uhr, Nach-

mittagstermine nach Vereinbarung.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

28. Oktober, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung. Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [ov.spandaumitte\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.spandaumitte(at)sov-d-bbg.de). Mitgliederversammlung: monatlich im Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin, Beginn 18.30 Uhr.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [ov.spandaunordsued\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.spandaunordsued(at)sov-d-bbg.de), Mitgliederversammlung: jeden 1. Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [ov.falkensee\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.falkensee(at)sov-d-bbg.de).

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

9. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/263 938-08, E-Mail: [kv.tempschoen\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.tempschoen(at)sov-d-bbg.de).

Sprechstunde / Sozialberatung: jeden 3. Mittwoch im Monat, 15-17 Uhr, Landesgeschäftsstelle. Mitgliederversammlungen: jeden 2. Sonnabend im Monat, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Ort: jeweils SoVD-Geschäftsstelle, Waldstr. 48, 10551 Berlin, Anmeldung erforderlich: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/263 938-06, E-Mail: [kv.tierwedding\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.tierwedding(at)sov-d-bbg.de).

Ansprechpartner: Joachim Krüger, Tel.: 030/263 938-06. Sprechzeiten: Dienstag, 14–18 Uhr. Beratungstermine nach

tel. Vereinbarung für Mittwoch, 16–18 Uhr.

Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

15. Oktober, 14 Uhr: Mitgliederversammlung.

Ansprechpartner: Hans Drenckmann, Tel.: 030/26 39 38 07 E-Mail: [kv.zehlendorf\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.zehlendorf(at)sov-d-bbg.de). Mitgliederversammlungen: Monatlich, 15 Uhr, Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Sprechzeiten (nach Vereinbarung): jeden 3. Freitag im Monat, 14–16 Uhr.

Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West

E-Mail: [kv.brbsuedwest\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.brbsuedwest(at)sov-d-bbg.de).

Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Tel.: 03381/55 15 131, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: [ks.brandenburg\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ks.brandenburg(at)sov-d-bbg.de).

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: [ks.cottbus\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ks.cottbus(at)sov-d-bbg.de).

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Tel.: 030/26 39 38-0, E-Mail: [ks.jueterbog\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ks.jueterbog(at)sov-d-bbg.de).

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, mobil: 0163/87 00 665, E-Mail: [kv.brbrnordost\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:kv.brbrnordost(at)sov-d-bbg.de).

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: [ov.fuerstenwalde\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.fuerstenwalde(at)sov-d-bbg.de).

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Jürgen Ackermann, Tel.: 033921/70 647, E-Mail: [ov.prignitzruppin\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:ov.prignitzruppin(at)sov-d-bbg.de).

Unser Mittwoch

6. Oktober, 14 Uhr: Landesgeschäftsstelle: Gunilla's Ganzheitliche Gehirngymnastik – Comedy trifft Gedächtnistraining. Am Ende gehen alle Teilnehmenden mit vielen Tricks und Tipps für den Alltag aus dieser Veranstaltung heraus. Mit Sabine Schwarzlose, Schauspielerin und Gedächtnistrainerin, www.sabineschwarzlose.de. Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail: [post\(at\)sov-d-bbg.de](mailto:post(at)sov-d-bbg.de) oder bei Heike Ritterbusch unter Tel.: 030/26 39 38 21.

Corona-Studie beim achten Inklusionsbarometer der Aktion Mensch: Bayern besonders betroffen

Situation am Arbeitsmarkt mit Behinderung

Menschen mit Behinderungen trifft die Coronavirus-Pandemie besonders. Laut jüngstem „Inklusionsbarometer Arbeit 2020“ der Aktion Mensch und des Handelsblatt Research Institutes gilt das vor allem auch in Bayern. Der SoVD fordert Maßnahmen gegen die Schlechterstellung am Arbeitsmarkt.

Seit 2013 erstellt das Forschungsinstitut im Auftrag der Aktion Mensch jährlich das Inklusionsbarometer. Es misst die Einbindung von Menschen mit Schwerbehinderungen auf dem Arbeitsmarkt. Demnach waren im Oktober 2020 im Bundesdurchschnitt 13 Prozent mehr von ihnen arbeitslos als zur selben Zeit im Jahr zuvor.

Deutlicher Rückschritt und negative Trendwende

Durch die Corona-Pandemie haben also auch die Integration und Inklusion im Arbeitsleben einen deutlichen Rückschritt erlitten. Das betrifft alle Bundesländer, doch besonders stark Bayern, Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg.

173.709 Menschen mit Behinderungen waren im letzten Oktober arbeitslos, der höchste

Wert seit 2016. Das markiert eine Trendwende, da sich in den Vorjahren die Situation stetig etwas verbessert hatte. Prof. Dr. Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Institutes, zieht ein Fazit: „Doch die rasant negative Entwicklung in diesem Jahr macht in kürzester Zeit die Erfolge der letzten vier Jahre zunichte. Allein von März bis April erhöhte sich die Zahl arbeitsloser Menschen mit Schwerbehinderung um mehr als 10.000.“

Diese Auswirkung wird mit Sorge betrachtet, da die Arbeitslosenzahlen von Menschen mit Behinderungen zwar langsamer steigen, sie aber im Schnitt deutlich länger auf Arbeitssuche sind als nicht behinderte Menschen. Christa Marx, Sprecherin bei Aktion Mensch, erklärte: „Im Durchschnitt suchten arbeitslose Menschen

mit Behinderung schon letztes Jahr 100 Tage länger nach einer neuen Stelle als Menschen ohne Behinderung.“

Bayern im Ländervergleich am stärksten betroffen

Dieser Trend ließ sich bundesweit feststellen. Doch stieg im größten und wirtschaftlich starken Bundesland Bayern die Zahl der Arbeitslosen mit Behinderung am meisten, und zwar auf 19,1 Prozent (im Vergleich dazu Hamburg mit 18,9 und Sachsen-Anhalt mit 6,6 Prozent).

Es wird wohl, nach Ende der Pandemie, einige Zeit dauern, die wirtschaftlichen Folgen zu beheben – vor allem aber, was die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt angeht.

Der SoVD fordert eindringlich, dass die Corona-Krise nicht zu einer Verstärkung der Schlech-



Foto: auremar / Adobe Stock

Die Jobsuche dauert für Arbeitslose mit Behinderungen länger.

terstellung von Behinderten im Arbeitsmarkt führen darf! Wenn der Aufschwung kommt, müssen alle davon profitieren.

Die Studie kann man online herunterladen unter: <https://www.aktion-mensch.de/inklusion/arbeit/zahlen-daten-fakten>.



Editorial

Neuer Aufschwung für ein Miteinander im SoVD

Nach der langen und für alle einschränkenden Corona-Zeit ruft der Landesverband Bayern seine Mitglieder auf, sich wieder bei ihm zu melden.

Liebe Mitglieder,

obwohl die Lockdowns der Corona-Pandemie uns allen noch in den Knochen stecken, gibt es doch vermehrt Öffnungen und Erleichterungen im Alltag und im gesellschaftlichem Leben. In diesem Zuge ruft auch der SoVD Bayern alle Mitglieder dazu auf, sich wieder stärker zu beteiligen.

In den vergangenen Jahren mussten leider viele Ortsverbände ihre Tätigkeit einstellen. Immer wieder hören wir jedoch, dass sich Mitglieder des SoVD weiterhin treffen und austauschen – auch ohne direkte Organisation. Über jedes Treffen von SoVD-Mitgliedern freuen wir uns sehr. Lassen Sie uns davon wissen! Lassen Sie es uns auch wissen, wenn Sie sich austauschen möchten, aber nicht wissen, wo und wie! Wir helfen Ihnen gerne bei der Vernetzung. Es ist dem Landesverband wichtig, alle interessierten Mitglieder auf- und mitzunehmen.

Brauchen Sie Info- oder Werbematerial, um mit Freund*innen oder Kolleg*innen über den SoVD zu sprechen? Wir lassen Ihnen gern etwas zukommen.

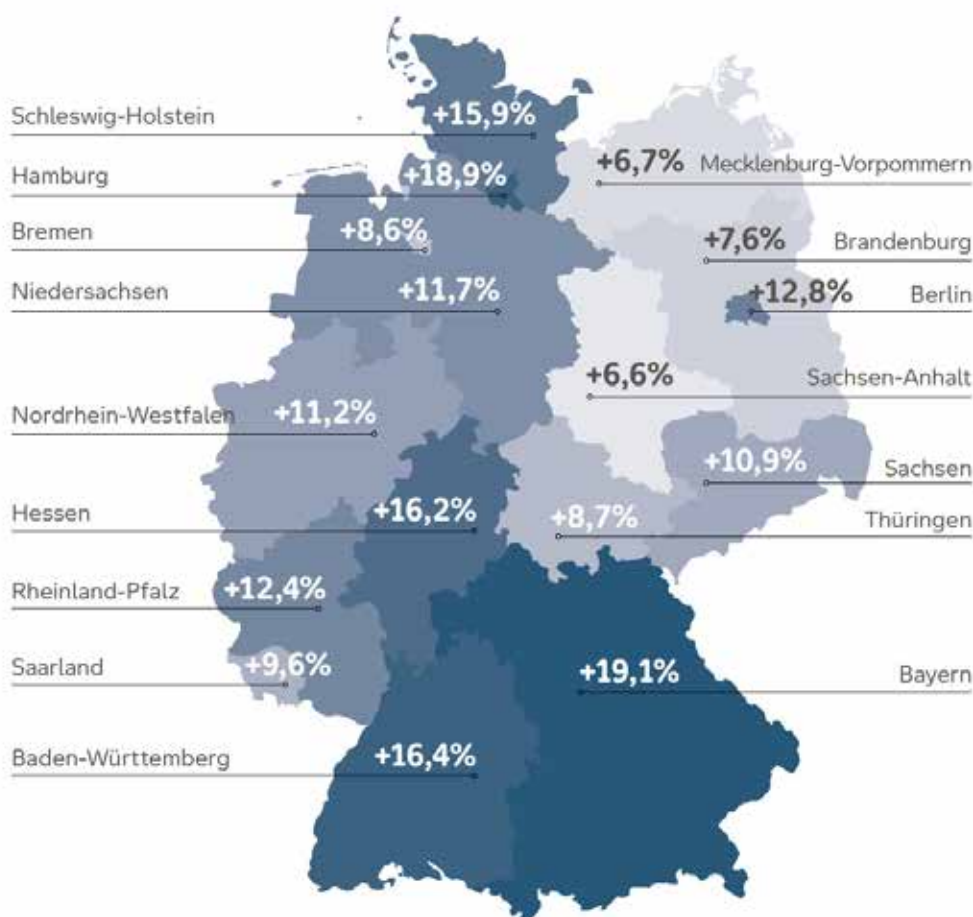
Ebenso möchten wir Mitgliedern in München und Umgebung das herzliche Angebot machen, sich in der Landesgeschäftsstelle bei Kaffee und Kuchen auszutauschen. Bei Voranmeldung organisieren wir das gerne unter den nötigen Hygienebedingungen.

Die Mitarbeitenden der Landesgeschäftsstelle freuen sich, mit Ihnen in Kontakt zu kommen. Alle Anfragen sind willkommen: ob es um Materialien zum Verteilen, um generelle Fragen oder einfach darum geht, sich in den Räumen zu treffen: Der Landesverband ist offen für alles. Melden Sie sich, wir freuen uns über regen Zulauf!

Kontakt: SoVD-Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München; Tel.: 089/53 05 27, E-Mail: info@sovdbayern.de.

Der Landesverband

Inklusionsbarometer Arbeit zeigt: Durch die Folgen der Corona-Pandemie gibt es deutschlandweit 13,1 Prozent mehr arbeitslose Menschen mit Schwerbehinderung*. Damit sind aktuell 173.709 Menschen mit Schwerbehinderung ohne Arbeit.



*Vergleichszeitraum Oktober 2019 und Oktober 2020



Grafik: Aktion Mensch, IBA 2020

Coronabedingter Anstieg der Arbeitslosenzahlen von Menschen mit Schwerbehinderungen: In Bayern war er am größten. Über 19 Prozent sind hier hinzugekommen.

Neu: Online-Antrag für bayerische Verkehrsbetriebe

Fahrgelderstattung soll Inklusion voranbringen

Unter bestimmten Bedingungen müssen Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) schwerbehinderte Menschen und deren Begleitperson kostenlos fahren lassen. Darum beantragen jährlich über 450 Unternehmen beim Inklusionsamt im Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) den Ausgleich entgangener Einnahmen.

Das können sie jetzt online tun. Mit der Einführung des Online-Antrages auf Erstattung von Fahrgeldausfällen leistete die Landesbehörde „einen weiteren Beitrag für die Digitalisierung der Verwaltung“, erklärte ZBFS-Präsident Dr. Norbert Kollmer; und weiter: „Verkehrsunternehmen, die proaktiv an der Inklusion mitwirken, können auf diesem Weg direkt, zeitsparend und einfach die ihnen zustehenden Leistungen beantragen.“ Das Inklusionsamt unterstützte Verkehrsbetriebe mit zuletzt mehr als 45 Millionen Euro jährlich. „Der Online-Antrag ist eine Erleichterung für viele Infrastruktur-Betriebe und trägt dazu bei, dass die Unternehmen einen schnellen Ausgleich für ihre Leistungen erhalten können“, sagte Walter Oertel, der Leiter des Amtes.

Unentgeltlich im ÖPNV befördert werden Menschen, die infolge ihrer Behinderung in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt, hilflos oder gehörlos sind, und zwar gegen Vorzeigen eines entsprechenden Ausweises mit orangefarbenem Flächenaufdruck in Verbindung mit einer gültigen Wertmarke. In besonderen Fällen ist auch die Mitnahme der Begleitung möglich.

Mehr über inklusive Mobilität steht unter www.zbfs.bayern.de/menschen-behinderung/mobilitaet. *Quelle: ZBFS/bearb. SoVD*

5 Termine

Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Gasthaus Moosing, Oberobsang 11 (unter Vorbehalt, Infos beim Vorsitzenden Dr. Josef Haas).

Ortsverband Lautertal

6. Oktober, 14 Uhr und ab dann jede Woche dienstags: Gymnastik im Sitzen im Mehrzweckraum des Rathauses Lautertal.

10. Oktober, 15 Uhr: gemütliches Kaffeetrinken für alle in der „Grünen Linde“ in Oberlauter.

Glückwünsche

Da es sehr förderlich für die Gesundheit ist, habe ich beschlossen, glücklich zu sein.

Voltaire

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 3.10.: Renate Erdmann, Schnaittach; 7.10.: Detlef Hagen, Gilching; 21.10.: Rita Woppert, Floß; 28.10.: Petra Schneider, Rödental.

65 Jahre: 3.10.: Rita Gerstner, Passau; 6.10.: Erich Prandl, Tirschenreuth; 18.10.: Josef Beer, Floß; 20.10.: Wolfgang Strehl, Nürnberg.

70 Jahre: 1.10.: Alena Poupa, München; 5.10.: Edeltraud Vogt, Pfarrkirchen; 23.10.: Manfred Schmid, Großheubach; 26.10.: Klaus Welz, Lautertal.

75 Jahre: 5.10.: Ursula Schwer, Buch; 12.10.: Klaus Rutkowski, Leinburg; 30.10.: Heinz Adolf, Weiden.

80 Jahre: 14.10.: Berta Neumann, Mitterteich; 25.10.: Theresia Weber, Ebersdorf.

85 Jahre: 1.10.: Heinrich Hartmann, Röthenbach; 2.10.: Anna Kröner, Schwarzenbach; 8.10.: Thomas Heckenstaller, Dachau; 23.10.: Hans Zehetmair, Erding.

92 Jahre: 6.10.: Rosa Spickenreuther, Floß.

93 Jahre: 26.10.: Herta Fischer, Lautertal.

94 Jahre: 25.10.: Elsa Hausner, Schwaig.

Tipps zum Gesundbleiben bei schwerer Belastung und Stress

Sport für pflegende Angehörige

Pflege ist oft körperliche Schwerstarbeit. Vor allem der Rücken wird stark belastet. Auch das Seelenleben, die Haut und die Immunabwehr sind herausgefordert. Selbst wenn der Alltag bereits „ein volles Programm“ beinhaltet: Pflegende Angehörige sollten auch an sich und ihre Gesundheit denken.

Beruf, Familie und Pflege unter einen Hut zu bringen, kann sehr kräftezehrend sein. Die Verpflichtungen lassen kaum Zeit für die eigene Gesundheit und Interessen. Das wirkt sich langfristig negativ aus – auf pflegende Angehörige, Pflegebedürftige, Familie und Freund*innen.

Neben Vorsorge wie Impfungen oder Hautpflege helfe vor allem Sport, empfiehlt die Aktion „Das sichere Haus“ e.V. (DSH). Als Gegengewicht zum stressigen Alltag könne es aus dem Teufelskreis befreien.

Wie wirkt sich Sport aus?

Regelmäßiger Sport hat viele positive Effekte auf den Körper. Er verbessert Kraft und Ausdauer und reduziert das Risiko für Krankheiten wie Herzinfarkt oder Schlaganfall. Auch aufs seelische Wohlbefinden wirkt sich Bewegung aus: Sie sorgt für Entspannung und baut Stress ab.

Was und wie viel?

Erlaubt ist, was Spaß macht und guttut! Probleme mit dem Kreislauf, Stoffwechsel oder Bewegungsapparat sollte vorher der Hausarzt oder die Hausärztin abklären und beraten, welche Sportart und Intensität sich eignet. Anfänger*innen sollten es nicht übertreiben. Zu Beginn



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Bewegung ist ein guter Ausgleich, teils unterstützt von den Kassen.

ist ein leichtes Programm gesünder, das man nach und nach steigert – etwa beim Dauerlauf den Wechsel und die Länge der Lauf- versus Ruhephasen.

Sport darf anstrengend sein, nicht aber überfordern. Ernste Anzeichen sind etwa Atemnot oder sehr starke Erschöpfung.

Zum Trainieren der Ausdauer eignen sich zum Beispiel Jogging, stramme Spaziergänge, Radfahren oder Schwimmen. Eine gute Ergänzung sind Gesundheitssportarten. So beugt eine Rückenschule pflegebedingten Schmerzen vor. Yoga, Thai Chi oder Qigong sind gut zum Stressabbau, Entspannen und für die Beweglichkeit.

Langfristig dranbleiben!

Ein regelmäßiger Rhythmus hilft, Sport in den Alltag zu integrieren. Vielleicht machen Freund*innen mit und motivieren. Auch Vereine, Fitnessclubs oder Volkshochschulen haben Vorteile: Man trainiert in einer Gruppe unter Anleitung, die Fehlbelastungen korrigiert. Stecken Sie sich Ziele und bleiben Sie am Ball! „Schlechte Tage“ kommen vor und gehören dazu.

Oft beteiligen sich Krankenkassen an Kosten für Kurse oder geben Bonuspunkte. Pflegende Angehörige können bei ihrer Pflegekasse als Vertretung eine Verhinderungspflege beantragen. *Quelle: DSH/bearb. SoVD*

Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail:

rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebersfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Der Ortsverband Frankfurt hat einen neuen Vorstand gewählt

Neuformierung gelungen

Die Frankfurter Mitglieder des SoVD haben auf ihrer Jahreshauptversammlung im Vereinsheim Unterliederbach einen neuen Vorstand gewählt. 1. Vorsitzende ist Angelika Jansen, Dirk Hertel ihr Stellvertreter, Schatzmeister ist Jürgen Bollig und Beisitzer Walter Hartmann.

Vor drei Jahren hatte sich kein neuer Vorstand für den Ortsverband Frankfurt gefunden. Nachdem der Kreisverband Frankfurt im Rahmen einer Strukturreform mit anderen Mitgliedergruppen zum Kreisverband Südhessen zusammengeführt worden war, machte „ein erheblicher Mitgliederzuwachs in Frankfurt“, so Landesvorsitzenden Rudolf Schulz, den erneuten

Versuch zur Neuformierung des Frankfurter Ortsverbandes erforderlich.

2018 zählten noch die Mitglieder aus Offenbach zum Ortsverband Frankfurt, die jedoch in 2019 mit über 100 Mitgliedern einen eigenen Ortsverband Offenbach gründeten. „Der solidarische Zusammenhalt hat sehr durch die Einschränkungen in der Pandemie gelitten“,

erläuterte Schulz die Situation. „Unsere Mitglieder, deren Anliegen nicht unerheblich durch die besondere Infrastruktur der Metropole geprägt sind, brauchen wieder eine gemeinsame Perspektive.“

Der SoVD steht seinen Mitgliedern in allen sozialen Fragen zur Seite, „die sich jedoch in Quantität und Qualität von den Anliegen der Menschen in ländlichen Regionen oder anderen Großstädten Hessens unterscheiden“, stellte die neue Vorsitzende Angelika Jansen fest. Der 2. Vorsitzende Dirk Hertel hat bereits die nächsten geselligen Veranstaltungen geplant (siehe Artikel rechts).

Die Frankfurter Mitglieder freuten sich darüber, endlich wieder gemeinsam beim Grillen auf der Terrasse beisammensitzen und diskutieren zu können. Mit einem örtlichen Anbieter war ein kleines Testzentrum organisiert worden, sodass sich niemand ausgeschlossen fühlen musste.



Foto: Eisenbahnmuseum Neustadt/Christian Schaedler

Dampflokomotive „89 7159“ kurz vor dem Bahnhof Elmstein.

Der Kreisverband Südhessen hat Reisen organisiert

Mit dem SoVD auf Tour

Für die Tagestour in den Pfälzer Wald sind noch wenige Plätze frei. Für die dreitägige Fahrt nach Berlin gibt es aufgrund der großen Nachfrage zusätzliche Haltestellen und auch neue Programmpunkte.

Wenige Plätze gibt es noch für den **Tagesausflug in den Pfälzer Wald** am 17. Oktober. Abfahrt bzw. Ankunft ist an den Haltestellen in: Frankfurt, Eissporthalle, 8.50 / 21.10 Uhr; Hattersheim, Friedhof, 9.30 / 20.30 Uhr; Wiesbaden, Hauptbahnhof, 10 / 20 Uhr.

Die frühe Mittagspause findet im Forsthaus Silbertal statt, anschließend gibt es einen Vortrag der Kräuterpädagogin Ute Krauß. Bei gutem Wetter ist ein „Kräuterspaziergang“ im Wald geplant. Weiter geht es mit dem Bus zum Bahnhof Lambrecht. Dort fährt die Gruppe mit dem dampfbetriebenen „Kuckucksbähnle“ zum Endbahnhof Elmstein. Zurück geht es mit dem Bus zu Kaffee und Kuchen im Forsthaus Silbertal.

Die Kosten für die Fahrt inklusive Kuckucksbähnle liegen bei 20 Euro pro Person. Verpflegung, Mittagessen, Kaffee und Kuchen muss jede*r selbst zahlen. Nach der Anmeldung erhalten die Mitreisenden noch eine ausführliche Reisebeschreibung.

Wer an der Reise in den Pfälzer Wald teilnehmen möchte, sollte sich schnellstens beim Kreisvorsitzenden des SoVD-Südhessen, Rudolf Schulz, per Telefon unter: 0171 / 23 84 866 oder per E-Mail an: schulz.sovd@gmx.de anmelden, da dieser die Daten noch an den Reiseveranstalter Klieber weiterleiten muss.

Für die **dreitägige Reise nach Berlin** sind noch einige Plätze für SoVD-Mitglieder und Freunde frei. Es gibt zusätzliche Abfahrtsorte in der Region Fulda sowie an der Raststätte Fernwald, die für Reisebegleiter*innen aus Gießen und Umgebung interessant ist. Die Fahrt startet am 2. Dezember und bietet bis zur Abfahrt am 5. Dezember verschiedene Ereignisse, wie Museumsbesuch, Abendveranstaltung „Stars in Concert – Weihnachtsspecial“ sowie Busrundfahrt zu den historischen Weihnachtsmärkten am Gendarmenmarkt und am Charlottenburger Schloss. Leider musste die schon lange angefragte Reise ins historische Berlin und der Besuch im Reichstag inzwischen von den Anbietern vor Ort abgesagt werden.

Außerdem steht für die Interessenten an historischen Informationen nun ein Besuch des neuen Dokumentationszentrums „Flucht-Vertreibung-Versöhnung“ mit einer geplanten thematischen Führung über die ehemaligen deutschen Ostgebiete auf dem Programm. Selbstverständlich sollen die Mitreisenden Gelegenheit erhalten, auch die Bundesgeschäftsstelle des SoVD zu besuchen.

Wer dabei sein möchte, kann sein Interesse beim Vorsitzenden Rudolf Schulz per E-Mail an: schulz.sovd@gmx.de oder Tel.: 0171 / 23 84 866 anmelden und weitere Details, wie Abfahrtszeiten und Preise, erfragen. Weitere Informationen zu den Details der Reise, wie auch die Vorkehrungen zu den pandemiebedingten Regelungen, gibt es, sobald die Buchungen und Anfragen bestätigt sind.



Der neue Vorstand (von links): Walter Hartmann, Dirk Hertel, Angelika Jansen und Jürgen Bollig.

Vorstandssitzung des Kreisverbandes Hersfeld-Fulda-Werra-Meißner

Endlich wieder zusammen

Der Kreisverband Hersfeld, Fulda-Werra-Meißner konnte nach zwei Jahren endlich wieder eine Vorstandssitzung abhalten. Unter Beachtung der Hygienevorschriften brachte die 1. Vorsitzende Marita Schliephorst ihre Mitstreiter*innen auf den aktuellen Stand.

Mit großem Bedauern, Verständnis und Dank für die geleistete Arbeit reagierte der Vorstand auf den gesundheitsbedingten Rücktritt der Vorstandsmitglieder Elfriede Leister und Arnold Wolfram. Die Vorstandsneuwahlen wurden aufgrund der Pandemie auf das nächste Jahr verschoben. Der Kreisverband verzeichnet mit inzwischen über 350 Mitgliedern einen beachtlichen Zuwachs. Daher ist Verstärkung dringend notwendig. Der Vorstand möchte durch vermehrte Aktivitäten auch jüngere Mitglieder für ehrenamtliche Aufgaben motivieren.

Die Nachfrage zur viertägigen Berlinfahrt im Advent kwar groß. Deshalb konnte Marita Schliephorst einen weiteren Abfahrtsort bei Fulda sowie an der Raststätte Fernwald in der



Von links: Bianca Tobi, Ivonne Werner, Irmgard Volland, Helmuth Hunger, Birgit Hunger und Marita Schliephorst.

Nähe von Gießen mit dem Reiseveranstalter absprechen und schon einige Anmeldungen entgegennehmen und weiterleiten.

Der Kreisverband wird keine eigenen Fahrten organisieren, jedoch bietet der Ortsverband Rotenburg neben einem Weih-

nachtsmarkt-Ausflug einen weiteren Ausflug am 8. Oktober nach Kassel zur Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten an.

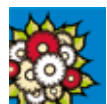
Anschließend wurde noch gegrillt, und man saß bei herrlichem Wetter bis 20 Uhr zusammen.

Freiwillige für das Ehrenamt gesucht

Die ehrenamtlichen Aufgaben in den Orts- und Kreisverbänden des SoVD sind so vielfältig wie die Mitglieder, die unsere Solidargemeinschaft stärken. Deshalb engagieren sich auch bei Ihnen vor Ort Mitglieder je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und sonstigen Stärken bei den vielseitigen Angelegenheiten, die zu erledigen sind, damit alles wie am Schnürchen läuft. Da muss mal ein Telefonat erledigt, eine Kasse geprüft, ein Treffen organisiert, Briefe verschickt, ein Sachverhalt recherchiert oder Gespräche mit Kooperationspartnern geführt werden und vieles mehr.

Wer Lust hat sich einzubringen oder neue Kontakte knüpfen und dabei seine freie Zeit sinnvoll einsetzen möchte, kann sich gerne in der Geschäftsstelle des Hessischen Landesverbandes unter Tel.: 0611/85 108 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de melden, um mehr über das aufregende Leben im Ehrenamt zu erfahren.

Vielleicht sind auch Sie schon bald dabei!



Glückwünsche



Foto: Ortis/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 11.10.: Edgar Schneider, Wetter.

65 Jahre: 10.10.: Monika Preis, Wetter; 14.10.: Heike Ochs, Wetter; 30.10.: Rainer Wenzel, Battenberg, Marion Schäfer, Nentershausen.

70 Jahre: 7.10.: Nurudin Shams,

Kassel; 18.10.: Andreas Schmidt, Schauenburg; 29.10.: Joachim Graf, Calden.

75 Jahre: 26.10.: Walter Vogl, Lahntal.

80 Jahre: 2.10.: Karin Sommer, Bremerhaven; 8.10.: Ursula Abrecht, Homberg.

90 Jahre: 18.10.: Hans Müller, Oestrich-Winkel.

92 Jahre: 11.10.: Ursula Croll, Calden.

94 Jahre: 14.10.: Helene Hupfeld, Sontra.

96 Jahre: 3.10.: Amanda Schäfer, Calden.

98 Jahre: 29.10.: Irma Kilian, Oestrich-Winkel.

101 Jahre: 31.10.: Margarete Satz, Hofgeismar.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder sind ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen die genannten Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

Info-Telefon Pflege: Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn:

jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Juristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, Terminvereinbarung unter

Tel.: 06033/74 88 999, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Juristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Silke Marx, AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Silke Marx, Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung durch Hans Arnold, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Sozialjuristin Silke Marx jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Mo-

nat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/85 043 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau:

Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911 oder E-Mail an: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537

Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621/96 78 787.

Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil),

Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e. V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialkompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden Montag, 16–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202 oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontakt Daten s. oben).

Rehadat-Erklärvideo: Der Grad der Behinderung (GdB)

Alles rund um den Antrag

Rehadat ist ein zentrales, unabhängiges Informationsangebot zur beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Die Informationen richten sich an Betroffene und alle, die sich für ihre berufliche Teilhabe einsetzen. In einem neuen Video wird alles zum Antrag zur Feststellung des Grades der Behinderung erklärt.

In Deutschland haben knapp 10,4 Millionen Menschen ihre Behinderung amtlich anerkennen lassen. Dabei legen die Versorgungsämter nach den „Versorgungsmedizinischen Grundsätzen“ die Auswirkung der Beeinträchtigung als Grad der Behinderung (GdB) in Zehnergraden von 20 bis 100 fest. In dem Dokument der „Versorgungsmedizinischen Grundsätze“ finden sich Tabellen mit einer Übersicht der möglichen Schädigungen und deren Einstufung.

Im Rehadat-Erklärvideo wird am Beispiel von Frau Kaya, die an Diabetes mellitus erkrankt ist, gezeigt, wie der GdB beantragt werden kann. Zum Beispiel, wo Interessierte die „Versorgungsmedizinischen Grundsätze“ finden, mit welchen Informationen aus den verschiedenen Rehadat-Portalen sie sich genauer über die Rechtsprechung, Literatur oder über den Ablauf der Antragstellung informieren können und wer dabei helfen kann.

Zielgruppe sind sowohl Personen mit Beeinträchtigungen,



Foto: agenturfotografarin / Adobe Stock

Was man zur Feststellung des Grades der Behinderung alles beachten muss, wird im Video der Rehadat erklärt.

die sich informieren wollen, was der GdB bedeutet und inwiefern eine Einstufung unter oder über 50 für sie bedeutsam sein könnte. Aber auch für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind dies wichtige Informationen, weil damit beispielsweise Fördermöglichkeiten verbunden sind.

Dazu Projektleiterin Andrea Kurtenacker: „Rund um das Thema GdB erreichen uns viele Anfragen – sowohl von Menschen mit Behinderungen als auch von Arbeitgeberinnen und Arbeit-

gebern, die sich beispielsweise über Arbeitsplatzanpassungen und Fördermöglichkeiten informieren möchten. Dies haben wir zum Anlass genommen, ein Erklärvideo zu veröffentlichen, das zeigt, wie man sich bei Rehadat leicht, umfassend und aktuell über alles Wesentliche zum GdB informieren kann.“

Der direkte Link zum Video: www.rehadat-recht.de/rechtsprechung/feststellungsverfahren/erklervideo-gdb.

Quelle: REHADAT



Kolumne

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

wir haben gewählt! Für uns alle war die Wahl in diesem Jahr dahingehend etwas Besonderes, da diesmal kein*e Amtsinhaber*in zur Wahl stand und damit auch kein Amtsbonus diese Wahl beeinträchtigen konnte.

Soziale Themen, wie die „Angst um das soziale Gefälle“ oder „Renten“ belegten in jeder Umfrage zu den aktuell wichtigsten Problemen die vorderen Plätze, wie eigentlich vor jeder Wahl. Diesmal jedoch belegte nahezu in allen Umfragen das Thema „Umwelt und Klima“ den ersten Rang. Es ist damit mehr als offensichtlich, dass, wer die Zukunft fest im Blick hat, auch das Soziale mit dem Klima zusammendenken muss! Es liegt nun an den Gewählten, eine vernünftige Koalition zu bilden. Das Soziale und das Klima nicht aus dem Blick zu lassen und verantwortlich mit dem Wählerwillen umzugehen.

Doch was bedeutet dieser häufig verwendete Begriff „Verantwortung“ konkret? Laut Duden ist „Verantwortung mit einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten Stellung verbundene Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass (innerhalb eines bestimmten Rahmens) alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, dass jeweils Notwendige und Richtige getan wird und möglichst kein Schaden entsteht“. Damit tragen nicht nur unsere gewählten Volksvertreter*innen eine Verantwortung, sondern jede*r einzelne von uns sollte sich seiner bzw. ihrer Verantwortung im Kleinen wie im Großen bewusst sein.

Auch der SoVD trägt als Organisation eine große Verantwortung und wird mit weiterhin wahrnehmbarer Stimme für eine echte zukunftsfähige Sozialpolitik eintreten, damit die vielfältigen Antworten der demokratischen Parteien auf die Wahlprüfsteine nicht bloß Wahlkampfgeplänkel bleiben und im Sande verlaufen.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Dirb, Landesgeschäftsführer



Christian Dirb

„Beschäftigungscoach“ – 19 Projekte unterstützen Beschäftigte in Kurzarbeit in Rheinland-Pfalz

Unterstützung bei der Weiterbildung

Arbeits- und Transformationsminister Alexander Schweitzer wies bei der Vorstellung der aktuellen Arbeitsmarktzahlen im August auf einer Pressekonferenz in Mainz auf das Förderprogramm „Beschäftigungscoach“ hin. Es im Rahmen der Arbeitsmarktinitiative #rechargeRLP entwickelt wurde und seit Juni dieses Jahres umgesetzt wird.

Der „Beschäftigungscoach“ verfolgt einen präventiven Ansatz und zielt darauf ab, durch die Qualifizierung von Beschäftigten deren Übergang in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden und sie stattdessen auf die Herausforderungen der Transformation der Arbeitswelt vorzubereiten. Dabei setzen die Projekte auf das aufsuchende Coaching von Beschäftigten, erstellen gemeinsam Kompetenzprofile, sensibilisieren die Teilnehmenden durch gezielte Ansprache für die Notwendigkeit beruflicher Weiterbildung, helfen ihnen bei der Suche nach individuell passenden Weiterbildungsmaßnahmen

und finanzieller Förderung und zeigen – falls dies zum Beispiel infolge innerbetrieblicher Umstrukturierungen notwendig ist – Möglichkeiten der beruflichen Neuorientierung auf.

An dem Förderprogramm, das aus Mitteln des EU-Hilfsprogramms REACT-EU in Höhe von rund 4,4 Millionen Euro gefördert wird, können Beschäftigte in Rheinland-Pfalz teilnehmen, und zwar unabhängig davon, ob sie derzeit in ihrem erlernten Beruf arbeiten und welche Qualifikationen sie mitbringen. Das Coaching ist für die Teilnehmenden kostenlos.

„Seit Juni sind 19 Projekte im Förderprogramm Beschäf-

tigungscoach gestartet. Ziel ist es, den Beschäftigten unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen individuellen Situation dabei zu helfen, sich entweder auf neue Tätigkeiten innerhalb ihres Betriebes oder auf Beschäftigungen außerhalb des Unternehmens vorzubereiten und – im besten Fall – gestärkt aus der Krise hervorzugehen“, so Schweitzer.

Beschäftigte, die Interesse an einem Coaching haben, finden unter www.beschaeftigungscoach.rlp.de eine Übersicht über Projekte in der Nähe sowie die Kontaktdaten der jeweiligen Coaches.

Quelle: Staatskanzlei RP



Foto: Rido / Adobe Stock

Ein im August gestartetes Coaching-Programm qualifiziert Kurzarbeitende weiter, damit sie bei Verlust des Arbeitsplatzes schnell eine neue Beschäftigung finden.

Mitgliederversammlung in Ortsverband Wörth

Erste Vorhaben geplant

Am 20. August konnte nach langer, coronabedingter Pause wieder eine Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Wörth stattfinden. Im Bayerischen Hof wurde der Vorstand neu gewählt, und es fand eine besondere Ehrung statt.

Der neu gewählte Vorstand besteht aus der 1. Vorsitzenden Ursula Klöffler, Wörth; dem 2. Vorsitzenden Otmar Kimmel, Germersheim; Schatzmeister Michael Braun, Wörth; Frauensprecherin Irmgard Sahm; Schriftführerin Roswitha Semmler; den Beisitzer*innen: Heinz Brunsch, Martina Braun, Ingrid Brunsch; Revisor*innen: Jörg Brunsch, Inge Pfirrmann und Heinz Weilemann, alle aus Wörth.

Ilse Lavan wurde an diesem Tag für acht Jahre ehrenamtliche Arbeit im Verband ausgezeichnet. Folgende Ehrungen wurden bereits für das Jahr 2020 durchgeführt: Für 10 Jahre Mitgliedschaft: Edgar Pfirrmann und Claudia Dutzig, für 20 Jahre Mitgliedschaft: Heinz Brunsch, für 25 Jahre Mitgliedschaft: Ursula Klöffler, für 35 Jahre Mitgliedschaft: Inge Pfirrmann. Alle Geehrten wurden mit einen kleinen Präsent bedacht.

Die Mitgliederwerbung stand auch in diesem Jahr wieder im Vordergrund der Diskussion. Des weiteren soll im November eine Jahresabschlussveranstaltung stattfinden, wenn es die aktuelle Lage erlaubt.



Termine

Ortsverband Rülzheim

30. Oktober, 14 Uhr: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen im katholischen Pfarrzentrum am Deutschordensplatz in Rülzheim. Die Tagesordnung findet sich auf der Homepage des Ortsverbandes unter: www.sovd-ruelzheim.de unter „Aktuelles“.

Mitglieder, die nicht die Möglichkeit haben, die Tagesordnung online einzusehen, können diese auch telefonisch oder per E-Mail anfordern. Die ausführliche Tagesordnung wird bei der Versammlung ausgelegt.



Glückwünsche



Foto: Ortis / Adobe Stock

60 Jahre: 3.10.: Artur Fuchs, Kaiserslautern; 13.10.: Beate Klein, Niedermoschel; 15.10.: Gerhard Kölsch, Becherbach; 16.10.: Michaela Schmitt, Biebelsheim, Doris Stockmann, Germersheim; 18.10.: Ute Kunkler, Fürfeld; 21.10.: Christina Hauck, Geiselberg; 27.10.: Manuela Gernitz, Lohnweiler.

65 Jahre: 2.10.: Hans Peter Feld, Riegelsberg; 3.10.: Günther Lang, Schopp; 4.10.: Peter Schöllhorn, Wilgartswiesen; 6.10.: Ludmilla Knauz, Bad Kreuznach; 7.10.: Beate Reger, Bad Dürkheim; 14.10.: Kurt Volker Lehmann, Hirschhorn; 18.10.: Margitta Wolf, Rülzheim, Rüdiger Knoll, Herxheim; 26.10.: Oliver Mc Farlane, Bellheim; 29.10.: Helga Maass, Hördt.

70 Jahre: 5.10.: Hans Joachim Münch, Bürstadt; 15.10.: Marianne Blauth, Schwedelbach; 20.10.: Gottfried Fischer, Hördt; 25.10.: Slava Petricevic, Mainz; 27.10.: Irene Ortega, Rülzheim.

75 Jahre: 1.10.: Margarethe Bleyemehl, Spiesen-Elversberg; 20.10.: Herbert Eckhard, Hirschhorn.

80 Jahre: 8.10.: Hans Schneider, Steinwenden, Heidi Janczik, Billigheim-Ingelheim; 17.10.: Franz Eich, Kandel; 27.10.: Gerhard Hörner, Kuhardt, Magda Frohnhofer, Hirschhorn.

85 Jahre: 2.10.: Bruno Stephan, Rülzheim; 6.10.: Alwin Beilmann, Bingen; 8.10.: Ingrid Weißbach, Bernkastel-Kues; 9.10.: Christel Sophie Schmidt, Bellheim; 13.10.: Walter Gerlich, Gensingen.

90 Jahre: 10.10.: Günter Vogel, Gau-Bischofsheim; 12.10.: Hermine Schreiner, Heinenhausen; 22.10.: Günther Schorr, Sulzbach.

Selbstmord verhindern ist zentrales Anliegen der TelefonSeelsorge

Gespräche für den Lebensmut

Die TelefonSeelsorge weist auf die Bedeutung ihres deutschlandweiten Unterstützungsangebots bei seelischen Krisen hin. Suizide nach Möglichkeit zu verhindern war weltweit das zentrale Anliegen bei der Gründung telefonischer Krisen-Anlaufstellen, auch bei der Gründung in Deutschland vor 65 Jahren.

„Suizidprävention ist und bleibt unser Kernanliegen“, erklärt Pastoraltheologe Michael Hillenkamp, von katholischer Seite Vorsitzender des Leitungsgremiums der TelefonSeelsorge. „Sie ist ein Hauptgrund dafür, dass wir unseren Dienst rund um die Uhr anbieten und sie ist zentrales Thema bei der Ausbildung unserer ehrenamtlichen Beraterinnen und Berater.“

Das Statistische Bundesamt weist für 2019 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) die weltweite Suizidrate mit über 700.000 Opfern aus. In Deutschland lag die Zahl bei über 9.000 Menschen. Das seien rund dreimal mehr als durch Verkehrsunfälle Gestorbene.

„Nicht jeder Anruf, den wir bekommen, handelt von Suizid“, sagt Michael Hillenkamp. „Aber nahezu alle, die einen Suizid erwägen und uns anrufen, wollen letztendlich nicht tot sein. Sie wollen nur auf keinen Fall mehr so weiterleben wie jetzt. Diese tiefe Verzweiflung braucht Respekt und Anerkennung, keine klugen, moralischen oder gar frommen Rezepte. Wir sagen deshalb: TelefonSeelsorge wird die Freiheit jedes Menschen zutiefst respektieren und immer zugleich Wege suchen, wie Verzweiflung gemindert und neuer Lebensmut möglich werden kann.“

Die TelefonSeelsorge bietet neben ihren rund um die Uhr besetzten Telefonnummern und einer an 25 Standorten



Foto: Syda Productions / Adobe Stock

Wenn die Gedanken um Selbstmord kreisen, kann ein Gespräch mit einem geschulten Menschen helfen, um andere Auswege zu finden.

möglichen Vor-Ort-Beratung auch Beratung per Chat und E-Mail an. „Gerade hier und damit vor allem von unseren jüngeren Kontaktpersonen wird das Thema Suizidalität weitaus häufiger angesprochen als am Telefon. Das macht die Chat- und Mail-Beratung zu einer besonderen Herausforderung“, erläutert Birgit Knatz, Leiterin der TelefonSeelsorge-Stelle Hagen-Mark. Sie hat die Online-Dienste der TelefonSeelsorge mit aufgebaut. Die Herausforderung sei es, in einer solchen Notlage das Gegenüber überhaupt zu erreichen und soweit zu stabilisieren, dass Alternativen wieder denkbar werden. „Genau dafür sind unsere Ehrenamtlichen ausgebildet“, so Michael Hillenkamp.

„Wir haben natürlich keine Zahlen darüber, wie vielen

Menschen wir in einer suizidalen Krise wirklich helfen konnten“, sagt Birgit Knatz. „Aber wir wissen, aufgrund der vielen Rückmeldungen, dass wir einen wichtigen Beitrag zur Suizidprävention leisten.“

2020 wurden 1.027.450 telefonische und 41.439 persönliche Beratungsgespräche geführt. Es wurden 44.600 E-Mails geschrieben und es wurde 33.578-mal gechattet.

Dank der Unterstützung der Deutschen Telekom sind die Telefonnummern 0800/11 10 111 und 0800/11 10 222 seit 1997 gebührenfrei.

Mit der kostenlosen App „KrisenKompass“ bietet die TelefonSeelsorge auch Hilfe zur Selbsthilfe bei depressiven Gefühlen und Suizidgedanken für Betroffene und Angehörige.

Quelle: TelefonSeelsorge



Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165**, die Ihnen den/die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die **Kreisverbände Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen unser Rechtsanwalt Ralf Geckler mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Wes-**

terwald steht Ihnen unsere Sozialberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Saar-Pfalz** steht Ihnen unser Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von „Vor-Ort-Terminen“ in den Beratungsstellen, von telefonischen oder von Online-Beratungen erfolgt über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272/61 60; Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58; Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Aktivitäten und Beratung

Der SoVD-Landesverband Baden-Württemberg kann seit Sommer wieder Veranstaltungen in den Gliederungen abhalten: „SoVD – Soziales im Blick“ berichtete in der letzten Ausgabe aus einigen Ortsverbänden, und auch diesmal zeugen wieder Beispiele vom neu aufgenommenen Verbandsleben vor Ort.

Die Landesgeschäftsstelle und die Rechtsberatungsstellen sind ebenfalls wieder für den Publikumsverkehr zugänglich – unter Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen. Selbstverständlich ist der Kontakt aber auch weiterhin telefonisch oder per E-Mail machbar.

Das sind die Kontaktmöglichkeiten:

- **Landesgeschäftsstelle**, Tel.: 0621 / 84 14 172, E-Mail: info@sovd-bawue.de.
- **Rechtsberatung Mannheim**, Tel.: 0621 / 84 11 51, E-Mail: RA-Nesweda-sovd-bawue@t-online.de.
- **Rechtsberatung Albstadt**, Tel.: 07432 / 26 30, E-Mail an: sovd.albstadt@t-online.de.



Zum 90. Ehrentag waren „Live-Glückwünsche“ machbar: Der SoVD gratulierte seinem langjährigen Mitglied Inge Rothacker herzlich.

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Höpfingen mit Ehrungen

Verbandsarbeit in Corona-Zeiten

Die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Höpfingen fand am 8. August im Gasthof „Zum Ochsen“ statt. Neben den Berichten über die zurückliegende Verbandsarbeit umfasste die Tagesordnung auch zahlreiche Ehrungen langjähriger Mitglieder.

Erster Vorsitzender Leopold Lokotsch leitete den Nachmittag ein und übergab das Wort nach dem Totengedenken an Bürgermeister Adalbert Hauck (parteilos). Dieser würdigte den SoVD als „Ansprechpartner für alle Lebensbereiche“ und „starke Gemeinschaft“, die ihren Mitgliedern Beratung, Beistand und Hilfe auf vielerlei Ebenen bietet. Er dankte dem Verband für die auch in Corona-Zeiten bemerkenswerte Präsenz im Ortsgeschehen und entbot für die Zukunft ein herzliches „Glückauf!“.

Berichte vom „Corona-Jahr“

Im Anschluss verlas Ortsvorsitzender Lokotsch den recht kompakt ausgefallenen Tätigkeitsbericht. Wenngleich die Vorstandssitzungen und Infonachmittage, die Jahresabschlussversammlung sowie einige Termine zur Rechtsberatung mit Rechtsanwalt Jürgen Nesweda aus bekanntem Grund

entfallen waren, hatte der Vorstand dennoch den dauerhaften Kontakt zu den Mitgliedern gepflegt. So hatte man sämtliche Jubilar*innen an ihren Geburtstagen mit Präsenten bedacht. Nachdem man die Mitglieder des bisherigen Walldürner Ortsverbandes im März des letzten Jahres „übernommen“ hatte, stieg die Zahl der Mitglieder von 340 auf jetzt 381. „Für die Zukunft hoffen wir wieder auf längere Berichte durch eine größere Anzahl von Aktivitäten“, betonte der Vorsitzende.

Ausführlich informierte Schatzmeisterin Karin Lokotsch danach über Einnahmen und Ausgaben; Revisor Detlef Köhler und Revisorin Irmgard Neubauer bescheinigten eine einwandfreie Buchführung.

Zahlreiche Ehrungen

Geehrt wurden für jeweils zehnjährige Mitgliedschaft Mathilde Braun-Magnone, Roswitha

und Werner Fieger, Edith und Roland Fischer, Elvira und Nikolaj Galjuta, Ingrid Hermann, Elisabeth Herzog, Sabine Kobold, Oskar Nuber, Sinaida Schneider sowie Susanne und Wilhelm Wegner. Seit 25 Jahren gehört Kurt Schweigert dem Verband an, während Thomas Kuhn für 30-jährige Zugehörigkeit geehrt wurde. Noch länger sind Hildgard Hauck (40 Jahre) und Heinz Eder (45 Jahre) dabei. Sie erhielten Urkunden und Präsente.

In seinem Schlusswort dankt Leopold Lokotsch allen Mitstreiter*innen im Vorstand und den Mitgliedern für die harmonische Zusammenarbeit und Treue. Posthum würdigte er das langjährige Wirken der Beisitzerin Adele Mohrs, die nun auf eigenen Wunsch aus der Führungsspitze ausgeschieden wäre, doch einige Tage zuvor leider verstarb. „Frau Mohr hat sich um den Ortsverband Höpfingen verdient gemacht“, hob Lokotsch hervor.

Ortsverband Hockenheim würdigte 90. Geburtstag

Besuch für Inge Rothacker

Da die Corona-Vorschriften in Baden-Württemberg geändert wurden, ist es endlich wieder möglich, Mitglieder zu besonderen Anlässen persönlich zu besuchen. Inge Rothacker durfte ihren 90. Geburtstag feiern.

Die Jubilarin ist bereits seit 36 Jahren Mitglied im SoVD, kann aber aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr an den Veranstaltungen des Ortsverbandes teilnehmen. An ihrem Ehrentag überbrachte Schatzmeister Peter Busch ihr eine kleine Aufmerksamkeit und die Grüße der 1. Vorsitzenden Heidegard Busch, verbunden mit den besten Wünschen und dem Dank für die Treue zum Verband.

Inge Rothacker bedankte sich und wünschte dem Ortsverband weiterhin so erfolgreiche Arbeit wie in der Vergangenheit, als sie noch aktiv an den vielfältigen Angeboten des Hockenheimer SoVD teilnehmen konnte. „Hoffentlich lassen sich alle impfen“, so war die Aussage beim Abschied.



Aktuelles Urteil

Krach-Verbot ab 22 Uhr

Ein Urteil vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg zeigt, dass es bei Vorschriften auf den konkreten Fall ankommt: Laute Musik nach 22 Uhr darf verboten werden – aber nicht gleich alles.

So dürfen Behörden verbieten, in einem Park mit angrenzender Seepromenade nach 22 Uhr Musik über Bluetooth-Lautsprecher abzuspielen. Laute Musik zur Zeit der Nachtruhe könne die Gesundheit der Anwohner*innen gefährden. Und der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren zähle zu den „überragend wichtigen Gemeinschaftsgütern“.

Doch darf nicht auch untersagt werden, dass Besucher*innen Spiele spielen wie Schach, Karten- oder Würfel- und Brettspiele, aber auch Bewegungsspiele wie Fangen, Verstecken oder Gummitwist. Es gebe keine hinreichenden Anhaltspunkte, dass „jegliche Art des Spielens (...) zur Störung der Nachtruhe (...) führen“ könne (VGH Baden-Württemberg, Az.: 1 S 1894/21). wb



Foto: astrosystem / Adobe Stock

Parks dienen der Erholung, sofern sie nicht andere gefährdet.



Die Vorstandschaft des Ortsverbandes Höpfingen mit einigen der für ihre Treue geehrten Mitglieder.

3G-Regel macht Nachweis nötig – Verbraucherzentrale warnt vor unbedachtem Umgang mit Gesundheitsdaten

Impfstatus einfach speichern lassen?

Seit den Lockerungen der Corona-Maßnahmen ist bei etlichen Aktivitäten mehr Normalität möglich. Doch gilt für den Zugang zu Orten und Dienstleistungen meist die „3G-Regel“ (oder teils sogar „2G“): Nur wer geimpft, genesen oder getestet ist, darf hinein. Sollte man erlauben, das zu speichern?

Dabei geht es zum Beispiel um Fitnessstudios, Kinos oder Theater und die Innengastronomie. Für die meisten Aktivitäten muss man bei jedem Besuch einen Nachweis vorzeigen.

Gerade Dienstleister mit Stammkundschaft möchten den Check-in einfach und bequem halten. Daher bieten viele an, den Impfstatus ihrer Mitglieder in ihrer Kartei oder Datenbank zu speichern.

Was auf den ersten Blick als kund*innenfreundliche Lösung erscheint, sollte man laut Verbraucherzentralen genau abwägen: Denn immer, wenn man Daten preisgibt, bestehe das Risiko, dass diese zweckentfremdet oder missbräuchlich genutzt werden könnten.

Informationen zu Impfungen speichern: Ist das erlaubt?

Die Registrierung des Impfstatus zählt zur Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), die seit 2018 in Kraft ist, kann eine solche Speicherung zulässig sein – aber

nur, wenn jemand ausdrücklich und freiwillig eingewilligt hat.

Wichtig ist hierbei, dass eine echte „Wahl“ besteht! Verlangt also etwa ein Fitnessstudio, dass seine Kund*innen den Impfstatus verpflichtend registrieren lassen müssen, um überhaupt dort trainieren zu dürfen, so kann die Verarbeitung prinzipiell nicht auf eine Einwilligung gestützt sein. Können

Kund*innen hingegen selbst entscheiden, entweder ihren Impfstatus abspeichern zu lassen oder jedes Mal vorzuzeigen, dann ist die Einwilligung – und mit ihr die Registrierung – in der Regel zulässig.

Ein seriöser Anbieter wird die Erteilung und Einwilligung schriftlich oder elektronisch festhalten. Verbraucher*innen können sie jederzeit für die Zukunft widerrufen. Dann muss der Anbieter ihren Impfstatus aus seiner Kartei löschen.

Missbrauch vorbeugen – mit persönlichen Daten geizen

Die Verbraucherzentrale rät, generell sparsam mit personenbezogenen Daten umzugehen. Ganz besonders betreffe das „sensible Gesundheitsdaten“ wie den Impfstatus. Das Risiko, dass Daten missbraucht werden, sei nie ausschließbar, selbst wenn beispielsweise ein Sportstudiobetreiber höchste Sicherheitsstandards hat und seine Datenverarbeitung sämtliche datenschutzrechtlichen Pflichten erfüllt.

Verbraucher*innen sollten sich darum vorher gut überlegen, ob die bequem eingesparte



Foto: Drazen/Adobe Stock

Das Speichern personenbezogener Daten ist erlaubt, wenn jemand freiwillig zugestimmt hat und dabei eine echte Wahl hatte.

Wartezeit beim Einlass wirklich eine Speicherung auf dem Server des Anbieters oder gar in einer Cloud wert ist.

Impfnachweis ohne eine Datenweitergabe

Eine „Sichtkontrolle“ beim Einlass sei laut den Verbraucherschützer*innen im Hinblick auf den Datenschutz die risikoärmere Form, um den Impfnachweis zu erbringen.

Die Kontrolle kann über den Impfausweis oder das digitale Covid-19-Impfzertifikat der EU erfolgen – entweder ausgedruckt oder digital abgespeichert in der Corona-Warn-App

(CWA) oder der CovPass-App im Handy. Im Vergleich zum Impfpass auf Papier bietet die digitale Lösung den praktischen Vorteil, dass andere nur Informationen über die Covid-19-Impfung erhalten, aber nicht über weitere Impfungen.

Theoretisch besteht auch beim digitalen Nachweis die Gefahr, dass die Daten durch installierte Spionage-Apps in fremde Hände geraten. Sie werden aber bei CovPass und CWA ausschließlich auf dem Smartphone gespeichert und nicht an einen Cloud-Speicher oder Anbieter übermittelt.

Quelle: VZ Ba-Wü



Foto: lettas/Adobe Stock

Jedes Mal den Impfnachweis vorzuzeigen, kann lästig sein.

KV/OV Termine

Ortsverband Friedrichshafen:

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14 bis 16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Neuteilnehmer*innen sind jederzeit willkommen.

Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den unten angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der „Zehntscheune“, Untere Mühlstraße 4, 68766 Hockenheim statt. Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung

unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72 702.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfingen statt. Termine finden nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 statt.

Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt,

Tel.: 0621/84 11 51. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel.: 0621/84 14 172.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/84 11 51 vergeben.

Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21 68 05 93, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat (außer im Dezember) findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/84 11 51.

Spruch des Monats

Wenn du dich sorgst, was andere Menschen von dir denken, wirst du immer ihr Gefangener sein.

Lao Tse

Glückwünsche

70 Jahre: 5.10.: Herta Peklar, Albstadt; 10.10.: Brigitte Ruf, Albstadt; 23.10.: Ljubica Stolz, Mannheim; 27.10.: Gertrud Koch.

75 Jahre: 5.10.: Gerhard Zeller, Landau.

85 Jahre: 8.10.: Melitta Scharff, Ludwigsburg; 10.10.: Heinz Keller, Hockenheim; 29.10.: Herbert Fickert, Wangen.

91 Jahre: 17.10.: Ermelinde Krumm, Sinzheim.

92 Jahre: 13.10.: Werner Gräble, Viernheim.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Oktober ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Der SoVD unterstützt den Bremer Spieltreff mit einer Spende

Mehr Spielangebote für Kinder

Kinder haben im Lockdown sehr darunter gelitten, in ihrer Bewegungsfreiheit und ihren sozialen Kontakten eingeschränkt zu sein. Um die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten von Bremer Kinder zu fördern, erhielt der Spieltreff im Bürgerpark eine Spende von 1.000 Euro vom SoVD.

Endlich wieder ins Grüne, endlich wieder spielen, laufen und sich bewegen – im zweiten „Corona-Sommer“ kommt dank der aktuell niedrigen Inzidenzzahlen wieder etwas Dynamik ins Leben vieler Bremer Kinder.

Spielplätze stehen hoch im Kurs, für viele kleine oder große Hanseat*innen insbesondere eine Veranstaltung im Bremer Bürgerpark: der Spieltreff am Marcusbrunnen. In

den Sommermonaten wird er durch den Spieltreff Bürgerpark Förderkreis e. V. kostenfrei durchgeführt und steht Kindern mit und ohne Handicap offen. An zwei Tagen in der Woche können sie hier ihre eigenen Ideen oder Gedanken einbringen oder sich von erfahrenen Spielleiter*innen inspirieren lassen.

Getragen wird der Spieltreff Bürgerpark vom Bremer Turn-

verband e. V., dem Bürgerparkverein, der Sparkasse Bremen und zahlreichen Sponsoren aus dem Bremer Raum.

Seit dem 17. August zählt auch der Landes- und Bremer Kreisverband dazu: Die Vorstandsmitglieder überreichten einen Spendenscheck in Höhe von 1.000 Euro an Ingelore Rosenkötter, Bremens frühere Senatorin und Präsidentin des Bremer Turnverbandes, sowie an Martina Krause, die für die Organisation des Spieltreffs verantwortlich ist. „Wir möchten unseren Beitrag dazu leisten, dass der Spieltreff, der seit ungefähr 40 Jahren besteht, weiter ausgebaut wird. Dieses inklusive Spielangebot für kleine und große Kinder ist einfach lebenswichtig“, so Joachim Wittrien, 1. Landesvorsitzender.

Klaus Möhle, 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Bremen, ergänzt: „Bewegung ist für die Entwicklung der Kids extrem notwendig. Gerade in Corona-Zeiten müssen wir Kindern vermehrt Sport- und Bewegungsangebote machen. In diesen Tagen zählt Solidarität, diesmal mit Kindern!“



Foto: W PRODUCTION / Adobe Stock

Bei einer Reha gibt es eine Haushaltshilfe für die verbliebenen Familienmitglieder, wenn sie die Arbeit nicht übernehmen können.

Urteil zu Hilfe zur Weiterführung des Haushalts

Auch für zwei Partner

Das Landessozialgericht in Hessen hat in einem Urteil von Juli 2021 entschieden, dass ein Anspruch auf eine Haushaltshilfe auch dann bestehen kann, wenn beide Ehegatten sich die Haushaltsführung teilen.

Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde: Ein 41-jähriger Versicherter beantragte bei der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) die Übernahme der Kosten für eine Haushaltshilfe während seiner stationären Rehabilitationsmaßnahme. Die Geburt seines dritten Kindes stehe bevor, seine Ehefrau arbeite in Teilzeit und die beiden 4 und 8 Jahre alten Kinder seien zu betreuen. Haushaltstätigkeiten wie Einkaufen, Kochen und Putzen erledige er im Regelfall. Er beauftragte eine Firma, die während der fünfwöchigen Reha jeweils an 3 bis 4 Tagen wöchentlich jeweils 3 Stunden Haushaltshilfe leistete.

Die Rentenversicherung lehnte eine Kostenerstattung ab, da die Ehefrau den Haushalt weiterführen könne. Sollte dies wegen der Schwangerschaft nicht möglich sein, seien die Kosten durch die Krankenversicherung zu tragen.

Anspruch auf eine Haushaltshilfe während einer medizinischen Rehabilitation besteht, soweit eine andere im Haushalt lebende Person den Haushalt nicht weiterführen kann und im Haushalt ein Kind lebt, das bei Beginn der Haushaltshilfe das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder das behindert und auf Hilfe angewiesen ist.

Das Landessozialgericht verurteilte die GRV zur Übernahme der Kosten von rund 2.000 Euro. Während der stationären Reha habe der Versicherte den Haushalt mit zwei kleinen Kindern nicht weiterführen können. Zuvor habe er den Haushalt selbst geführt, da er an der gemeinsamen Haushaltsführung in nennenswertem Umfang mitgewirkt habe. Seiner Frau sei die vollständige und alleinige Weiterführung des Haushalts während der Reha aufgrund der gesamten Umstände nicht zuzumuten gewesen. Es habe sich um eine unaufschiebbare Leistung gehandelt, da die Reha sinnvoll noch vor Geburt des dritten Kindes durchgeführt werden sollte (Hessisches LSG, L 2 R 360/18).



Über die Scheckübergabe freuen sich (v. li.): Ingelore Rosenkötter, Martina Krause, Joachim Wittrien, Klaus Möhle und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

Die AOK Bremen/Bremerhaven informiert zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Ab Oktober elektronisch

Bei Krankheit stellt der Arzt eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung aus. Deren Belege haben Versicherte bisher an ihre Krankenkasse und den Arbeitgeber weitergegeben. Ab 1. Oktober 2021 kann die Arztpraxis die Krankmeldung elektronisch an die Krankenkasse übermitteln.

Sie müssen in Zukunft keine AU-Bescheinigung mehr bei der AOK einreichen, sofern der Arzt oder die Ärztin die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung elektronisch übermitteln kann. Wenn die elektronische Übermittlung aus technischen Gründen nicht sichergestellt werden kann, informiert Sie Ihr Arzt oder Ihre Ärztin, und Sie erhalten einen Papierbeleg, um diesen bei Ihrer AOK einzureichen.

Die AU-Bescheinigung für den Arbeitgeber erhalten Sie vorerst weiterhin als Papierausdruck und reichen diese selbst umgehend bei der Arbeitsstelle ein. Ab 1. Juli 2022 soll aber auch die AU-Bescheinigung für den Arbeitgeber elektronisch über-

mittelt werden. Dann erhalten Sie nur noch einen Ausdruck für Ihre eigenen Unterlagen, wenn Sie das wünschen.

Stellt der Arzt oder die Ärztin wegen einer Erkrankung die Arbeitsunfähigkeit fest, füllt er*sie eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung aus. Diese wird verschlüsselt an die Krankenkasse übermittelt. Daraus wird eine elektronische Meldung ohne Angabe der Diagnose erstellt, die der Arbeitgeber, ebenfalls verschlüsselt, abrufen kann, nachdem der*die Versicherte den Arbeitgeber über die Arbeitsunfähigkeit informiert hat.

In Zukunft soll die Krankmeldung durchweg digital ablau-

fen und den bisherigen „gelben Schein“ ablösen. Daraus ergeben sich viele Vorteile:

Die eAU erspart den Versicherten Zeit, weil sie die Bescheinigung nicht mehr bei Krankenkasse und Arbeitgeber einreichen müssen.

Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist schneller bei der Krankenkasse als per Post. Damit wird automatisch die Frist eingehalten, innerhalb der die AU bei der Krankenkasse eintreffen muss. Das ist vor allem in Bezug auf mögliches Krankengeld relevant. Eventuelle Krankengeld-Zahlungen erfolgen schnell und den Versicherten entstehen dadurch keine Kosten.

Steuererklärung 2020

Wer zur Abgabe einer Steuererklärung (für 2020) verpflichtet ist, muss sie bis zum 1. November 2021 einreichen, wenn er*sie diese alleine erstellt. Wird die Steuererklärung mithilfe einer professionellen Steuerberatung erstellt, verlängert sich die Abgabefrist bis zum 28. Februar 2022. Ansonsten drohen Verspätungszuschlag und weitere Strafen.

Wer eine freiwillige Steuererklärung abgibt, kann sich bis zum 31. Dezember 2024 Zeit dafür lassen.

Nachruf

Im August verstarb das langjährige Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Bremerhaven,

Rita Richter.

Wir trauern um eine engagierte und den Menschen zugewandte Persönlichkeit, die als Schriftführerin viele Jahre lang die Tätigkeit des Kreisverbandes maßgeblich gestaltet hat. Sie war ebenfalls im Ortsverband Nord-Süd aktiv.

Der Kreisverband wird Rita Richter in bleibender Erinnerung behalten. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt ihrer Familie.

Karl-Otto Harms,
Vorsitzender des Kreisverbandes Bremerhaven



Foto: Ralf Geithe / Adobe Stock

Entgegen der landläufigen Meinung reicht es nicht, einfach einen Zettel am Unfallort zu hinterlassen.

Das Verlassen eines Unfallortes wird rechtlich als Unfallflucht gewertet

Nach dem Unfall heißt es warten

Ein Unfall im Straßenverkehr ist für viele eine stressige Situation. Es herrscht oft Unsicherheit darüber, wie angemessen und korrekt zu reagieren ist. Einen Zettel am Ort des Geschehens mit den persönlichen Kontaktdaten oder eine Visitenkarte zu hinterlassen, gehört nicht dazu.

Wer sich von einem Unfallort entfernt, ohne zuvor mit dem Geschädigten oder der Polizei gesprochen zu haben, der verstößt gegen das Strafgesetzbuch (StGB) und begeht demnach eine Straftat. Im Gesetz steht unmissverständlich, dass „ein Unfallbeteiligter, der sich nach einem Unfall im Straßenverkehr vom Unfallort entfernt, bevor er erstens zugunsten der anderen Unfallbeteiligten und der Geschädigten die Feststellung seiner Person, seines Fahrzeugs und der Art seiner Beteiligung durch seine Anwesenheit und durch die Angabe, dass er an dem Unfall beteiligt ist, ermöglicht hat oder zweitens eine nach den Umständen angemessene Zeit gewartet hat, ohne dass jemand bereit war, die Feststellungen zu treffen“, mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft wird. Auch werden Unfallbeteiligte bestraft, die sich nach Ablauf der Wartefrist vom Unfallort entfernen und Feststellungen nicht unverzüglich nachträglich

ermöglichen. Daraus folgt: Ist der*die Halterin des beschädigten Fahrzeugs zum Zeitpunkt der Kollision nicht vor Ort, so bedeute das: warten. Das gilt auch bei „Parkschäden“.

Als angemessene Wartezeit werden mindestens 30 Minuten angesehen. So lange sollte sich ein*e Unfall- und Schadenverursacher*in am Unfallort aufhalten. Taucht nach Ablauf der Wartezeit niemand auf, so ist die Polizei über den Vorfall zu informieren. Es reicht nicht aus, eine Visitenkarte oder einen Zettel mit den persönlichen Daten ans Auto zu heften. Ein Fehlverhalten kann nicht nur teuer werden, sondern unter Umständen bis zum Entzug des Führerscheins oder zu einer Freiheitsstrafe führen. Bei unerlaubtem Entfernen vom Unfallort reagiert die Justiz meist humorlos. Auch bei kleineren Beschädigungen, wie einem „Parkrempler“, fordert der Gesetzgeber dazu auf, am Unfallort zu verbleiben sowie die Ordnungshüter und die Versicherung zu benachrichtigen.

Autofahrer*innen, die einen Unfallort unerlaubt verlassen, droht der Verlust ihres Kaskoschutzes. Das Oberlandesgericht Koblenz hat vor einiger Zeit bereits entschieden, dass die Kfz-Kaskoversicherung die Leistung zu Recht ablehnen darf, wenn der Unfallort verlassen und das Geschehen nicht schnellstmöglich dem Versicherer gemeldet wird – auch wenn „nur“ eine Leitplanke zu Schaden gekommen ist (AZ: 10 U 407/00).

Weitere Urteile: Ein Mann war beim Einparken in eine Parkbucht gegen ein neben ihm stehendes Fahrzeug gestoßen.

Er verließ den Ort des Geschehens, weil er am angestoßenen Pkw keinen „Schaden“ entdeckt haben wollte. Allerdings informierte ein Zeuge die Polizei. Weil der Versicherer durch diesen Polizeieinsatz zeitnah über das Geschehen informiert worden war, sah das Amtsgericht Dortmund keinen Grund, den Versicherten zur Kasse bitten zu dürfen (AZ: 436 C 5546/13).

Vor dem Landgericht Düsseldorf ging es um eine Frau, die mit einem Blutalkoholwert von 3,27 Promille Unfallflucht begangen hatte und später von der Polizei festgenommen wurde. Die Kfz-Haftpflichtversicherung stellte Regressansprüche an die Frau, die mit Blick auf ihren Pegel auf Schuldunfähigkeit plädierte. Die Versicherung bekam Recht. Zwar sei von einer Minderung der Steuerfähigkeit auszugehen, aber die Frau habe trotz ihres Rausches wissen müssen, dass sie sich nicht hätte ans Steuer setzen und nach dem Unfall entfernen dürfen (AZ: 9 O 197/16).

Vor dem Landgericht Schweinfurt stand ein Autofahrer, der mit seinen beiden Kindern auf schneeiglatte Straße gegen einen Baum gerutscht war. Er wartete nicht auf die Polizei und versuchte auch nicht, den Eigentümer des Baumes zu ermitteln oder zu kontaktieren. Das Gericht nahm ihm das nicht so übel. Denn an dem Baum war trotz Totalschadens am Pkw kein nennenswerter Schaden eingetreten. Die Vollkaskoversicherung des Autoeigentümers durfte ihm wegen seiner „Flucht“ nicht eine Obliegenheitsverletzung vorwerfen und musste den Schaden regulieren (AZ: 22 O 748/15). mh

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

Mitstreiter*innen fürs Ehrenamt gesucht

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur kulturelle Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle.

Folgende Kreisverbände freuen sich über Ihren Anruf und erläutern Ihnen gerne die Details:

Kreisverband Bremen: Tel.: 0421 / 16 38 490,

Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471 / 28 006.

5 Termine

Sämtliche Veranstaltungen der Orts- und Kreisverbände sind bis auf Weiteres aufgrund der aktuellen Corona-Krise abgesagt. Wird diese Regelung innerhalb der kommenden Monate aufgehoben oder geändert, werden die Mitglieder des Landesverbandes Bremen kurzfristig über die Ortsverbände, per „Handzettel“ und/oder über den monatlichen Newsletter entsprechend informiert werden.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Newsletter

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich zu Anfang eines Monats (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir Sie um einen entsprechenden Hinweis an folgende E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.

SoVD trifft sich mit den neu gewählten Vorsitzenden der Grünen

„Das Kastendenken aufgeben!“

Ende Mai wählten Hamburgs Grüne Maryam Blumenthal zur neuen Landesvorsitzenden und Leon Alam zu ihrem Stellvertreter. Nur wenige Wochen später trafen sich die beiden Landesspitzen mit Klaus Wicher und diskutierten unter anderem über eine sozial-ökologische Wende, die für alle gerecht und bezahlbar sein muss.

Soziale Fragen haben in der Umweltpolitik inzwischen eine Bedeutung – fast alle Parteien haben inzwischen ihr grünes Gewissen entdeckt. Der Hamburger SoVD fordert dazu, dass der Senat und die Hansestadt aber nicht nur Vorreiter in Sachen Klimaschutz sind: „Hamburg muss auch bei der Vernetzung sozialer und ökologischer Aspekte das Tor zur Welt der Klimaneutralität und sozialen Gerechtigkeit sein“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher im Gespräch mit der neu gewählten Führungsspitze der Hamburger Grünen, Maryam Blumenthal und Leon Alam.

Sozialpolitik und Klimapolitik rücken näher zueinander. „Eine Frontstellung ist heute überholt“, sagt Klaus Wicher. Er fordert eine Überwindung des ökologischen Kastendenkens. Als Beispiel für das fehlende Problembewusstsein zu sozialen Auswirkungen von Klimaschutz nannte er die steigende EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Sie gelte für alle gleich – ungeachtet vom Einkommen: „Dabei muss die Politik in Zukunft stärker berücksichtigen,



Foto: Susanne Rahlf

Von links: Klaus Wicher mit der Landesvorsitzenden der Grünen, Maryam Blumenthal, und ihrem Stellvertreter Leon Alam.

dass diese ökologische Abgabe Geringverdiener*innen deutlich schwerer trifft als andere.“ Umweltpolitische Maßnahmen und die Energiewende bedeuteten große finanzielle Zugeständnisse, die vor allem für Geringverdiener*innen eine Belastung sei: „Insbesondere geht es darum, dass wir uns gemeinsam anstrengen, die schon bestehende Ungleichheit zu überwinden.“

Hamburgs SoVD-Landeschef fordert neue Strategien, um Umsetzung und Maßnahmen

der Umweltpolitik sozialer zu gestalten: „Sozial-ökologische Gerechtigkeit muss zum Schlagwort der grünen Politik werden!“

Nach dem Treffen zeigte er sich zufrieden: „Im gemeinsamen Gespräch ist deutlich geworden, dass sich die Grünen sozialpolitisch merkbar öffnen und ein offenes Ohr für die Belange der Menschen und Familien mit kleinen Einkommen haben. Das freut mich und wir werden den Dialog weiterführen.“



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

als moderner Sozialverband bieten wir unseren Mitgliedern auch Online-Beratungen an, und das absolut kostenfrei. Wenn Sie unsicher sind bei den Themen Altersarmut, Rente oder Pflegegrad, bieten unsere Online-Checks auf unserer Webseite Infos und Einschätzungen. Probieren Sie es gern einmal aus! Außerdem hat unser Treffeiter Rüdiger Dutschke ein interessantes Kochbuch für Menschen mit schmalen Einkommen zusammengestellt. „Gut, günstig, lecker“ erhalten Sie kostenfrei in unseren Geschäftsstellen (solange der Vorrat reicht).

Vor der Bundestagswahl hat sich der Hamburger Landesverband intensiv mit den Wahlprogrammen der Kandidat*innen für den Deutschen Bundestag beschäftigt. Bei zwei Podiumsdiskussionen, einmal in Harburg mit den Wahlkreiskandidaten*innen aus Bergedorf/Harburg, und zum anderen in Eimsbüttel mit Spitzenkandidaten*innen aus Hamburg, haben wir persönlich mit ihnen sozialpolitische Themen diskutiert. Wir wollten wissen, welche Perspektiven und Pläne sie für die Renten-, Pflege-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung haben und wie sie die Armut in unserem Land angehen wollen.

In unserer Talkreihe „Politik trifft Kabarett“ habe ich gemeinsam mit dem Kabarettisten „Werner Mommsen“ einzelnen Kandidaten*innen auf unterhaltsame Art auf den Zahn gefühlt. In unserem TV-Studio-Wohnzimmer tauten unsere politischen Gäste auf, zeigten persönliche Seiten und sprachen über die Schwerpunkte, die für sie in der Zukunft wichtig sind. Alle Polittalks können Sie übrigens auf unserem Youtube-Kanal nachsehen.

Unsere neue Regierung wird sich daran messen lassen müssen, welche Verbesserungen sie den Menschen anbietet. Sowohl in Hamburg als auch im Bund werden wir prüfen, ob das gelingt. Wir werden weiterhin unsere Zufriedenheit aber auch unsere Unzufriedenheit mit der Sozialpolitik zum Ausdruck bringen. Denn das ist unsere Aufgabe als Sozialverband: Gutes als solches zu bewerten und Fortschritte für unsere Mitglieder und für Menschen mit kleinem Geldbeutel zu erzielen.

Bleiben Sie weiter vorsichtig und vor allem gesund.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender



Klaus Wicher

SoVD-Podiumsdiskussion mit den Hamburger Spitzenkandidat*innen der Parteien

Misstände sichtbar geworden

Arbeitsmarkt, Rente, Pflege, der Umbau der Sozialversicherungssysteme – wie soll Sozialpolitik in der Zukunft aufgestellt sein? Zu diesen Fragen nahmen die Hamburger Spitzenkandidat*innen der Parteien auf dem SoVD-Podium im Hamburg-Haus in Eimsbüttel und am Vortag in Harburg kurz vor der Wahl ausführlich Stellung.

Als Resümee der SoVD-Veranstaltung lässt sich feststellen: Einig waren sich die Teilnehmer*innen der Podiumsdiskussion darüber, dass Corona gerade im Gesundheitssystem, aber auch auf dem Arbeitsmarkt, Misstände und Defizite schmerzhaft offengelegt hat. Diejenigen, die schon vor der Krise wenig hatten, seien am meisten von den sozialen Folgen der Pandemie betroffen. Vor allem der Pflegenotstand müsse jetzt dringend angegangen werden, so der Konsens der Parteienvertreter*innen.



Foto: Susanne Rahlf

Kurz vor der Wahl gab die SoVD-Podiumsdiskussion noch mal Gelegenheit, die Sozialpolitik der Parteien zu hinterfragen.

Gut, günstig und lecker

Klassische Gerichte und deftige Hausmannskost finden Sie jetzt im gerade erschienenen Kochbuch, das der Hamburger SoVD-Seniorentreffeiter Rüdiger Dutschke herausgegeben hat. Vom spanischen Kartoffelsalat über Hühnerfrikassee bis zu gefüllten Paprikaschoten hat er 31 günstige Mittagsgesichte zusammengestellt, die insgesamt weniger als 50 Euro im Monat kosten. Damit genießt man nicht nur gesunde Mahlzeiten, sondern kann zudem abwechslungsreich, lecker und preisbewusst essen.

„Gut, günstig, lecker“ erhalten Sie kostenlos (solange der Vorrat reicht) in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek und in unseren SoVD-Beratungsstellen in ganz Hamburg, sobald sie wieder geöffnet haben.



Foto: Susanne Rahlf
Das Buchcover

Beratung einholen, wenn Rentenabschläge drohen

Arbeitslos kurz vor der Rente – was tun?

In den letzten Jahren vor Ende des Berufslebens müssen Sie einige wichtige Entscheidungen treffen. Es geht darum, wann Sie in Rente gehen wollen, ob dies möglicherweise Abschläge mit sich bringt und wie die Bedingungen des Einstiegs aussehen sollen – all das sollte gut überlegt sein.



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Eine vorzeitige Beratung kann vor unliebsamen Überraschungen schützen.

Besonders knifflig kann es werden, wenn Sie kurz vor der Rente noch arbeitslos werden oder aber aus anderen Gründen die Arbeitsagentur zuständig wird. Sie ist auch zuständig für diejenigen, die aufgrund von gesundheitlichen Problemen lange Krankengeld beziehen. 78 Wochen zahlt die Krankenkasse, danach ist die Arbeitsagentur Ansprechpartnerin. An diesem Punkt müssen Sie entscheiden, wie es für Sie weitergeht. Wann in Rente? Jetzt oder erst so spät wie möglich?

Die Landesgeschäftsführerin und Fachjuristin Karin Wöhrmann empfiehlt in diesem Fall: „Bei der Frage Altersrente oder Arbeitslosenstatus sollten Sie als Erstes eine aktuelle Rentenauskunft einholen. So klären Sie schon mal, ab wann Sie Rente (mit und ohne Abschlag) beziehen können und wie hoch diese sein wird. Anschließend vergleichen Sie die Zahlen mit der Höhe des vermutlichen Arbeitslosengeldes (60 Prozent des letzten Nettolohnes, mit Kindern im Haushalt 67 Prozent). In der Regel liegt Ihr Arbeitslosengeld über der prognostizierten Rente. Aus finanzieller Perspektive sollten Sie also so lange wie möglich Arbeitslosengeld beziehen. Ab Vollendung des 58. Lebensjahres können das bis zu 24 Monate sein. Dies macht vor allem Sinn, wenn Sie auf absehbare Zeit nur eine Rente mit Abschlägen bekommen können. Alles andere wäre für Sie ein finanzieller Nachteil. Eventuell können Sie auf diesem Wege auch schmerzhaft Abschlüsse auf die Rente vermeiden.“

Haben Sie weitere Fragen zum Thema Rente oder Erwerbsminderung? Unsere Fachjurist*innen beraten alle SoVD-Mitglieder kompetent und umfangreich.

Mehr Infos gibt es im Internet unter: www.sovd-hh.de oder im SoVD-Beratungszentrum in Barmbek, Pestalozzistr. 38, Tel: 040/61 16 070, E-Mail: info@sov-d-hh.de, Öffnungszeiten: montags bis mittwochs von 9 bis 16 Uhr, donnerstags von 9 bis 18 Uhr, freitags von 9 bis 14 Uhr.

Ortsverbände und Treffs bereiten Aktivitäten vor

In den Ortsverbänden steht die Corona-Ampel wieder auf Grün: „Es ist an der Zeit, unsere Aktivitäten verantwortungsvoll und mit aller gebotener Vorsicht wieder anzufahren. Dabei ist uns bewusst, dass jeder Versammlungsort seine eigenen Spielregeln hat, die bei den Mitgliederversammlungen natürlich beachtet werden müssen“, freut sich SoVD-Landeschef Klaus Wicher.

Derzeit klären die Leiter*innen der Treffs und Ortsverbände, unter welchen Bedingungen die Veranstaltungsmöglichkeiten in Gaststätten, Kirchen und Vereinsheimen wieder genutzt werden können. „Wichtig ist, dass Mitglieder und Interessierte die Hygienevorgaben genau beachten und die 3G-Regeln erfüllen, also getestet, geimpft oder genesen sind“, mahnt Wicher. „Sobald in den Treffs und Ortsverbänden sichergestellt ist, dass Versammlungen gefahrlos durchgeführt werden können, informieren wir Sie auf unserer Webseite: www.sovd-hh.de.“



Interview

Am 12. Oktober wird in den sieben Bezirken Hamburgs ein neuer Seniorenbeirat (BSB) gewählt. Auch SoVD Mitglieder stehen in allen Bezirken zur Wahl. SoVD-Mitglied Werner Hansen ist BSB-Vorsitzender im Bezirk Nord.

___Herr Hansen, warum das Engagement?

„Ich engagiere mich, weil ein Viertel der Hamburger*innen über 60 ist, aber in der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung nicht entsprechend Gehör findet. Ich engagiere mich für die Belange der Senior*innen, um ihre Lebensqualität zu erhalten und möglichst zu verbessern. Ich möchte die Potenziale und Leistungen Älterer mehr in das Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit bringen.“

___Was macht den BSB aus?

Wir sind politisch neutral, bei uns gibt es keinen Fraktionszwang. Herkunft, Hautfarbe, Bildung, Behinderung, Religion, sozialer, ökonomischer Status oder sexuelle Ausrichtung spielen bei uns keine Rolle.

Wir beschäftigen uns mit der Kontrolle von Einrichtungen der Pflege und Gesundheit und der Seniorentreffs. Wir kümmern uns um Barrierefreiheit im öf-



Foto: Susanne Rahlf

Werner Hansen

fentlichen Raum, um die Nahversorgung im Bezirk und die Digitalisierung von interessierten Senior*innen. Wir setzen uns ein für eine bessere Beleuchtung der Gehwege, mehr seniorenrechte Sitzbänke, öffentliche Toiletten und Trinkbrunnen. Unsere Mitglieder sind in den Regionalausschüssen des Bezirks aktiv, bestimmen so die Politik vor der Haustür mit. Wir kümmern uns natürlich auch um die „große“ Politik, vor allem um Themen wie

Altersarmut und Grundsicherung, die Rentenreform, Verkehrsangelegenheiten, Stadtentwicklung und Kultur.

___Welche Erfolge haben Sie bereits erzielt?

Wir haben erreicht, dass die HVV-Seniorenkarte jetzt auch vor 9 Uhr gilt. Der Senat hat erste Maßnahmen zur Verbesserung der Wegebeleuchtung ergriffen, und er stellt Mittel für die Digitalisierung zur Verfügung. Jede neue Sitzbank, jede zusätzliche Toilette sind ein Erfolg.

___Wer unterstützt den BSB?

Wir setzen auf eine erfolgreiche Vernetzung und pflegen deshalb gute Kontakte, zum Beispiel zu Abgeordneten aus dem Bundestag und der Bürgerschaft, zum SoVD, zu den Senior*innen von AWO und ver.di, zu Stiftungen und einigen mehr. Infos und Unterlagen zur Wahl finden Sie im Internet unter www.lsb-hamburg.de/landesseniorenbeirat.

Die Online-Checks des SoVD-Landesverbandes Hamburg

Herausfinden, woran man ist

Altersarmut, Rente und der Pflegegrad – das sind die Themen, zu denen unsere Mitglieder in der Beratung die meisten Fragen haben. Gleich drei Online-Checks bieten wir Ihnen dazu, damit Sie sich schnell orientieren und Ihre aktuelle Situation einordnen können.

Werde ich von meiner Rente leben können oder muss ich weiter arbeiten, um im Alter über die Runden zu kommen? Mit dem kostenlosen **Altersarmut-Check** erfahren Sie, wie hoch Ihr persönliches Altersarmutsrisiko ist – und haben vielleicht dadurch die Chance, doch noch vorzusorgen.

Schnelle und unkomplizierte Hilfe für diejenigen, deren Rentenantrag abgelehnt wurde, bietet der **Renten-Check**. Expert*innen des SoVD begleiten sie in wenigen Schritten zu Ihrem persönlichen Widerspruchsschreiben gegen den Bescheid der Rentenversicherung.

Mit dem **Pflegegrad-Rechner** ermitteln Sie selbst den Grad der Pflegebedürftigkeit und können sich rechtzeitig auf die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) vorbereiten.

Die kostenlosen Online-Checks finden Sie unter: www.sovd-hh.de/WirhelfenIhnen.



Sozialrechtsberatung

Auch im härtesten Lockdown haben wir Sie nicht im Stich gelassen und waren für Sie da! Die Beratung und Vertretung vor Gericht ging die ganze Zeit weiter – telefonisch und per E-Mail. Mit der Rückkehr zu mehr Normalität können wir unseren Hamburger SoVD-Mitgliedern jetzt endlich wieder eine persönliche Beratung vor Ort anbieten, natürlich weiter unter Einhaltung aller Schutzmaßnahmen: Abstandhalten, Hygienemaßnahmen, Maskenpflicht, Kontaktnachverfolgung sind deshalb Pflicht.

Sie brauchen Unterstützung

in sozialrechtlichen Fragen? Dann melden Sie sich bei uns unter Tel.: 040/61 16 070, schreiben Sie uns eine E-Mail: info@sov-d-hh.de oder kommen Sie in dringenden Fällen persönlich bei uns vorbei.

• **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch, 9 bis 16 Uhr, Donnerstag 9 bis 18 Uhr, Freitag 9 bis 14 Uhr.

Die Öffnungszeiten für unsere weiteren Beratungszentren standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bitte fragen Sie

in Barmbek nach oder informieren Sie sich auf unserer Webseite: sov-d-hh.de, zu welchen Zeiten geöffnet ist in

- **Lurup**, Luruper Hauptstraße 149,
- **Farmsen**, Marie-Bautz-Weg 11 (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG),
- **Harburg**, Winsener Straße 13,
- **Altona**, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), Gefionstraße 3,
- **Langenhorn**, Bürgerhaus, Tangstedter Landstraße 41,
- **Bergedorf**, Beratungsbüro im Marktkauf-Center, Alte Holstenstraße 30.

Erstes Präsenztreffen des frauenpolitischen Ausschusses des SoVD Mitteldeutschland

Pläne für das zweite Halbjahr 2021 festgelegt

Sachsen-Anhalt Coronabedingt standen die Mitglieder des Frauenausschusses des Landesverbandes in den vergangenen Monaten nur in telefonischem Kontakt. Nun endlich fand das erste Treffen in 2021 Ende August in Präsenz statt. Landesfrauensprecherin Monika Lück berichtete unter anderem über die vergangenen Sitzungen des Bundesausschusses.

Landesfrauensprecherin Monika Lück informierte die Anwesenden über die Sitzungen des frauenpolitischen Bundesausschusses, die bisher digital stattfanden. So konnte in der ersten Sitzung SoVD-Präsident Adolf Bauer begrüßt werden, der zum Thema Gleichberechtigung sprach und versicherte, dass der Sozialverband auch künftig darum kämpfen werde, dass Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten mehr Berücksichtigung finden. „Der SoVD ist gut aufgestellt, was die Parität betrifft“, so Bauer.

Monika Lück hat in diesem Zusammenhang analysiert, wie der Anteil an Frauen im Landesverband und den Kreisen aussieht. Stand März 2021 zählte der Landesverband insgesamt 6.182 Mitglieder, davon sind 3.317 Frauen, also mehr als die Hälfte beziehungsweise 53,66 Prozent. In den 16 Kreisverbänden haben acht Frauen den Vorsitz, also 50 Prozent. Und zum Landesvorstand gehören 23 Mitglieder, davon sind 11 Frauen, das entspricht einem

Frauenanteil von 47,83 Prozent. Als Nächstes berichtete die Landesfrauensprecherin über das zweite Treffen des Bundesausschusses im Juli. Sie hob nochmals besonders hervor, dass Frauen nach wie vor im beruflichen Leben benachteiligt werden. Darüber hinaus befinden sich viele Frauen täglich im Spagat zwischen Familie und Beruf. Und es sei wichtiger denn je, die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu gewährleisten und Sorgearbeit aufzuwerten und umzuverteilen.

Zum Thema „Sorgearbeit“ fand am 7. September eine digitale Konferenz statt, deren Teilnahme offen war. Die Landesfrauensprecherin hatte hierzu alle Kreisvorsitzenden informiert und ihnen die Postkarten „Putzen, Waschen, Kochen – Was davon macht Jochen?“ zugeschickt.

Im weiteren Verlauf berichtete Landesfrauensprecherin Monika Lück darüber, dass die 16. Alterssicherungskonferenz im Livestream stattfand. In den

Vorträgen ging es um die Alterssicherung von Frauen, wie Frauen zu mehr Rente kommen, wie sie von der neuen Grundrente profitieren und um die Erwerbstätigkeit trotz Rente. Sie machte auch Ausführungen zum interessanten Politik-Talk mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Bundestagsfraktionen CDU, SPD und Grüne.

Ines Eisenhut, Mitglied des Landesfrauenausschusses und gleichzeitig Protokollführerin, teilte den Stand der Arbeit für den geplanten Vortrag zu den 52 Frauenorten in Sachsen-Anhalt mit. Das Projekt setzt sich mit der Rolle der Frau in der Geschichte auseinander und darum, herauszufinden, was sie so bedeutsam machte, wofür sie kämpften, was heute schon erreicht ist und wofür man noch eintreten muss. Ines Eisenhut berichtete über ihre Vorgehensweise und stellte Frauenorte an einigen Beispielen vor sowie Frauenliteratur und weitere Pläne.

Danach berichteten die Frauen von ihrer Arbeit in den Kreis-



Foto: Monika Lück

Ines Eisenhut (li.) berichtete über den Stand der Arbeit zur Rolle der Frau in der Geschichte der 52 Frauenorte in Sachsen-Anhalt.

verbänden. Margot Hoppe vom Kreisverband Wernigerode zum Beispiel hob hervor, dass der Kreisvorstand zum Frauentag die weiblichen Mitglieder persönlich aufsuchten und zum Ehrentag beglückwünschte. Ansonsten hielten sie Kontakt über eine Whatsapp-Gruppe beziehungsweise hielten telefonisch Sprechstunden ab.

Kerstin Grums bat darum, aus persönlichen Gründen als Mitglied des Frauenausschusses auszuscheiden. Monika Lück dankte ihr für ihre Mitarbeit und übergab ein Präsent.

Folgende Vorhaben wurden für das 2. Halbjahr festgelegt: ein Besuch des Gleimhauses in Halberstadt, eine Busfahrt zu den Frauenorten in Magdeburg, das gemeinsame Ansehen des Kinofilmes „Die Unbeugsamen“, ein Weihnachtskaffee, verbunden mit einem Rundgang durch Magdeburg, der Besuch eines Frauenhauses (Stendal), die Kontaktaufnahme mit der neuen Gleichstellungsbeauftragten Elisabeth Seyer in Stendal und ein Besuch des DRK-Vorstandes Jerichower Land, der Betreiber des Frauenhauses Burg ist.

Trotz Befreiung von der Maskenpflicht wird der Zutritt verwehrt

Gebuchtes Zimmer verweigert

Im November 2020 berichteten wir in der SoVD-Zeitung über die Probleme, die eine Maskenpflicht für Menschen bedeutet, die mit medizinischem Attest davon befreit sind. SoVD-Vorstandsmitglied Olaf Anders ist einer von ihnen. Er berichtet, in welche Situationen ihn das bringt.

Noch immer gilt in Deutschland aufgrund der Infektionszahlen das Tragen einer Maske als Pflicht in Innenräumen. Für die meisten Menschen ist das inzwischen eine Selbstverständlichkeit geworden. Wer sich nicht daran hält, gerät schnell in den Verdacht, sich aus ideologischen Gründen dem Tragen einer Maske zu verweigern.

Dabei wird aber auch die kleine Gruppe von Leuten „schief“ angesehen, die aus medizinischen Gründen keine Maske tragen müssen oder dürfen. Da Außenstehende nicht erkennen können, warum jemand keine Maske trägt, ist der Unmut aller Beteiligten vorprogrammiert.

Letztere erleben immer wie-

der, dass nicht differenziert wird und sie trotz Attest keinen Einlass erhalten.

Auch Landesvorstandsmitglied Olaf Anders, schwerbehindert und mit ärztlichem Attest von der Maskenpflicht befreit, erfährt diese Behandlung wie andere Betroffene als ungerechtfertigte Diskriminierung. Er erzählt von seiner Erfahrung am 4. August in Magdeburg: „Aufgrund meiner weiten Anreise in unsere Landesgeschäftsstelle buchte ich eine Unterkunft, um pünktlich am folgenden Tag an der Landesvorstandssitzung als Schriftführer teilnehmen zu können. Am Anreisetag verweigerte mir das Hotel B&B in Magdeburg eine Übernachtung. Der Herr an der

Rezeption bat mich, eine Maske anzulegen. Dass ich ein Attest für eine Befreiung der Maskenpflicht habe, das interessierte ihn nicht. Hier müsse jeder eine Maske tragen, sonst bekäme ich nicht die gebuchte Unterkunft. Auch, dass ich schwerbehindert bin, war ihm egal. Nach nochmaligem Fragen bat er mich zu gehen und verweigerte erneut die gebuchte Unterkunft. Seine Begründung: Die anderen Hotelgäste wüssten ja nichts darüber, dass ich im Besitz eines Attestes bin.“

Wer trotz medizinisch begründetem Attest diskriminiert wird, kann sich mit seinem/i ihrem Fall an die Antidiskriminierungsstelle des jeweiligen Bundeslandes wenden.

Endlich wieder zusammen gefeiert



Sachsen Die Mitglieder des Ortsverbandes Crimmitzschau/Werdau/Zwickau und Umgebung konnten nach knapp eineinhalb Jahren coronabedingter Pause endlich wieder gemeinsam feiern. Das Sommerfest des Ortsverbandes fand in der Gaststätte Pleißenburg in Langhessen statt.

Ehrenamtliches Engagement gewürdigt

Weitere Ehrung erhalten

Sachsen-Anhalt Erst vor Kurzem erhielt Joachim Heinrich die Verdienstmedaille des Landkreises Anhalt-Bitterfeld in Silber (die Verbandszeitung berichtete bereits darüber). Jetzt ehrte ihn auch die Stadt Bitterfeld.

Im Kreistag von Anhalt-Bitterfeld wurde Joachim Heinrich in Anerkennung seiner fast 30-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit – besonders auch im SoVD – die Verdienstmedaille des Landkreises in Silber verliehen. Bei seiner Einladung zur Stadtratssitzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen wurde er ebenfalls mit einer Auszeichnung überrascht. Ihm wurde die Ehrenurkunde der Stadt für sein ehrenamtliches Engagement durch den Oberbürgermeister Armin Schenk und die Vorsitzende des Stadtrates, Dagmar Zoschke, verliehen. Die Verdienstmedaille des Landkreises wird jährlich nur zweimal in Silber verliehen.

Online-Coaching gratis

In zehn Modulen begleitet die „Waya“-App auf Tablet oder Handy abnehmwillige Nutzer*innen. Damit der Gewichtsverlust dauerhaft bleibt, erhalten die Teilnehmer*innen nicht nur Rezepte, sondern auch Informationen und Tipps zu Bewegung, Stressbewältigung und ganzheitlich gesunder Lebensführung. Via Chat und E-Mail gibt es persönliche Betreuung durch Ernährungsberater*innen und Rezepte auf einem eigenen Instagram-Kanal.

Nach Abschluss des Kurses erstatten die Krankenkassen 80 bis 100 Prozent der Kosten von 74,99 Euro. Die App kann im Apple App Store oder bei Google Play heruntergeladen werden. Weitere Infos gibt es unter: www.waya-app.com.

Kreisverband Wernigerode konnte wieder sein Sommerfest begehen

Eine Tradition wird fortgesetzt

Sachsen-Anhalt Zum siebten Mal seit 2015 hatte der Vorstand des Kreisverbandes Wernigerode unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ zum traditionellen Sommerfest am 7. August eingeladen. Nach langer Zeit war es die erste Gelegenheit für die Mitglieder, sich wieder persönlich zu treffen.

„Der lange Lockdown hat unseren Mitgliedern sehr viel abverlangt“, weiß Martin Henze. „Es war eine harte Zeit ohne soziale Kontakte im vertrauten Umfeld. Umso größer war die Erleichterung, sich endlich wieder zum gewohnten Gespräch und Gedankenaustausch zu treffen.“ Ziel war es, die Tradition unbedingt aufrechtzuerhalten. Alle teilnehmenden Mitglieder waren vollständig geimpft. Die 1. Kreisvorsitzende Birgit Jungtorius begrüßte im Auftrag des Vorstandes die Mitglieder. Die „Grillmeister“ Knut Kamann und Martin Henze verwöhnten alle Anwesenden mit leckeren Grillköstlichkeiten.

Danach ging es in ungezwungenen Gesprächen um die Sorgen und auch Ängste der Mitglieder im Hinblick auf die Zukunft mit der Corona-Pandemie. Aber auch fröhliche Momente trugen zu einem gelungenen Sommerfest bei und mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken ging die Veranstal-



Die Mitglieder freute es, sich wieder von Angesicht zu Angesicht unterhalten zu können.

tung gemütlich und entspannt zu Ende.

Ein ganz besonderer Dank galt wie immer Jürgen Sahland von der Freimaurerloge „Zum starken Licht am Brocken“, der zum wiederholten Male die Räumlichkeiten der Loge zur Verfügung stellte. Ein weiteres Dankeschön galt dem Vorstand, der mit viel Liebe und Hingabe das Sommerfest organisierte und durchgeführt hatte.

Unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ soll die Arbeit des Kreisverbandes Wernigerode auch in Zukunft im Interesse seiner Mitglieder weitergeführt werden.

Ab sofort finden die Sprechzeiten des Kreisverbandes Wernigerode wieder jeden 2., 3. und 4. Dienstag im Monat von 16 bis 17.30 Uhr statt, der Mitglieder-treff am 5. Oktober, ab 14.30 Uhr, jeweils Heltauer Platz 1.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über

die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022 Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: jeden 1. und 3.

Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 69 23. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale)/Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7 74 8246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin,

Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden 1. Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden 1. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung erhalten Sie unter Tel.: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 16–17 Uhr.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Ortsverband Grimmen führte im August erste Aktivitäten durch

Wieder gemeinsam unterwegs

Veranstaltungen mit einer größeren Anzahl an Teilnehmenden sind endlich wieder möglich. Der SoVD-Ortsverband Grimmen nutzte das, um im August mit einer Bootsfahrt und einer Grillparty den „Neustart“ des Verbandslebens zu feiern.

Im August konnte endlich der Neubeginn des gemeinsamen gesellschaftlichen Lebens auch im SoVD-Ortsverband Grimmen angegangen werden.

Auf gemeinsamen Beschluss der Vorstände von Kreis- und Ortsverband begannen sie mit kleinen, vorsichtigen Schritten für alle geimpften und genesenen Mitglieder die Türen zu traditioneller Gemeinschaft und Geselligkeit wieder zu öffnen. Natürlich stellte sich dabei sofort heraus, dass nichts mehr so ist wie früher. Die Seniorinnen und Senioren sind weiter gereift. Und natürlich macht sich auch eine geringere Leistungsfähigkeit bemerkbar. Zugleich steigerte die monatelange Beschränkung auf das eigene Heim, die eigenen vier Wände, sowie der damit verbundene häufige Verzicht auf kommunikative und kulturelle Mitwirkung und Erlebnisse das generelle Bedürfnis der Mitglieder, möglichst bald zum Alltag des Verbandslebens zurückzukehren.

Schiffsfahrt zum Schloss Rheinsberg

Den Beginn der Aktivitäten bildete am Anfang des Monats eine zünftige Tagesfahrt mit 43 unternehmungslustigen Teilnehmer*innen von der Schloss- und Liebesinsel Mirow durch die Rheinsberger Seenplatte bis zum Schlosspark Rheinsberg.

Die mehr als zweistündige Schiffstour mit der „Stadt Mirow“ führte nicht nur über 16



Nach zweistündiger Schifffahrt kam die Gruppe am Schloss Rheinsberg an.

Seen, durch schmale Schleusen und niedrige Brücken, sondern hielt auch für die Mitglieder der SoVD-Gruppe aus Grimmen einen leckeren „Mittagsgulasch“ bereit. Freude bereiteten auch der Spaziergang durch den schönen Schlosspark in Rheinsberg sowie eine sehr leckere Kaffeetafel im Alten Kornspeichers am Neustrelitzer Hafen. Am Ende waren die Teilnehmer*innen der Tour dann froh, erschöpft aber glücklich wieder im heimatlichen Grimmen zu sein.

Hoffen auf ein geselliges Verbandsleben

Zu der Mitte August durchgeführten Grillparty mit Musik auf dem Gelände der AWO Grimmen hatten sich 60 Mitglieder der Ortsgruppe Grimmen eingefunden. Das Interesse war riesig.

Zu der schwungvollen Begleitmusik der Feuerwehrkapelle Grimmen ließen es sich die Teilnehmer*innen der Veranstaltung bei Bratwurst und Steak wohl schmecken. Die Wetterkapriolen des Tages erforderten ein teilweises Ausweichen in den Speisesaal. Aber auch dies konnte der Stimmung der Anwesenden keinen Abbruch tun.

So waren am Ende beider Veranstaltungen den jeweiligen Veranstaltern, den lustigen Musikanten und insbesondere den fleißigen Organisatoren vom SoVD ein herzlicher Dank und viel Anerkennung gewiss.

Im Kreisverband Nordvorpommern und dem Ortsverband Grimmen ist man sich einig, alles dafür tun zu wollen, dass möglichst bald wieder ein normales, lebhaftes Verbandsleben möglich wird.

Zum Start der Seniorentage: Sozialministerin fordert neuen Blick auf Senior*innen

Potenzial bei älteren Menschen

Seniorenpolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die an vielen Stellen ansetzen müsse, so Stefanie Drese. Dies betreffe unter anderem Orts- und Verkehrsplanung, Wohnen im Alter, Gesundheit, Pflege sowie bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe.

Im Bundesdurchschnitt hat Mecklenburg-Vorpommern eine der höchsten Altersstrukturen: Etwa 25 Prozent der Einwohner*innen des Bundeslandes sind älter als 60 Jahre. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Zum Start der Seniorentage in Bad Doberan sagte Sozialministerin Stefanie Drese: „Nachhaltige und moderne Seniorenpolitik berücksichtigt nicht nur den Bedarf an ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, sondern auch die Vielfalt der Bedürfnisse und individuellen Le-

bensentwürfe von Seniorinnen und Senioren.“ Oft sei der Blick verengt und berücksichtige nicht die Potenziale an Aktivität, Erfahrung und Zeitbudget der älteren Generation. Diese könnten auch Engagement für in der Nachbarschaft oder im Ehrenamt genutzt werden. www.regierung-mv.de

Nachruf

Wir trauern um unsere Freundin

Ursula Stecker,

die am 7. August 2021 im Alter von 87 Jahren verstorben ist. Ursula Stecker, die zu den Gründungsmitgliedern des SoVD-Kreisverbandes Schwerin im August 1990 gehörte, war ein sehr aktives und erfolgreiches Mitglied unseres Sozialverbandes.

Schon immer war sie sozial engagiert. Als nach 1989 der Reichsbund auch in den Beitrittsgebieten seine Arbeit aufnahm, erkannte sie eine Möglichkeit, Menschen, die durch die beginnenden sozialen Verwerfungen in Not geraten würden, Hilfe zu geben. Als kluge Beobachterin der großen gesellschaftlichen Veränderungen sah sie besonders die sozialen Bedrohungen für Menschen mit Behinderungen und für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen.



Ursula Stecker (1934–2021), Trägerin des Bundesverdienstkreuzes

So war es nur logisch, dass sie in ihrem Kreisverband und auch im Landesverband immer wieder ihre Stimme für die Rechte der Frauen erhob, Frauen und Männer im Verband und auch außerhalb motivierte, sich dafür einzusetzen, dass die Frauen nicht zu den Verlierern der Vereinigung würden.

Sie verstand es sehr gut, sozialpolitische Arbeit zu organisieren und Vertreter der regionalen und Landespolitik für sozialpolitische Gespräche zu gewinnen. Sie begriff den Verband als das soziale „Gewissen der Politik“.

Sie war bereit, Verantwortung zu übernehmen, war Mitglied des SoVD-Kreisvorstandes Schwerin und Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Schwerin-Dreesch.

Sie arbeitete als Mitglied im Landesvorstand des SoVD Mecklenburg-Vorpommern, war dort als Landesfrauensprecherin sehr aktiv und führte Landesverbandsfrauenkonferenzen durch. Sie war Gründungsmitglied des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern und im SoVD-Bundesverband Mitglied im frauenpolitischen Ausschuss.

Ursula Stecker wurde geachtet für ihr Engagement, ihre Prinzipienfestigkeit und ihren klaren Blick auf gesellschaftliche Probleme. Sie war pragmatisch und zielorientiert. Beschäftigung mit ablenkenden Randdiskussionen, mit pseudofeministischem Gebaren waren ihr fremd.

Dies brachte ihr Achtung und Anerkennung. Sie wurde vielfach geehrt, unter anderem durch den Bundespräsidenten, das Land, den SoVD-Bundesverband, den SoVD-Landesverband und andere gesellschaftliche Organisationen.

Wir haben Ursula Stecker zu danken. Sie ist Vorbild für diejenigen, die nun den Staffelstab übernehmen.

Dr. med. Helmhold Seidlein
Landesvorsitzender SoVD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Erika Kannenberg
Landesfrauensprecherin SoVD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



Spaß an Bewegung ist keine Frage des Alters

Bewegung fördert Gesundheit und Wohlbefinden. Das gilt für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Erwachsene. Ein Kartenspiel animiert Jung und Alt, sich auf spielerische Weise zu bewegen – drinnen und draußen. Es enthält 32 Bewegungskarten, untergliedert in acht Kategorien mit je vier Übungen: Bewegungsspiele - Entspannung und Achtsamkeit - Rücken und Bauch - Kopf und Nacken - Beine und Füße - Arme und Schultern - Koordination und Balance - Dehnung. Das Spiel kann kostenlos bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bestellt werden.



Kartenspiel der BzgA

BzGA

Untersuchung zeigt teure Behandlungen und fragwürdige ärztliche Begleitung

Warnung vor Zahnschienen

Hersteller von transparenten Zahnschienen werben für Zahnbegradigungen durch transparente Kunststoffschienen und versprechen eine komplikationsfreie Behandlung für das perfekte Lächeln. Doch die Verbraucherzentrale warnt vor unseriösen Angeboten und hohen Kosten.

Ein „perfektes Lächeln“ – preiswert, zeitsparend und unkompliziert. Das versprechen gewerbliche Zahnschienen-Anbieter, die im Internet offensiv für eine Zahnbegradigung mittels transparenter Kunststoffschienen, sogenannte Aligner, werben. Im Gegensatz zu niedergelassenen Kieferorthopäde*innen arbeiten diese Anbieter mit sehr reduziertem persönlichen Kontakt. Die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben die Webseiten von vier gewerblichen Aligner-Firmen ausgewertet, um für die oft junge Kundschaft eine bessere Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Die untersuchten Anbieter haben Niederlassungen in Deutschland, sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs) und gehören zu den größten Anbietern auf dem Markt mit nationaler oder sogar internationaler Reichweite.

Keine Risiko-Aufklärung und teils irreführende Werbung

Das Ergebnis: Das Geschäftsmodell kann problematisch werden, wenn die Behandlung nicht verläuft wie gehofft. Denn die Webseiten locken mit günstig erscheinenden Monatsraten, die aber insgesamt meist teurer sind als die Einmalzahlung. Beispiel DrSmile: Bei leichter Zahnkrümmung steigen die



Foto: Krakenimages.com / Adobe Stock

Zahnschienen, sogenannte Aligner, werden als Alternative zur Zahnspange beworben. Die Behandlung birgt jedoch Risiken.

Kosten für eine Behandlung, die einmalig 1.790 Euro kosten würde, bei monatlicher Zahlung auf 2.376 Euro.

Eine Aufklärung über Risiken und Alternativen findet zudem auf keiner der untersuchten Webseiten statt. Welches Personal die Behandlung überwacht und wie sie dokumentiert wird, ist ebenfalls unklar.

Forderung nach mehr Transparenz und Aufklärung

Die Unternehmen werben darüber hinaus mit teilweise irreführenden Schein-Gütesiegeln. So erweckten TÜV-Siegel bei zwei Anbietern den Eindruck, die Behandlung sei TÜV-geprüft. Dabei bezieht sich das Siegel nur auf die Zertifizierung

der Webseite.

Alle überprüften Unternehmen versuchen zusätzlich, das Widerrufsrecht auszuschließen, indem sie sich auf Zahnschienen als individuell gefertigte Produkte berufen – aus Verbrauchersicht nicht hinnehmbar. Denn es handelt sich hier nicht um einen reinen Kaufvertrag, sondern um einen Werkvertrag, und damit kann das Widerrufsrecht nicht ausgeschlossen werden. Aligner-Anbieter müssen deshalb die Transparenz deutlich verbessern und zu medizinischer Aufklärung direkt auf der Webseite verpflichtet werden. Ebenso sollten die gleichen Werbevorschriften gelten wie für die Zahnärzteschaft.

Verbraucherzentrale M-V

Vitamine, Bewegung, frische Luft und genügend Erholung helfen Körper und Seele

Mittel gegen den Herbstblues

Die Tage werden kürzer, die Temperaturen fallen und die Sonne lässt sich seltener blicken: Der Herbst kann auf das Gemüt schlagen. Doch es gibt einfache Wege, die helfen, damit umzugehen und dem Körper etwas Gutes zu tun.

Bewegung an der frischen Luft trotz Regen und Wind tut dem Immunsystem gut. Sport und ausgedehnte Spaziergänge regen die Durchblutung und den Kreislauf an. Eine rege Durchblutung verteilt die Abwehrstoffe gleichmäßig und versetzt das Immunsystem in Alarmbereitschaft.

Im Herbst sollte man besonders darauf achten, sich vitamin- und mineralstoffreich zu ernähren. Dabei können Äpfel und Salat helfen. Neben Vitamin C ist Zink ein nützlicher Helfer, um die Abwehrkräfte zu stärken. Daher dürfen auch Rind- und Schweinefleisch, Geflügel, Ei, Milch und Käse auf

den Teller kommen.

Heimisches Obst und Wintergemüse ist meist frischer und enthält deshalb noch alle Vitamine. Es gibt jetzt die ganzen Kohlsorten, die abwechslungsreiches Kochen ermöglichen – etwa mit Grünkohl, Brokkoli oder Kohlrabi. Neben Äpfeln und Birnen sind im Herbst auch Champignons, Kartoffeln und Steckrüben gut zu bekommen.

Zu einer gesunden Ernährung gehört ausreichend Flüssigkeit. Am besten trinkt man möglichst kalorienfreie Getränke wie Leitungswasser, Mineralwasser oder Früchtetee. Zigaretten und Alkohol gilt es generell zu meiden. Sie

stressen das Immunsystem und machen es anfälliger für Krankheitserreger.

Wer es sich zu Hause gemütlich macht, sollte darauf achten, dass die Räume gut gelüftet sind. Es reicht, dreimal am Tag die Fenster zu öffnen. Am besten lüftet man morgens nach dem Aufstehen, abends, wenn man nach Hause kommt, und vor dem Schlafengehen jeweils fünf Minuten.

Für die Erholung des Körpers ist ausreichend Schlaf das A und O. Besonders, wenn der Körper durch Wind und kaltes Wetter gestresst ist, braucht er ausreichend Erholungsphasen.

www.berlin.de

Rechtsberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Parchim: 20. Oktober., **Neubrandenburg / Demmin:** 27. Oktober. Es berät Doreen Rauch.

Grimmen: 5. Oktober, **Greifswald:** 12. Oktober, **Rügen / Stralsund:** 19. Oktober, **Röbel:** 26. Oktober. Es berät Donald Nimsch.

Bitte melden Sie sich für eine Terminvergabe bei den jeweiligen Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.

Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax: 0395/37 95 16 22.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 1–2, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

„tag des wir“ am 21. August auf dem Georgsplatz in Hannover

SoVD startet Aktionstag für mehr Inklusion

Eine gut funktionierende Gesellschaft lebt von Vielfalt, Toleranz und Solidarität. Um diese Worte mit Leben zu füllen, hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) einen Aktionstag zum Mitmachen ins Leben gerufen. Der „tag des wir“ wird immer am 21. August stattfinden und startete in diesem Jahr. Seinen Schwerpunkt legte der SoVD in Niedersachsen dabei auf das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung und beteiligte sich mit seiner Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ an dem Aktionstag.

Mit dem bundesweiten Aktionstag will der SoVD ein Zeichen setzen: Alle Menschen haben in ihrer Vielfalt das Recht, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Das gilt auch für Menschen mit Behinderung, die besonders von Armut bedroht sind und in großem Maße unter der Corona-Krise leiden.

Um auf diese Problematik aufmerksam zu machen, hielt die Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ des SoVD am 21. August 2021 von 12 bis 14 Uhr auf dem Georgsplatz in Hannover. Im Gepäck hatte Niedersachsens größter Sozialverband dabei rote lebensgroße Figuren, eine Bodenzeitung und zahlreiche Informationen. Unterstützt wurde der SoVD in seinem Einsatz für mehr Inklusion von seinem Partner „Forum Artikel 30 UN-BRK/Inklusion in

Kultur, Freizeit und Sport“. Mit dabei waren auch Spieler*innen der Rollstuhlbasketball-Bundesligamannschaft „Hannover United“, die ihr Können zeigten und Interessierten die Möglichkeit zum Mitmachen gaben.

„Dass gerade Menschen mit Behinderung Schwierigkeiten haben einen Job zu finden, viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und damit auch häufiger von Armut bedroht sind, ist schon lange bekannt. Doch unternommen hat die Politik bislang noch viel zu wenig. Das muss sich ändern“, kritisierte Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Karl Finke, Sprecher des „Forum Artikel 30“ ergänzte: „Vor allem in der jetzigen Krisenzeit ist es wichtig, für seine Rechte einzustehen. Daher hat das Forum Artikel 30 bereits Mitte vergangenen Jahres Forderungen zur

Wahrung des Menschenrechts Inklusion formuliert. Wir unter-

stützen den SoVD am ‚tag des wir‘, denn Menschen mit Behin-

derung sind ein fester Bestandteil des ‚Wir‘.“



Foto: Stefanie Jäkel

Beim „tag des wir“ stellte der SoVD-Landesverband Niedersachsen vor allem die Armutgefährdung von Menschen mit Behinderung und ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt.

SoVD will Erreichbarkeit und Barrierefreiheit von Bus und Bahn stärken

Engagement für barrierefreie Wegekettten

Für viele Menschen in Niedersachsen sind Bus und Bahn nicht schnell und barrierefrei erreichbar. Als Mitglied des Nahverkehrsbündnisses (NVBN) engagiert sich der SoVD seit Langem für die Inbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken, um ein dichteres Angebot des ÖPNV zu erreichen. Außerdem will der Verband darauf hinwirken, dass nicht nur die Barrierefreiheit von Bahnhöfen isoliert betrachtet wird, sondern die Wegekettten als Gesamtes barrierefrei gestaltet werden.

Ein gut erreichbarer Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ist entscheidend, damit Menschen vom motorisierten individuellen Verkehrsmittel auf Bus und Bahn umsteigen, sich also für klimaschonende Alternativen entscheiden. In einem Ranking der 13 Flächenstaaten von „Allianz pro Schiene“ für das Jahr 2020 kommt Niedersachsen bei der Erreichbarkeit von Bus und Bahn allerdings nicht gut weg und nimmt in diesem Vergleich nur den 10. Platz ein.

Aus Sicht des SoVD ist es wichtig, auf ein dichteres Angebot für den straßengebundenen öffentlichen Nahverkehr sowie den Schienenpersonennahverkehr hinzuwirken, insbesondere in ländlichen Regionen Niedersachsens. „Ein guter Schritt in diese Richtung ist die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, auf die der SoVD seit vielen Jahren in Kooperation mit dem Nahverkehrsbündnis (NVBN) hinwirkt“, schildert Bernd Skoda, Beauftragter für

Barrierefreiheit beim SoVD-Landesverband Niedersachsen.

Im Hinblick auf Barrierefreiheit sei außerdem problematisch, dass häufig zwar der Bahnhof barrierefrei sei, nicht aber der Anschluss an Bus oder Straßenbahn. Oder der umgekehrte Fall trete auf. Zwar sei es beispielsweise möglich, den eigenen PKW auf einem barrierefrei zugänglichen „Park and Ride“-Parkplatz abzustellen, nicht aber den Bahnsteig für die Weiterfahrt ebenfalls barrierefrei zu erreichen. Häufig fehlen im Umkreis der Bahnhöfe auch taktile Leitsysteme mit Warnrillen für den Taststock, was es Menschen mit Seheinschränkungen sehr schwer macht, sich auch außerhalb des Bahnhofsgeläudes schnell zurechtzufinden. „Verlassen die Betroffenen das Bahnhofsgelände, sind sie allein und orientierungslos sich selbst überlassen. Mag das eine Element noch so gut funktionieren, ist der Nutzen für die Betroffenen dennoch nicht ge-

geben, wenn ein Anschluss-element nicht dem gleichen Standard entspricht“, so Skoda. „Barrierefreiheit ist erst dann gegeben, wenn auch schlüssige barrierefreie Wegekettten vorhanden und Verkehrsangebote miteinander verknüpft sind“, sagt der Beauftragte für Barrierefreiheit. Es gebe zahlreiche Beispiele in Niedersachsen, wo das nicht der Fall sei. Insbesondere auf dem Land sei das Problem verbreitet, berichtet Skoda.

„Die unterschiedlichen Zuständigkeiten erschweren es, die Barrierefreiheit der Bahnhöfe und der dazugehörigen Anschlüsse als Gesamtes in den Blick zu nehmen“, weiß Kathrin Schrader von der Abteilung Sozialpolitik des Landesverbands. Für die Ausgestaltung der Barrierefreiheit auf dem Bahnhofsgelände sei die Deutsche Bahn zuständig. Die Zuständigkeit für die Anschlussangebote und Wegführung zum und vom Bahnhof liege wiederum bei den Kommunen. Und diesen sei die Pro-

blematik häufig nicht bewusst. Damit nicht nur die Bahnhöfe isoliert betrachtet werden, sei eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten notwendig, ist der SoVD überzeugt. Der Verband weist regelmäßig in offiziellen Stellungnahmen auf die bestehenden Probleme hin und macht Lösungsvorschläge. Auch über seine Kontakte in den Kommunen nimmt er Einfluss und sensibilisiert für die Barrierefreiheit der Anschlusswege.

Nicht nur mobil eingeschränkte Menschen brauchen ein gut getaktetes öffentliches Verkehrsnetz mit schlüssigen barrierefreien Wegekettten. „Barrierefreiheit ist für alle Menschen von Vorteil“, sagt Skoda. Und Schrader ergänzt: „Nahezu alle Menschen reisen auch mal mit dem Zug, sind mit Koffern, Kinderwagen oder Fahrrad unterwegs. Nicht nur Rollstuhlfahrer*innen, sondern nahezu jede*r Bahnhofs- und Bahnnutzer*in profitiert von Barrierefreiheit.“



Foto: Bernd Skoda

Oft ist der Zugang zum Bahngleis nicht barrierefrei gestaltet, wie beispielsweise hier in Großburgwedel.

SOVD-PODCAST

Spannende Fälle,
Fakten und Tipps

Dass das Leben kein Ponyhof ist, beweisen Stefanie Jäkel und Katharina Lorenz jeden dritten Donnerstag im Monat mit einem neuen Fall aus der Sozialberatung.

Die aktuelle Podcast-Folge zeigt: Bei der Zuerkennung eines Pflegegrads durch den Medizinischen Dienst kann einiges schief laufen.

Alle Folgen des Podcasts sind auf den gängigen Plattformen, dem YouTube-Kanal des SoVD und unter www.sovd-nds.de/podcast verfügbar.



Foto: Martin Bargiel

„Kein Ponyhof“ zeigt, welche Auswirkungen eine ungerechte Sozialpolitik hat.

Angebot von EUTB® Nienburg und Therapiezentrum Mardorf für Eltern von Kindern mit Behinderung

Bundesweit einmalige Kooperation

Der SoVD ist an elf niedersächsischen Standorten Träger der Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®). Ihr kostenfreies, unabhängiges und barrierefreies Angebot richtet sich an Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen. Mit einer neuen und bundesweit einmaligen Kooperation mit dem Therapiezentrum Mardorf möchte die EUTB® in Nienburg das Unterstützungsangebot vor allem unter ratsuchenden Eltern bekannter machen und Ansprechpartner*innen vor Ort vermitteln.



Foto: EUTB® Nienburg

Günter Brunschier, Funda Hartmann, kommissarische Leiterin des Therapiezentrums, und Marina Gempfer (v.l.n.r.) freuen sich auf die Zusammenarbeit.

In den bundesweit über 500 EUTB®-Beratungsstellen erhalten Betroffene kostenfrei Rat und Orientierung. Die EUTB® will Menschen mit Behinderung oder von Behinderung bedrohte Menschen in ihrer Selbstbestimmung stärken. Daher stehen ihre Bedürfnisse und Anliegen bei der Beratung im Mittelpunkt, ganz egal, ob es um Teilhabe im Bereich Arbeit, Schule, Freizeit, bar-

rierefreies Wohnen oder andere Themen geht. Das Besondere an der EUTB® ist die Peer-Beratung, eine niedrigschwellige Beratung auf Augenhöhe: Betroffene beraten Betroffene oder deren Angehörige. Gefördert wird die EUTB® vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Kürzlich starteten die EUTB® in Nienburg und das „Therapiezentrum Mardorf für Mütter

und Väter und deren Kinder mit Behinderung“ erstmals eine Kooperation. Das Therapiezentrum bietet Therapieplätze für Eltern und ihre behinderten Kinder (bis Pflegegrad 5) sowie deren gesunde Geschwister an.

„Unsere Kooperation mit dem Therapiezentrum Mardorf ist ein Pilotprojekt und bisher einmalig in Deutschland“, freut sich Marina Gempfer, EUTB®-Beraterin in Nienburg, und ergänzt: „Im Therapiezentrum sind ratsuchende Eltern aus ganz Deutschland zu Gast und nun können sie während ihres Aufenthalts von uns unkompliziert Informationen über Teilhabe und wohnortnahe Beratungsangebote erhalten.“ Neben regelmäßigen Vorträgen, in denen die EUTB® Nienburg das Beratungsangebot allgemein vorstellen wird, sind im Therapiezentrum auch Einzelberatungen möglich. In diesen können die ganz persönlichen Fragestellungen von Eltern mit behinderten Kindern beantwortet werden. Es

sei enorm wichtig, betroffene Eltern vor Ort zu informieren, da noch immer viel zu wenige Menschen vom Angebot der EUTB® wüssten, betont Günter Brunschier, ehrenamtlicher EUTB®-Berater in Nienburg. „Wir vermitteln den Ratsuchenden auch Ansprechpartner*innen, damit sie wohnortnah weiterberaten werden können“, sagt Brunschier. Von der Kooperation verspricht sich die EUTB® Nienburg außerdem Impulse für die grundsätzliche Zielrichtung der EUTB®.

Das unabhängige Angebot der EUTB® ergänzt die klassische Sozialberatung des SoVD in seinen Beratungszentren. Die EUTB® ist dabei unabhängig von Trägern, die Leistungen bezahlen oder erbringen – eine Mitgliedschaft im SoVD ist daher nicht erforderlich, um die Beratung der EUTB® in Anspruch zu nehmen. Die Kontaktdaten aller EUTB®-Beratungsstellen sind unter www.teilhabeberatung.de abrufbar.

Judoka Angelina Salli wurde auf festlicher Gala ausgezeichnet

Behindertensportlerin 2021

Nachdem sie pandemiebedingt einige Male verschoben werden musste, fand im September die Gala statt, auf der die Behindertensportlerin des Jahres bekanntgegeben wurde. Den Preis erhielt die Judoka Angelina Salli, die mit fünf anderen Sportler*innen nominiert war. Mit der Auszeichnung möchte der Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) behinderte Sportler*innen für besondere Leistungen ehren.



Angelina Salli (2. v. l.) bei der Preisübergabe mit den Ehrengästen Igor Wandtke (Laudator), Karl Finke (Präsident des BSN) und Daniela Behrens (niedersächsische Sozialministerin).

Der BSN hat die 23-jährige Judoka Angelina Salli aus Hannover bei einer feierlichen Gala im GOP-Varieté Hannover zur Behindertensportlerin des Jahres 2021 gekürt. Vor 190 geladenen Gästen aus Sport, Politik und Wirtschaft nahm die Preisträgerin von Karl Finke, Präsident des BSN, und der niedersächsischen Sozialministerin Daniela Behrens die begehrte Trophäe des Bildhauers Siegfried Neuenhausen entgegen.

In seiner Begrüßungsrede erläuterte Finke die diesjährige Auswahl der sechs für den Preis nominierten Athlet*innen: „Wie so vieles in allen Lebensbereichen sind in den letzten anderthalb Jahren auch die meisten Wettkämpfe und Meisterschaften pandemiebedingt ausgefallen oder verschoben worden. Und ein geregeltes Training war durch die Lockdowns bestenfalls eingeschränkt möglich.“

Daher hat unsere Jury junge, motivierte und ehrgeizige Sportlerinnen und Sportler aufgestellt, die sich von der Krise nicht haben ausbremsen lassen. Sie haben sich durch Trainingsfleiß und überdurchschnittliches sportliches Engagement ausgezeichnet und unbeirrt eine tolle Entwicklung durchlaufen.“

Die niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens zeigte sich begeistert: „Karl Finke und sein Team haben eine eindrucksvolle Preisverleihung vorbereitet. Danken möchte ich zugleich allen Sportlerinnen und Sportlern. Sie haben gezeigt, dass Menschen mit Behinderungen richtig starke Leistungen erbringen.“

Auch in diesem Jahr hatten sich viele tausend Menschen in Niedersachsen an der beliebten BSN-Wahl beteiligt. Insgesamt knapp 13.000 Stimmen wurden für die nominierten Athlet*innen abgegeben. Informationen zu den Sportler*innen gibt es unter www.bsn-ev.de/voting.

SoVD informiert über „Pflegegrad, Begutachtung & Co.“

Vortrag über häusliche Pflege

Am Donnerstag, 4. November, referiert Katharina Lorenz vom SoVD-Landesverband Niedersachsen von 16.00 bis 17.30 Uhr zum Thema „Pflegegrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“.

In ihrem digitalen Vortrag erläutert sie Interessierten nicht nur, wie ein Pflegegrad beantragt wird, sondern auch, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen. „Viele Menschen sind von den Anträgen, die auszufüllen sind, erstmal überfordert“, sagt Lorenz. Mit ihrem Vortrag möchte sie Hilfestellung geben und Unsicherheiten entgegenwirken.

Außerdem erhalten Teilnehmende Informationen darüber, wie eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst abläuft und was Betroffene bei der Begutachtung berücksichtigen sollten. Auch welche Maßnahmen ergriffen werden können, falls jemand mit der Einstufung des Pflegegrads nicht einverstanden ist, erfahren Interessierte im Vortrag. Mögliche Hilfen und Leistungen der Pflegeversicherungen stellt Lorenz ebenfalls vor.

Bei Interesse können Sie sich bis zum 28. Oktober unter weiterbildung@sov-d-nds.de für die digitale Veranstaltung anmelden.



Foto: WavebreakmediaMicro / Adobe Stock

Den Link zum Vortrag erhalten Teilnehmende per E-Mail.

Kostenfreies Angebot des SoVD in Braunschweig

Offene Telefonberatung zum Sozialrecht

Zu allen Fragen des Sozialrechts veranstaltet der SoVD in Braunschweig am Mittwoch, 27. Oktober, von 10 bis 11.30 Uhr eine offene Telefonberatung.

Fragen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden hier beantwortet. Außerdem werden die Themen Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht behandelt. Der Bereich Existenzsicherung umfasst die Leistungen aus

der Erwerbsminderungsrente, aus Arbeitslosengeld 1 und 2 (Hartz IV), aus der Grundsicherung und Sozialhilfe sowie aus dem Wohngeld. Interessierte können sich unter der Festnetz-Telefonnummer 0531 24441-16 über die Themen informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss auch persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Besonders interessante Gespräche dieser Beratung werden ohne Namensnennung am Freitag, 5. November, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung findet alle drei Monate statt.



Foto: Sascha Gramann

Kai Bursie ist SoVD-Regionalleiter in Braunschweig.

SoVD-Kreisverband Osterode lud Landratskandidierende zur Diskussion ein

Podiumsdiskussion in Osterode

Im Vorfeld der Kommunalwahl hatte der SoVD-Kreisverband Osterode die für den Landrat kandidierenden Politiker*innen zu einer politischen Gesprächsrunde eingeladen. Im Mittelpunkt standen die Positionen der Teilnehmenden zu sozialpolitischen Fragen.

Damit sich interessierte Bürger*innen im Vorfeld der Kommunalwahl vertiefend informieren konnten, hatte der SoVD in Osterode die Landratskandidat*innen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Daran nahmen teil: Marlies Dornieden (CDU), Marcel Riethig (SPD), Marie Kollenrott (Grüne) und Dr. Eckhardt Fascher (Linke). Im Vordergrund der Diskussion stand die Haltung der Kandidierenden zu verschiedenen sozialpolitischen Themen. Stefanie Jäkel, Pressesprecherin beim SoVD-Landesverband Niedersachsen, moderierte die Veranstaltung und stellte kritische Fragen.

Im Altkreis Osterode sei bei der Inklusion ein deutlicher Nachholbedarf festzustellen, so Jäkel. Gerade junge Menschen mit Behinderung seien ausgeschlossen, da es auch in der Gastronomie an Barrierefreiheit mangle. Dornieden, Fascher und Riethig sprachen sich dafür aus, die Barrierefreiheit in der Region voranzutreiben, indem betroffene Menschen und Menschen mit



Foto: Frank Uhlenhaut

Der SoVD befragte die Landratskandidat*innen in Osterode zu verschiedenen sozialpolitischen Fragestellungen.

Sachverstand bei Überlegungen und Planungen schon im Vorfeld beteiligt werden. Auch bei der Ausgestaltung des ÖPNV in der Region wurde die Barrierefreiheit thematisiert. Unter anderem plädierte Kollenrott für barrierefreie und überdachte Haltestellen mit Sitzgelegenheiten.

Weitere Themen waren eine Frauenquote in kommunalen Gremien und der Notstand in der Pflege. Die Kandidierenden waren sich einig, dass die Situation für

Pflegebedürftige und in der Pflege tätige Menschen dringend zu verbessern sei. Zur Umsetzung des Ziels gab es unterschiedliche Ansichten. Auch die Besucher*innen der Podiumsdiskussion bekamen Gelegenheit Fragen zu stellen. Trotz der unterschiedlichen Positionen der Politiker*innen sei in einer sachlichen und kollegialen Atmosphäre diskutiert worden, bemerkte zum Abschluss Frank Uhlenhaut, SoVD-Kreisvorsitzender in Osterode.

SoVD in Hannover sprach sich gegen eine Verlegung und Umnutzung von Behindertenparkplätzen aus

Einsatz für Menschen mit Behinderung

Im Vorfeld der temporären Verlegung von Behindertenparkplätzen in der hannoverschen Innenstadt im Rahmen der „Experimentierräume“ von Ende August bis Mitte September hatte sich der SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt kritisch geäußert. Gleichzeitig hatte der Kreisverband darauf hingewiesen, dass in der Stadt insgesamt eine Umnutzung von Parkplätzen für schwerbehinderte Menschen festzustellen sei.



Foto: Kyna Studio / Adobe Stock

Der SoVD beobachtet in Hannover eine zunehmende Umnutzung von Schwerbehinderten-Parkplätzen.

„Wie wir der Presse entnommen haben“, so Ingrid Beyer, Sprecherin des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD in Hannover, „sollen die Behindertenparkplätze vor dem Opernhaus im Zuge der Installation der ‚Experimentierräume‘ in die Sophienstraße/Börse verlegt werden.“ Für Menschen mit Einschränkungen, die eine Ausnahmegenehmigung für diese Parkplätze besitzen, sei jeder weitere Weg beschwerlich und mit Mühen verbunden. Auch ein Parkhaus sei kein adäquater Ersatz. Deshalb forderte der SoVD

in Hannover, dass die Behindertenparkplätze weiter zugänglich bleiben. Die Menschen müssten einen kurzen Weg zur Innenstadt haben, um Termine bei Ärzt*innen und Therapeut*innen wahrnehmen zu können und um Einkäufe zu erledigen, so der Verband.

„Wir beobachten, dass in letzter Zeit Behindertenparkplätze zu normalen Parkplätzen umgenutzt werden“, schilderte Beyer weiter. So berichtete ein SoVD-Mitglied, dass es am Roderbruchmarkt keine Behindertenparkplätze mehr gebe. Rollstuhlfahrer*innen

müssten nun auf ein Parkdeck fahren und dann eine kurze und steile Rampe nutzen. Ebenso entfernt worden sind die Behindertenparkplätze an der Straße am Friederikenstift. Die Parkplätze sind nun für alle zu nutzen. Auf Nachfrage bei der Stadt wurde auf das Parkhaus hingewiesen.

Bei allen Maßnahmen müssen die Belange der stark mobilitätseingeschränkten Menschen berücksichtigt werden. Sie müssen auf kurzen und sicheren Wegen ihre Zielpunkte erreichen können. Problematisch ist zudem, dass Personen auch ohne entsprechende Parkerlaubnis unrechtmäßig auf den Behindertenparkplätzen parken. In regelmäßigen Abständen wirbt der SoVD bei Falschparkenden auf Behindertenparkplätzen daher mit Postkarten um Verständnis. Der Text: „Sie haben meinen Parkplatz! Wollen Sie auch meine Behinderung?“. In diesem Sinne fordert der SoVD Rücksicht von Falschparkenden und mehr Aufmerksamkeit für die Belange von Menschen mit Behinderung in der Politik.

BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Kommende Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am Dienstag, 12. Oktober, und am Dienstag, 2. November, von 17 bis 18 Uhr statt. Aktuelle Termine der WhatsApp-Sprechstunde werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovnd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

„Wie groß ist dein Armutsschatten?": SoVD-Ehrenamtliche setzten sich mit Aktionen gegen Armutsgefährdung ein Niedersachsenweites Engagement

Auch in den vergangenen Monaten waren die SoVD-Ehrenamtlichen aus den Orts- und Kreisverbänden wieder sehr aktiv. Auf öffentlichen Plätzen informierten sie über die SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?": Sie führten Gespräche mit interessierten Passant*innen, baten Politiker*innen um Stellungnahme zu ihren Lösungen gegen Armutsgefährdung in Deutschland, sie luden zu Podiumsdiskussionen ein und sammelten Unterschriften für die SoVD-Petition gegen Armutsschatten in der Gesellschaft. Dabei legten auch die roten Kampagnen-Figuren niedersachsenweit viele Kilometer zurück – wie diese Bildergalerie beweist.



Foto: Heinz Kaatsch

Mit vereinten Kräften organisierten die Ortsverbände Sickte und Dettum eine Kampagnen-Aktion in Sickte.



Foto: Bruno Hartwig

Gespräche mit Ehrenamtlichen auf dem Wochenmarkt in Twistringen.



Foto: Heinrich Schepers

In der Grafschaft Bentheim setzten Ehrenamtliche mehrere Aktionen um, beispielsweise in Bad Bentheim.



Foto: Heinrich Schepers

Der SoVD-Ortsverband Lingen veranstaltete eine Aktion auf dem Marktplatz in Lingen und führte viele Gespräche.



Foto: Bruno Hartwig

Aktive Ehrenamtliche auf dem Wochenmarkt in Sulingen.



Foto: Helga Laube-Hoffmann

Die Engagierten im Ortsverband Sievershausen sammelten gemeinsam mit Kreisfrauensprecherin Ilona Picker Unterschriften für die Petition.



Foto: Heinz Kaatsch

Bei seiner Aktion in Schöppenstedt informierte der Kreisverband Wolfenbüttel über die SoVD-Petition.



Foto: Inge Lemke

In Otterndorf wurden Unterschriften für die Petition gesammelt.



Foto: Sara Masić

Der Ortsverband Hannover-Süd lud Vertreter*innen des Stadtbezirksrats zu einer Podiumsdiskussion ein.



Foto: Anne Slaar

Der Ortsverband Veldhausen beteiligte sich in der Grafschaft Bentheim mit einer Kampagnen-Veranstaltung.



Foto: Bruno Hartwig

In Diepholz gab es eine Kampagnen-Aktion auf dem Wochenmarkt.



Foto: Petra Schlegel

Bei einer Aktion in Stade sprach Rolf Grützmaker, 2. Kreisvorsitzender (rechts), mit Björn Protze, SPD-Landratskandidat in Stade.



Viele Menschen aus dem SoVD-Ehrenamt nahmen auf Einladung der Kreisvorsitzenden Jutta König an der Aktion in Bochum teil.



Das Thema Altersarmut bekam pantomimische Unterstützung.



Fotos: Matthias Veit/Helmut Etzkorn
Künstler „Nemo“ in Aktion mit einer jungen Besucherin.

SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ in Düsseldorf und Bochum – Thema Altersarmut im Blick

Erfolgreiche Tour durch Nordrhein-Westfalen

Endlich wieder Begegnung, endlich wieder Austausch und Geselligkeit! Während der Kampagnen-Reise des SoVD-Landesverbandes durch das Bundesland NRW war dieser positive Aspekt des Lebens immer wieder Gesprächsthema bei den Aktionen vor Ort, sowohl bei den ehrenamtlichen Helfer*innen als auch bei den Mitwirkenden aus dem SoVD-Hauptamt.

Schließlich konnten auch im SoVD NRW viele Veranstaltungen und Treffen lange nicht stattfinden. Jetzt, dank der Impf-

stoffe und steigenden Impfquote, ist es dem Landesverband wieder möglich, als Team öffentlich aufzutreten, Menschen zu-

sammenzubringen und das Gespräch zu suchen; zum Beispiel im Rahmen der Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“.



Das WDR-Fernsehen berichtete in seinen verschiedenen „Lokalzeit“-Ausgaben – und damit mehrfach – über die Kampagne. Hier interviewt Reporter Piet Keusen den SoVD-Landesvorsitzenden Franz Schrewe.

Viel Aufmerksamkeit – und Sozialberatung vor Ort

Nach dem erfolgreichen Auftakt in Köln Ende Juli waren im August Düsseldorf und Bochum an der Reihe. Die nicht zu übersehenden, roten Armutsschatten-Figuren sorgten auch hier für die erhoffte Aufmerksamkeit; und das in jeweils bester Innenstadt-Lage mit viel Besucherverkehr.

Ein wahrer Publikumsmagnet war dabei der renommierte Pantomime-Künstler „Nemo“, der die Aktion des SoVD in allen Städten unterstützt und es tatsächlich schafft, Menschen ohne Worte in ein Gespräch zu verwickeln – einfach beeindruckend! Auch dass der WDR gleich mehrfach berichtete, war für den Verband sehr erfreulich.

Während der Aktionen bestand die Möglichkeit, sich vor Ort sozialrechtlich beraten zu lassen, etwa im Streit mit Kostenträgern wie der Renten- oder Krankenversicherung.

Aber auch die „große Politik“ war immer wieder Thema. „Der SoVD wird gebraucht, wir setzen hier auf ein ganz wichtiges Thema“, sagte Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Kommunales im SoVD NRW, nach Dutzenden Gesprächen mit Interessierten. „Es ist nicht nur die Angst vor Armut im Alter. Viele sind schon



Landesvorsitzender Franz Schrewe mit Jutta König, Bundesfrauensprecherin und Vorsitzende des Kreisverbandes Bochum-Hattingen.

jetzt arm trotz Arbeit, weil zum Beispiel der Lohn gering ist, der Job befristet ist oder Vollzeit nicht geht, weil man auch noch Kinder betreut und Angehörige pflegt. Auch Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und prekär beschäftigte junge Menschen haben uns ihr Leid geklagt, der Frust ist einfach groß“, so Spörkes Fazit. Ein weiteres Problem seien die steigenden Mieten. Mit seinen Forderungen an die Politik liege der SoVD daher richtig: „Es geht um nichts geringeres als den

sozialen Frieden in unserem Land, die Politik muss endlich handeln.“

SoVD fordert politische Taten gegen Altersarmut

Auch vor dem Hintergrund der Bundestagswahl und Koalitionsverhandlungen fordert der SoVD die Politik auf, die steigende Zahl von Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind und Renten entgegensehen, die nicht zu einem auskömmlichen Leben

Fortsetzung auf Seite 12



Peter Reibel und sein Team produzierten für den SoVD NRW den offiziellen Film zur Kampagne, hier mit Dr. Michael Spörke.



Barrierefreier Bahnhof

Bei einem Ortstermin am Scharnhorster Bahnhof sprach die SoVD-Kreisvorsitzende Petra Schmidt mit der Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordneten Sabine Poschmann über die Unterstützung des Bundes für Dortmund und ihre politischen Schwerpunkte in Berlin.

___2016 haben wir uns schon einmal hier am Bahnhof getroffen. Damals war er in einem bedauernden Zustand. Jetzt erstrahlt er in neuem Glanz. Wie war das möglich?

Der Bahnhof war ohne Frage dringend sanierungsbedürftig. Daher habe ich mich als Bundestagsabgeordnete dafür eingesetzt, dass Scharnhorst als Haltebahnhof des neuen Rhein-Ruhr-Expresses, des RRX, umfassend umgebaut wird. Der Bund war an der Finanzierung entscheidend beteiligt. Das Ergebnis freut mich! Es ist hier nun deutlich freundlicher und vor allem endlich barrierefrei. Es gibt einen neuen Aufzug und behindertengerechte Rampen.



Fotos: Oliver Schaper
Sabine Poschmann

___Wie wichtig ist Barrierefreiheit?

Es ist ein Kernanliegen von mir, allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Ohne Barrierefreiheit geht das nicht. Denn ob es nun Menschen im Rollstuhl, mit einem Rollator, mit Kinderwagen oder einem gebrochenen Bein sind – unsere Bahnhöfe müssen natürlich von allen problemlos genutzt werden können. Daher ist es wichtig, dass weitere Bahnhöfe in Dortmund mit der Hilfe des Bundes umgebaut werden. Zum Beispiel Sölde und Aplerbeck-Süd. Das sind zwar keine Haltestellen des RRX, der Bund nimmt aber dennoch Geld in die Hand, um sie barrierefrei zu gestalten.

___Wie muss man sich Ihre Rolle bei der Unterstützung des Bundes für Dortmund vorstellen?

Ich wurde zweimal direkt von den Dortmunderinnen und Dortmundern in den Bundestag gewählt. Damit einher geht für mich, die Interessen unserer Stadt im Bund zu vertreten. Hier in diesem Fall ging es darum, dass Dortmund von Fördertöpfen profitiert. Deshalb führe ich viele Gespräche und werbe dafür, dass Dortmund angemessen berücksichtigt wird.

___Von der Bundesunterstützung abgesehen: Wenn Sie nur einen Schwerpunkt Ihrer Arbeit in Berlin nennen dürften, welcher wäre das?

Das ist gar nicht so einfach zu beantworten, denn ich habe natürlich viele Themen, die mir sehr am Herzen liegen. Aber wenn ich wirklich nur eins nennen dürfte: Arbeit. Die Menschen brauchen Jobs, von denen sie und ihre Familien gut leben können. Menschen in gute Arbeit zu bringen, ist der beste Weg, um Armut – auch Kinderarmut – zu vermeiden.

___Wie wollen Sie das erreichen?

Die großen Herausforderungen unserer Zeit, vor allem Klimawandel und Digitalisierung, müssen wir dafür nutzen, moderne und sichere Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen. Für gute Bezahlung sind starke Tarifverträge am wichtigsten, die zudem auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Daher ist der Rückgang der Tarifbindung in einigen Branchen ein großes Problem. Da wollen wir gegensteuern. Zudem soll der Mindestlohn auf 12 Euro steigen – das darf aber immer nur die absolute Lohnuntergrenze sein. Interview: Petra Schmidt



Besichtigung des Bahnhofes Dortmund-Scharnhorst: mit Aufzug.



Foto: Helmut Etzkorn

Dr. Michael Spörke (re.) aus der Landesgeschäftsstelle führte viele Gespräche vor Ort und erfuhr so, wie sehr bei vielen „der Schuh drückt“. Die Angst vor einem „Abstieg“ und vor Armut im Alter seien groß; viele hätten schon jetzt Probleme, etwa aufgrund hoher Mieten und schlecht bezahlter Jobs.

SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ in Düsseldorf und Bochum

Erfolgreiche Tour durch NRW

Fortsetzung von Seite 11

reichen werden, nicht einfach hinzunehmen. Dazu gehören höhere Mindestlöhne, die Eindämmung prekärer Beschäftigung, Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro und der Umbau der „Gesetzlichen“ zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Außerdem setzt sich der SoVD für eine höhere Beschäftigungspflichtquote für Menschen mit Schwerbehinderungen und eine höhere Ausgleichsabgabe für Betriebe ein, die keine oder zu wenige von ihnen einstellen.

Aktionstage verleihen den Forderungen Nachdruck

Die Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ lief in NRW aufgrund der Corona-Lage seit dem 5. Mai zunächst rein digital, nun holt der SoVD seine Tour durch das Bundesland nach. Die Kampagne konzentriert sich dabei auf mehrere typische Erwerbsbiografien, um die Probleme von gering beschäftigten, schlecht bezahlten, arbeitslosen, kranken und behinderten Menschen deutlich zu machen.

Eines der Ziele ist es, den Begriff „Armutsschatten“ zu etablieren, um die Risiken und Nebenwirkungen der aktuellen Arbeitsmarkt-, Familien- und Rentenpolitik zu illustrieren. So kann der Armutsschatten im Lauf der Jahre größer werden.

Lebensläufe aufzeigen, denen Altersarmut droht

Das zeigt sich am Beispiel der verheirateten Frau mit Job, die nach Jahren im Doppelverdiener-Haushalt plötzlich alleinerziehend ist, einen schlechter



Foto: Helmut Etzkorn

Helga Eberhardt aus dem Kreisverband Gütersloh zu Besuch und „bei der Arbeit“ in Bochum.



Foto: Matthias Veit

„Ich liebe diese Damen!“ – Kreisfrauensprecherin Elke Köhn (Mitte) freute sich riesig über den Besuch von Christine Rattay (re.) und Ilse Schulz am Kampagnenstand in Bochum. Frau Rattay war lange Schatzmeisterin im Ortsverband Bochum-Mitte, Frau Schulz (95) viele Jahre Vorsitzende des Ortsverbandes. „Im Ehrenamt entstehen bei uns immer wieder tiefe Freundschaften“, so Köhn weiter.

bezahlten Job in Teilzeit annehmen muss, später Angehörige zu Hause pflegt und mit dieser Vita auf eine Rente zusteuert, die nicht reichen wird.

Über die Aktionen in Hamm, Gelsenkirchen und Bielefeld

wird „SoVD – Soziales im Blick“ in der nächsten Ausgabe berichten. Aktuelle Infos gibt es auf www.armutsschatten.de, auf www.sovd-nrw.de und auf den Social-Media-Kanälen des SoVD NRW.

Vortragsabend der Kreisverbände Herford und Lübbecke in Hüllhorst ergänzt SoVD-Kampagne

Hintergründe zur Angst vor Armut im Alter

Das Anliegen der Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“, mit der der SoVD NRW durch das Bundesland tourt, war auch Thema einer gut besuchten SoVD-Veranstaltung in Hüllhorst am 27. August: „Altersarmut! Faire Teilhabe?“ – Denn Altersarmut ist eine polarisierende Problematik.

Was, wenn die Rente nicht reicht? Wen trifft es besonders hart? Was droht im schlimmsten Fall? Diese und weitere Fragen sollten beim großen Vortragsabend der SoVD-Kreisverbände Herford und Lübbecke in der Ilex-Halle in Hüllhorst (Gemeinde im Kreis Minden-Lübbecke) beantwortet werden.

„Es wird Zeit, dass wir dieses Thema nach Hüllhorst bringen“, verdeutlichte Organisatorin Sylvia Post, die Lübbecke-Kreisfrauensprecherin. Gemeinsam mit SoVD-Mitstreiterin Gisela Möller hatte sie namhafte Rednerinnen und Redner für den Abend gewinnen können.

Der stellvertretende Landrat Michael Großkurth würdigte die Arbeit des SoVD in seiner Begrüßung, kam aber auch schnell zum Kern des Problems: Das Leben vieler sei geprägt von fortschreitenden Existenzängsten. Besonders Frauen seien von Altersarmut betroffen, bedingt durch deutliche Einkommensunterschiede, aber auch Auszeiten für Kindererziehung und die Pflege naher Angehöriger.

Hüllhorsts Bürgermeister Michael Kasche griff diesen Aspekt in seinem Grußwort auf und erinnerte an viele prominente Frauen, die sich in dem Bereich engagieren. Es gebe aber auch viele „Heldinnen, deren Namen weniger bekannt“ seien. Er gab das Beispiel von Lisa Bergmann, einer Frau, die als Ziehmutter für ihn selbst eine wichtige Rolle im Leben gespielt habe. „Sie ist meine persönliche Heldin. Jeder kennt so eine ‚Lisa‘ – und eben jene privaten Heldinnen und Helden sollten es sein, die sich um ihre Zukunft keine Sorgen machen sollten.“

Dass das Thema nicht nur die älteren Generationen, sondern auch jüngere bewegt, zeigten Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Hüllhorst. Nach und nach betraten sie mit Plakaten die Bühne, die die Meilensteine der Frauengeschichte zeigten – angefangen mit der Erlaubnis für Frauen, an deutschen Universitäten zu studieren (1908), über die Einführung der Hausfrauenrente (1958) bis zum Inkrafttreten des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes (1995). „Man sieht: Vom Gedanken zur Tat ist es ein langer Weg. Frauen waren zur Kindererziehung erzogen – sie dachten, sie seien versorgt. Deswegen trifft die Altersarmut sie besonders hart“, erklärte Sylvia Post.

Martin Schmidt, hauptamtlicher Sozialberater und Jurist im SoVD-Kreisverband Lübbecke, stellte aktuelle Zahlen zu Alters-, Erwerbsminderungs-, Hinterbliebenen-, Riester- und Betriebsrenten sowie Beamtenpensionen vor. Deutlich wurde, dass Frauen in den meisten Fällen weniger Geld im Alter zur Verfügung haben als Männer und sich dieser Situation im Voraus auch schon bewusst sind: „Oft haben Frauen einen realistischen Blick auf ihre zu erwartenden Alterseinkünfte – nach dem Motto: ‚Das habe ich schon kommen sehen.‘“

Als Vertreterin der Bundesagentur für Arbeit war Annette Budzynski geladen. Unter dem Motto „Frauen zurück in den Beruf“ erläuterte sie verschiedene Möglichkeiten, nach längerer Pause doch wieder den Weg in einen sozialversicherungs-

pflichtigen Beruf zu finden und damit wichtige Punkte für die Rente zu sammeln. Gerade nach längerer Auszeit seien Frauen häufig unsicher, was sich im Laufe ihrer Abwesenheit verändert habe oder passiert sei. Doch dadurch ergäben sich auch neue Chancen, etwa durch eine Auffrischungsqualifizierung zur Rückkehr in den erlernten Ausbildungsberuf, die Nachqualifizierung für den Fall, dass neue Fähigkeiten abverlangt werden, oder gar eine gänzlich neue Ausbildung. Die Möglichkeiten seien vielfältig. Viele Qualifikationen könne man inzwischen digital erlangen: „Gerade vor dem Hintergrund der Pandemie hat bei vielen Bildungsträgern ein Umdenken stattgefunden.“ Budzynski verwies abschließend auf eine Vielzahl von Beratungsmöglichkeiten.

Eine weitere Rednerin war Janina Blome, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim „Kompetenzzentrum Frau und Beruf“ in Ostwestfalen. Das Zentrum mit Sitz in Bielefeld hat das Ziel, die beruflichen Chancen von Frauen in der Region zu verbessern, und will „die ostwestfälisch-lippische Wirtschaft bei der Hebung des weiblichen Fachkräftepotenzials unterstützen“.

Letzter Programmpunkt war der Vortrag von Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe aus Freiburg. Sie machte nicht nur deutlich, dass Frauen einen viel höheren Anteil an der Kindererziehung haben als Männer, sondern auch, dass zwischen Männern und Frauen Lücken im Bereich der Bruttostundenverdienste und der Alterssicherungsleistungen



Fotos: Finn Luca Zell/Westfalenblatt

Die Mitwirkenden des SoVD-Vortragsabends in Hüllhorst, v. li.: Organisatorin Silvia Post, Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Annette Budzynski, Janina Blome, Martin Schmidt und Gisela Möller.

auseinanderklaffen („Gender Pay Gap“ und „Gender Pension Gap“). Dazu trage besonders der hohe Anteil unbezahlter Haushaltsarbeit bei, den Frauen leisten. Des Weiteren bemängelte sie, dass Frauen häufiger befristete Arbeitsverträge erhielten als Männer. Auch sperrten sich Unternehmen weiterhin dagegen, sich für mehr Frauen in Führungspositionen einzusetzen. Meier-Gräwe verwies

auf „ernüchternde Befunde“ einer Studie, wonach 53 der 160 börsenorientierten deutschen Unternehmen ausdrücklich als Ziel ausgegeben haben, bis 2022 einen Frauenanteil von null Prozent im Vorstand beizubehalten.

Journalist Finn Luca Zell besuchte die Veranstaltung für das Westfalenblatt. Der SoVD NRW dankt ihm und seiner Redaktion für die Erlaubnis, seinen Text in gekürzter und leicht bearbeiteter Fassung für die SoVD-Mitglieder bereitzustellen.

Existenzängste und Altersarmut betreffen besonders Frauen

Unterschiede bei Einkommen, Sorgearbeit und Jobchancen

Beratung nutzen: Frauen zurück in den Beruf und die Sozialversicherung

Nachruf

Die Mitglieder des SoVD-Ortsverbandes Tonnenheide mussten Abschied nehmen von ihrem langjährigen Mitglied

Heinrich Wöstehoff,

der im Alter von fast 98 Jahren am 25. Juli 2021 verstarb.

Er trat bereits auf der 1. Jahreshauptversammlung dem damaligen Reichsbund in Tonnenheide bei. Auf der Gründungsversammlung am 16. September 1948 war zunächst ein vorläufiger Vorstand gewählt worden, der bis zum 1. Dezember 1949 im Amt blieb. Heinrich Wöstehoff übernahm am Tag seines Beitritts sogleich das Amt des Schriftführers, welches er 47 Jahre lang ausübte. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Ehrenamt nahm er gern und häufig an Fahrten und den Veranstaltungen des Ortsverbandes teil.

Insgesamt hielt Heinrich Wöstehoff dem SoVD Tonnenheide mehr als 71 Jahre lang die Treue. Kein Mitglied im Kreisverband Lübbecke kann auf eine so lange Zugehörigkeit zurückblicken, und im Landesverband Nordrhein-Westfalen gibt es wenige Personen mit einer so langen Mitgliedschaft.

Die Mitglieder des Ortsverbandes Tonnenheide werden Heinrich Wöstehoff ein ehrendes Andenken bewahren und sich sicherlich gern und oft an sein ruhiges, freundliches Wesen und seinen stillen Humor erinnern.

Doris Bölk, Ortsverbandsvorsitzende



Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Hüllhorst präsentierten frauenpolitische Meilensteine.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Brake

Am 19. August hielt in Lemgo/Brake der örtliche SoVD seine Jahreshauptversammlung mit Wahlen ab – erstmalig seit den Corona-Beschränkungen. Die Mitglieder konnten sich über ein damit verbundenes, kostenloses Grillfest freuen, das wieder im Garten von Ruth und Jürgen Waldtmann stattfand.

66 Mitglieder durfte der Vorstand begrüßen. Am Eingang überprüfte Inge Heide die Impf-

nachweise. Für eine Sammlung zugunsten von Flutopfern war ein Sparschwein aufgestellt. 300 Euro für das Hotel Lang in Ahrweiler kamen zusammen.

Das ergaben die Wahlen: Helmut Heide ist 1. Vorsitzender, Harry Reese 2. Vorsitzender. Das Protokoll führt Inge Reese, stellvertretend Eva Hermann. Kassiererin ist Ruth Waldtmann, Jürgen Waldtmann ihr Stellvertreter. Als 1. und 2. Revisor fungieren Edwin Hermann und Marc Topp. Als

Frauensprecherin amtiert Waltraud Dreier. Beisitzerinnen sind Inge Heide und Kerstin Topp. Joachim Niewohner trat nach vielen Jahren nicht mehr für das Amt als Kassenprüfer an; zum Abschied bekam er einen Präsentkorb.

Langjährige Mitglieder bedachte der Ortsverband mit einer Urkunde, Blumen und Wein. Hannelore Waldtmann ist schon 40 Jahre im SoVD, Joachim Niewohner 30 Jahre. Bei Helmut und Inge Geisler sind es 10 Jahre.



Ortsverband Dörentrup

Ortsverband Dörentrup

Zu einem Informations- und Grillnachmittag hatte der Ortsverband Dörentrup auf den Forellenhof der Familie Diekmeier in Schwelentrup eingeladen. Unter Einhaltung der 3-G-Coro-

na-Regeln konnte Vorsitzender Heinz-Friedrich Strate 77 Mitglieder und Gäste begrüßen.

Nach dem Essen und Infos zum Ortsverband wurden als Überraschung acht Anwesende für ihre langjährige Mitgliedschaft ge-

eht (Foto, mit dem Vorsitzenden): Elsbeth Völkel und Horst Wehrbein (10 Jahre), Udo Dreyer und Heinz-Werner Schake (20 Jahre), Hilde Diekmeier, Regine Lutz und Ilse Wiebesiek (25 Jahre) sowie Gerd Begemeier (30 Jahre).



Termine



Foto: Wellnhofer Design / AdobeStock

Ortsverband Marl

6. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen zum Thema: „SoVD zur Corona-Zeit“ im Jugendheim von St. Michael, unter Berücksichtigung der Corona-Maßnahmen.

1. Dezember (Vorschau), 16 Uhr: Jahresabschlussversammlung im Montana-Parkhotel.

Ortsverband Rütterscheid / Kreisverband Essen

Der Ortsverband möchte noch keinen Stammtisch durchführen, da er eine Verantwortung seinen Mitgliedern gegenüber hat. Zurzeit steigen die Infektionszahlen wieder, es ist abzuwarten, wie es nun nach den Ferien aussieht. Viele Schülerinnen und Schüler sind noch nicht geimpft. Der Vorstand grüßt herzlich, bittet um Verständnis und wird seine Mitglieder selbstverständlich informieren, wenn die Treffen wieder losgehen – mit Uhrzeit und Ort. Allerdings wird es die Einschränkung „vollständig geimpft oder genesen“ geben.



Sozialberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

In den SoVD-Beratungszentren ist wieder persönliche Beratung möglich. Sofern das notwendig erscheint, können Mitglieder dafür telefonisch Termine vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen! Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Oktober sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.



Foto: Smileus / AdobeStock

KV Bergisches Land: Ruth Ortwig (90).

KV Bielefeld: Ingeborg Stukenbrock (91), Elfriede Krampf (92), Melitta Sommerfeld (95).

KV Bochum-Hattingen: Eveline Benkel (90), Ingeborg Bögner (91), Margret Gorzelitz (92).

KV Dortmund-Lünen: Edith Quick (90), Gertrud Kemper (92), Brigitte Kredig (92), Anton Lütke-Brochtrup (93), Ingeborg Hedtkamp (96), Gustav Kossak (96), Ingeborg Reiffert (96), Helga Kaukel (102).

KV Düsseldorf: Elga Wilms (94).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Margret Roelcke (92), Meta Szallies (93), Paul Brimmers (97).

KV Essen: Waldemar Ullrich (93), Luise Eckhardt (95), Wilhelmine Winkelhake (95).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Martha Korte (103), Karl-Heinz Pfeiffer (90), Ilse Lipka (101), Herta Fügmann (95).

KV Gladbeck: Betty Goll (90).

KV Hamm-Unna-Münster: Hildegard Behrendt (90), Kurt Domrose (92), Alexander Steinwand (93), Maria Pyschny (95).

KV Herford: Helga Schlarman (91), Eva Pregler (99).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Elisabeth Andrae (92).

KV Lippe: Willi Jungemann (90), Helga Kölling (90), Hannelore Bebermeier (93), Kurt Dreves

(93), Marie-Theres Müller (93).

KV Lübbecke: Herta Bohne (90), Herbert Jodozy (90), Anneliese Knollmann (90), Inge Matthies (90), Gisela Zarella (90), Friedrich Lange (91), Helene Sander (91), Anneliese Sudmann (91), Helma Lammert (92), Paul Niedringhaus (92), Rosa Alhorn (93), Ewald Bohne (93), Frieda Liedtke (93), Lisa Wagenfeld (93), Günter Take (94), Anneliese Winkelmann (96), Elfriede Winkelmann (96), Magdalene Niermann (97), Frieda Wiegmann (98), Luise Dittmann (99), Else Beneker (101).

KV Märkischer Kreis: Ruth Hoffmann (90), Margarete Men-

zel (91), Walter Woldeck (92), Heinz Weil (93), Irmgard Neumann (93).

KV Minden: Anneliese Bohnenberg (90), Friedrich Meier (90), Annemarie Teßmer (90), Kurt Filbrandt (93), Walter Kunerth (93), Alfred Hübner (96), Anneliese Niemeyer (97).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Otto Janke (90), Karl Heinz Lauer (90), Gerhard Preuß (90), Gerhard Teske (91), Josefa Wolf (92), Ernst Posser (93), Maria Linnenbaum (96), Werner Pleuger (94).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Margot Ganß (91), Hedwig Schmitz (102).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Hans Wolter und Werner Kunert (Bielefeld), Katharina Hüttemann und Peter Zimmermann (Gütersloh), Irmgard Kreklau (Hamm-Unna-Münster), Margret Daschkey und Horst Trachte (Lippe), Elisabeth Siebeking (Lübbecke), Magret Schuppener (Märkischer Kreis), Dieter Hoppe (Recklinghausen/Borken/Bocholt), Johannes Pelizäus (Westfalen-Ost), Fritz Niedergethmann (Witten).

45 Jahre: Günter Liebendahl (Dortmund-Lünen), Ludger Pattke (Hamm-Unna-Münster), Martin Horstmeier (Lübbecke), Heinz Fuhrmann (Witten).

50 Jahre: Wolfgang Scherer (Düsseldorf), Heinz Biesemann (Essen), Werner Krause (Hamm-Unna-Münster), Reinhold Schmidt (Recklinghausen/Borken/Bocholt), Elfriede Telgenkämper (Witten).

65 Jahre: Richard Gröpler (Hamm-Unna-Münster).

Aus privater Initiative zur Flutopferhilfe wird ein gemeinnütziger Verein

„Es schlägt langsam Wellen“

Als Carsten Lübke von der Insel Fehmarn die Bilder von der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sah, wollte er vor allem eines: helfen. Schnell helfen. Innerhalb weniger Tage wurde aus dem Impuls eine konkrete Idee.

Im kommenden Jahr möchte Carsten Lübke eine betroffene Familie aus den Flutgebieten zu sich nach Hause einladen. „Damit die Leute nach der ganzen Trauer, diesem unglaublichen Stress, eine richtig schöne und entspannte Zeit bei uns erleben können“, so der 62-jährige Ortsverbandsvorsitzende des SoVD auf Fehmarn.

Doch hier machte Carsten Lübke nicht halt. Zusammen mit seiner Frau Helga kontaktierte er Gastronomen und Hoteliers auf der Insel, auch die

Presse berichtete über seine tolle Idee. „Seitdem schlägt die Sache langsam Wellen“, freut sich Carsten Lübke. „Mein Tag beginnt am frühen Morgen und endet um 23 Uhr. Es melden sich so viele Menschen bei mir, ich bin richtig überwältigt. Allein die IFA Fehmarn GmbH hat für das kommende Jahr 14 Urlaubswochen für die Menschen aus den Flutgebieten zugesagt.“

Mittlerweile ist aus der Idee sogar ein gemeinnütziger Verein geworden: Ende August wurde „Hoffnung schenken +

Fehmarn hilft e.V.“ gegründet, Carsten Lübke macht den Vorsitz. Auf diese Weise können auch Menschen helfen, die keine Ferienwohnung oder ein Zimmer anzubieten haben. Auch Geldspenden, egal wie bescheiden, werden so in voller Höhe an die betroffenen Menschen vor Ort weitergegeben. Beim SoVD-Landesverband in Kiel ist man von Lübkes Engagement begeistert: „Wirklich toll, was dort binnen kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde“, so Alfred Bornhalm, der SoVD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein. „Wir unterstützen das Projekt mit unserem eigenen Hotelbetrieb in Büsum, auch dort werden wir im kommenden Jahr kostenlos Gäste aus NRW und Rheinland-Pfalz aufnehmen.“

Um noch mehr bewegen zu können, hat Carsten Lübke inzwischen Kontakt zur Politik aufgenommen. Innerhalb eines Monats konnte er mehr als 300 Zusagen für kostenlose Ferienwochen einsammeln – mit steigender Tendenz. Sein Ziel: Bis zum Jahresende sollen es 500 bis 1.000 Wochen für die Flutopfer werden.



Die Armutsschatten-Tour macht Station in Heide. Auf der Bühne zu sehen (v. l.): Hans Böttcher vom SoVD-Ortsverband Husum, SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm, SoVD-Kreisvorsitzender Hans-Otto Umland und Dr. Klaus Jobmann vom Kinderschutzbund Heide.

Kampagne „Armutsschatten“ in Schleswig-Holstein

Gute Resonanz erhalten

Wie hoch ist das persönliche Risiko zu verarmen? In insgesamt sechs Städten in ganz Schleswig-Holstein machte der Landesverband im August und September auf diese sogenannten „Armutsschatten“ aufmerksam. Trotz Corona ganz nah bei den Menschen, und zwar auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen.

Interessierte Passant*innen konnten anhand eines Rechners das jeweilige Armutrisiko berechnen lassen. Dazu informierten der Landesvorsitzende Alfred Bornhalm und weitere Redner*innen zum Thema Armut in Schleswig-Holstein auf einer Bühne.

Die Resonanz war gut, sodass Alfred Bornhalm ein positives Fazit zog: „Mit unserer Kampagne wollten wir darauf hinweisen, dass fast jeder Mensch in Deutschland mit dem Risiko lebt, in die Armut zu rutschen. Bei bestimmten Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehenden oder Menschen mit Behinderung ist die Wahrscheinlichkeit zu verarmen sogar besonders hoch. Daher ist es gut, dass wir mit der Armutsschatten-Kampagne so viele Bürger*innen erreichen konnten.“

Klausur des Landesvorstandes in Bad Segeberg

Viele Themen erörtert

Der Landesvorstand beschäftigte sich in einer Klausurtagung im August ein ganzes Wochenende mit aktuellen Fragen rund um den SoVD in Schleswig-Holstein wie „Was bringt uns nach vorne?“ und „Wie können wir unsere Zusammenarbeit verbessern?“.

In einer offenen und guten Gesprächsatmosphäre konnten auch „schwierige“ Themen aufgegriffen und umfassend erörtert werden. Alle Beschlüsse dazu wurden einvernehmlich getroffen. Deutlich spürbar war ein ausgeprägtes „Wir-Gefühl“, das zuversichtlich stimmt für die weitere Zusammenarbeit im Vorstand.

Die Themen bewegten sich vom Ausbau des Mitgliederservice, der Neuausrichtung des Erholungszentrums Büsum, der künftigen Nutzung der Häuser in der Muhliusstraße, der Klärung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten des Ehren- und Hauptamtes, der Weiterentwicklung der Sozialberatungszentren bis hin zu einer Optimierung der Kommunikation innerhalb des Landesverbandes.

Der Landesvorstand hat außerdem Kirsten Grundmann, stellvertretende Landesvorsitzende, als Nachfolgerin von Jutta Kühl im Bundesvorstand nominiert.



Helga und Carsten Lübke freuen sich über die große Resonanz von Hoteliers und Vermietern für die Opfer der Flut.

Landesverband spendet an Kinderkrebstation des UKSH in Kiel

SoVD überreicht 2.500 Euro

Seit 2012 hat der Landesverband immer wieder an die kideronkologische Station am UKSH in Kiel gespendet. Inzwischen sind mehr als 20.000 Euro zusammengekommen. Dr. Simon Vieth, Oberarzt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin des UKSH, kann das Geld gut gebrauchen.

„Das ist ein großartiges Engagement. Die Spenden fließen in die Ausstattung der onkologischen Kinderstation auf dem Campus in Kiel und tragen so zu einer besseren körperlichen und psychischen Verfassung der kleinen Patientinnen und Patienten bei“, freute sich Oberarzt Dr. Vieth ebenso wie der Überbringer der Spende, SoVD-Landesvorsitzender Alfred Bornhalm. „Wenn wir dazu beitragen können insbesondere den Kindern auf der onkologischen Station eine kleine Freude zu machen und damit ihren Alltag zumindest etwas zu erleichtern, sind wir sehr zufrieden“, betonte er.



Von links: Pit Horst (Geschäftsführer des UKSH Freunde- und Fördervereins), Dr. Simon Vieth (Oberarzt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin des UKSH), Uwe-Dieter May (SoVD-Landesvorstand), Alfred Bornhalm (SoVD-Landesvorsitzender) und Kirsten Grundmann (stellv. Landesvorsitzende).

Umbau der früheren Landesgeschäftsstelle

Bald neue Wohnungen

Am 19. Juli fand im Kieler Haus des Sports die Kick-off-Veranstaltung für die Fortentwicklung der SoVD-Immobilien in der Kieler Muhliusstraße statt. In den früheren Büroräumen sollen künftig neue Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen entstehen. Alle Wohnungen werden außerdem barrierefrei geplant.

Nach Vorträgen der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Michaela Pries, dem Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Schleswig-Holstein, Michael Saitner, und dem Kieler Stadtrat für Soziales, Wohnen und Sport, Gerwin Stöcken, stellte das Architektenbüro PK+ aus Hamburg eine Reihe von Entwürfen vor, denen die Zielsetzung gemein war, aus den verwinkelten Gebäuden möglichst viel barrierefreie Wohnfläche „herauszuholen“. Solche Wohnungen fehlen auf dem angespannten Kieler Wohnungsmarkt ganz besonders. Auf der Veranstaltung konnten eine Reihe neuer Ideen und Impulse gewonnen werden, wie diese ambitionierte Zielsetzung des SoVD am besten umgesetzt werden kann.

Wir gratulieren



Hans Böttcher (Mitte sitzend) umgeben vom geschäftsführenden Vorstand des Ortsverbandes Husum.

Hans Böttcher kann gleich drei Jubiläen feiern. Seit 50 Jahren ist er Mitglied im Ortsverband Husum, seit 30 Jahren dessen 1. Vorsitzender, und im Juli feierte er seinen 80. Geburtstag.

Stellvertretend für den Ortsverband trafen sich daher die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, um Hans Böttcher zu gratulieren. Außerdem wollte man ihm bei diesem Anlass für seine bisherigen Verdienste für den Husumer Ortsverband danken.

Zur Feier des Tages wurde der neue Anhänger eingeweiht und kurzfristig vor seiner Haustür in eine Bar umfunktioniert – zum Anstoßen mit alkoholfreiem Sekt auf Hans Böttcher.

Das SoVD-Erholungszentrum Büsum wird saniert

Eingeschränkter Betrieb

Nach vielen Beratungen, sachkundigen Empfehlungen und Beschlussfassung durch den SoVD-Landesvorstand wird das „Haus Nordsee“ vom 2. November 2021 bis einschließlich 4. April 2022 saniert.

In der Zeit vom 2. November bis zum 20. März 2022 können Apartments oder Zimmer nur ohne Verpflegung gebucht werden. Da Büsum ein sehr beliebter Urlaubsort direkt an der Nordsee ist, sind viele Restaurants und Imbisse in unmittelbarer Nähe. Auch bei Einladungen zu Feiern im Familien- oder Freundeskreis oder über die Feiertage zu Weihnachten und Neujahr bieten die Häuser einen soliden Komfort zum Übernachten.

Die Apartments kosten pro Übernachtung zwischen 45 und 90 Euro (1 bis 3 Personen). Der Preis pro Übernachtung für ein Einzelzimmer kostet 25 Euro und für ein Doppelzimmer 40 Euro.

Mehr Infos erhalten Sie unter Tel.: 04834/95 250 direkt in Büsum oder auf der Internetseite des Erholungszentrums: www.erholungszentrum-buesum.de.

Ortsverband Ascheberg beging sein 75-jähriges Bestehen

Über 150 Gäste feierten

Der Ortsverband Ascheberg feierte im August seinen 75. Geburtstag – mit Kaffee, Kuchen und Livemusik. Außerdem hatte der Vorstand eine kleine Ausstellung mit Fotos aus den vergangenen Jahren organisiert.

Mehr als 150 Gäste nutzten bei bestem Wetter die Gelegenheit und feierten unter freiem Himmel das Jubiläum. Durch das Programm führte Gudrun Karp, Vorsitzende im Orts- und Kreisverband sowie Landesfrauensprecherin.

Auch der Landesvorsitzende Alfred Bornhalm war nach Ascheberg gekommen, um das Fest zu eröffnen. Die Feiern freuten sich, endlich wieder einmal persönlich zusammenzukommen.



Gudrun Karp und Landesvorsitzender Alfred Bornhalm.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



OV Bad Oldesloe

OV Bad Oldesloe

Mehr als 600 Euro sammelten die Mitglieder für die Opfer der Flutkatastrophe. Zum Sommerfest Mitte August hatten sich 140 Mitglieder angemeldet – auch der Landesvorsitzende, Alfred Bornhalm war vor Ort. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden Andreas Guhr überreichte er 18 Urkunden für langjährige Mitgliedschaft.

OV Eggstedt

Rund 50 Mitglieder waren der Einladung zum Sommerfest gefolgt. Alle freuten sich darüber, endlich wieder persönlich zusammenzukommen. Diverse Gäste wurden für langjährige Mitgliedschaft ausgezeichnet – darunter Helga Kleist, Rudolf Kühl und Klaus Gischas für 20 Jahre. Außerdem dankte die Vorsitzende Rita Schmidt ih-

rem Stellvertreter Gert Sepke für sein fünfjähriges Jubiläum im Vorstand.

OV Elmschenhagen-Kroog-Wellsee

Der Ortsverband nutzte den Tag der offenen Tür in der „anna“ am 7. Juli zu Gesprächen mit seinen Mitgliedern. Gemeinsam mit der 2. Kreisvorsitzenden Astrid Witte war der Vorstand vor Ort.

OV Garding

Im Rahmen des Sommerfestes zeichnete die Vorsitzende Sigrid Keden zusammen mit ihren Vorstandskollegen Karin und Helmut Schmidt, Marga Gripp und Peter Cornills für 20 Jahre Mitgliedschaft aus, Christine Thomsen und Frauke Schlesener begingen sogar ihr 30-jähriges Jubiläum.



OV Neukirchen

OV Bornhöved

Zu Ilse Schröders 100-jährigem Geburtstag am 3. Juli besuchten Frauenbeauftragte Barbara Rehders und der 1. Vorsitzende Michael Hinz die Jubilarin und überreichten ihr einen großen Präsentkorb. Ilse Schröder ist bereits seit 23 Jahren Mitglied im SoVD.

OV Hohenwestedt

Der Ortsverband hatte von Schulleiter Bernd-Erik Wulff erfahren, dass die Kinder der ersten Klasse die nähere Umgebung der Schule erkunden würden. Zu diesem Ereignis bekam jeder Erstklässler vom SoVD einen Gutschein für die örtliche Eisdielen sowie eine Taschenlampe. (s. Foto, v. l.: Schulleiter Bernd-Erik Wulff sowie für den SoVD Kathrin Trüggelmann-Romanow, Gebhard Hartwig, Eva Schmidtke und Monika Heerde).

OV Laboe

Vorsitzender Hans-Jürgen Chinnow begrüßte die Kinder in seiner Heimatgemeinde persönlich bei der Einschulung. Neben Geschenken gab er den Erstklässlerinnen und Erstklässlern auch einige Worte über die Bedeutung der Gemeinschaft mit auf den Weg.

OV Marne

Nach langer Corona-Zwangspause konnte endlich die lange geplante Jahreshauptversammlung nachgeholt werden. Der neue Vorstand besteht nun aus dem 1. Vorsitzenden Detlef Göbbert, seiner Stellvertreterin Simone Diederich, Schatzmeisterin Ute Weber und deren Stellvertreterin Ellen Holzke sowie Schriftführerin Jutta Meier und Frauensprecherin Kirs-

Fortsetzung auf Seite 13



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



OV Bornhöved



OV Garding



OV Hasseldieksdamm Mettenhof



OV Laboe

Fortsetzung von Seite 12

ten Göbbert. Als Beisitzer*innen sind Willi Putzke, Ilke Stöver, Ulla Dockhorn und Jutta Gerbert dabei.

OV Hasseldieksdamm-Mettenhof

Vorsitzender Dieter Kohlmorgen nutzte das Grillfest für die Ehrung langjähriger Mitglieder. Beisitzerin Ernesta Langer ist bereits seit 25 Jahren dabei und wirkte im Vorstand unter anderem als Schriftführerin und Frauensprecherin mit.



OV Zarpen



OV Hohenwestedt



OV Reinsbüttel

OV Neukirchen

Die Vorsitzenden der Ortsverbände Neukirchen, Walter Botte, Wiedingharde-West, Ingrid Petersen, und Aventoft, Hans-Werner Christiansen, besuchten gemeinsam die Emil-Nolde-Schule in Neukirchen und überreichten an die 18 ABC-Schützen je einen Roland-Teddy, Malbücher und Buntstifte. Die Kids waren hoch erfreut.

OV Kronprinzenkoog

Nach langer Corona-Pause konnte der Ortsverband Kronprinzenkoog im Juli endlich seine Mitgliederversammlung durchführen und einen neuen Vorstand wählen. Neuer Vorsitzender ist jetzt Kay Kruse, zum Stellvertreter wurde Jan Schultz gewählt.

OV Sarzbüttel-Odderade

Mittlerweile 25 Jahre führt Klaus-Heinrich Glindemann den Ortsverband in Sarzbüttel-Odderade. Auf der Hauptversammlung ehrte ihn seine



OV Kronprinzenkoog

Stellvertreterin Dagmar Sierks für dieses tolle Engagement. Im Ortsverband hofft man, dass der Jubilar noch einige Jahre im Amt bleibt, das er einst von seinem Schwiegervater übernommen hatte. Alle sind sich einig: Ohne Klaus-Heinrich Glindemann wäre der Ortsverband nicht das, was er heute ist.

OV Tellingstedt

Auf der Mitgliederversammlung konnte die Vorsitzende Renate Eggers insgesamt 28 Ehrungen für 20, 25 und 30 Jahre als letzte Amtshandlung vornehmen. Sie wurde durch die 2. Vorsitzende Inge Scharf verabschiedet. Auch die Ehrengäste, Amtsvorsteher Manfred Lin-

demann, Bürgermeisterin Elke Jasper und Kreisvorsitzender Hans-Otto Umlandt, würdigten ihre hervorragende Arbeit. Zum neuen Vorsitzenden wurde der ehemalige Bürgermeister Helmut Meyer gewählt. Der neue Vorstand besteht weiterhin aus Inge Scharf, Schatzmeister Hans Thomsen, dessen Stellvertreter Karl-Heinz Eggers, Schriftführerin Monika Ehmke und deren Stellvertreterin Elke Blohm. Außerdem dabei sind Isabell Eggers als Frauenbeauftragte sowie Christa Korinth und Ursula Harder als Beisitzerinnen. Als Revisoren fungieren Erwin Grap, Günter Schlüter und Hans-Werner Rix, (s. Foto: Renate Eggers bei ihrer Verabschiedung



OV Sarzbüttel Odderade

mit dem Amtsvorsteher Manfred Lindemann).

OV Warder

Walter Grimm wurde für 30-jährige Mitgliedschaft geehrt, Heidemarie Schumacher und Wolfgang Beilke für 20 Jahre im Vorstand. Anke Kuhn, Reinhold Möller, Elfriede und Manfred Polinowski sowie Jens Steinbrecher bekamen eine Urkunde für ihre jeweils 20-jährige Mitgliedschaft.

OV Witzwort

Überraschung für die Erstklässler: Der Ortsverband hatte kleine Tüten mit Malbuch, Buntstiften und Stundenplänen gepackt und diese bei der Schul-



OV Eggstedt

leitung abgegeben. Die Kinder freuten sich riesig darüber.

OV Zarpen

Die Mitglieder des Ortsverbandes Zarpen haben es nun noch leichter, ihre Ansprechpartner vor Ort zu finden. Seit Kurzem sind die Räumlichkeiten zur Sprechstunde gut sichtbar mit dem neuen Logo versehen.

OV Reinsbüttel

Insgesamt 25 Kilometer war der Ortsverband mit dem Rad unterwegs. Es ging für die Teilnehmer*innen durch die schöne Marsch – inklusive Kaffee und Kuchen direkt am Deich in Hedwigenkoog.



OV Witzwort



OV Tellingstedt



OV Warder



OV Marne



Interview

„Vier Vorsitzende in 70 Jahren“

Der SoVD berät bei Fragen zur Rente oder Behinderung – das wissen viele. Doch das Leben in den zahlreichen Ortsverbänden kennen noch nicht einmal alle Mitglieder. Deshalb stellen wir einmal im Monat jemanden aus dem Ehrenamt vor. In dieser Ausgabe: Helga Behrendsen aus Ahrenviöl.

__Halo Frau Behrendsen, seit 1999 bringen Sie sich ehrenamtlich hier im Ortsverband ein. Warum?

In meinem Beruf als Bankkauffrau hatte ich immer viel mit Menschen zu tun. Als das dann wegbrach, habe ich nach einer Alternative gesucht. Das Miteinander mit anderen Menschen hat mir einfach gefehlt. Da passte es gut, dass der damalige Vorsitzende des SoVD in Ahrenviöl/Ahrenviölfeld, Adolf Henningsen, zur Mitgliederversammlung einlud. Mein Mann war damals bereits Mitglied, ich habe ihn dann begleitet.

__Und dann erstmal „normales Mitglied“ geworden?

Nein (lacht), auf dieser Versammlung wurde schnell klar: Weil es einen neuen ersten Vorsitzenden geben sollte, war noch die Position des Stellvertreters zu besetzen. Andere Kandidaten gab es nicht – und da ich ohnehin bereit für eine neue Aufgabe gewesen bin, habe ich mich zur Wahl gestellt. So konnte ich erstmals in die Vorstandsarbeit beim SoVD hineinschnuppern. Leider ist der 1. Vorsitzende Fritz Hegemann schon im nächsten Jahr gestorben. Dann habe ich diese Rolle übernommen. Da wir einen

gut funktionierenden Vorstand hatten und haben, meisterten wir diese schwere Zeit gemeinsam.

Im Ortsverband Ahrenviöl hat es seit der Gründung 1951 übrigens nur vier 1. Vorsitzende gegeben: Klaus Rübenhagen, Adolf Henningsen, Fritz Hegemann und nun mich.

__Sie könnten sich doch auch anderswo einbringen. Warum ein Ehrenamt beim SoVD?

Ich habe mich hier sofort wohl gefühlt. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen in anderen Ortsverbänden kennen den SoVD, weil sie selbst einmal Hilfe nötig hatten. Zum Beispiel bei Problemen mit der Erwerbsminderungsrente oder der Pflege eines Angehörigen. Das war bei mir nicht so, ich kenne den SoVD ausschließlich aus der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort. Und das macht mir unglaublich viel Spaß. Das Organisieren von Feiern und Festen, wenn wir gemeinsam lachen. Es gab Zeiten, in denen die Hälfte unserer rund 100 Mitglieder zu den Versammlungen gekommen ist.

__Gibt es denn auch Dinge, die Ihnen Sorgen machen? Mit Blick auf Ihr Ehrenamt?

Na ja, ich mache das nun schon mehr als 20 Jahre. Irgendwann ist es auch bei mir einmal genug, daher würde ich mich freuen, wenn ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin in Sicht wäre. Bisher gestaltet sich das jedoch schwierig. Bei uns ist es vor allem deshalb besonders knifflig, weil einige unserer Mitglieder schon ein gewisses Alter erreicht haben.

__Was gefällt Ihnen denn besonders gut an all Ihren Aufgaben?



Helga Behrendsen leitet den Ortsverband Ahrenviöl.

Das eine besondere Ereignis gibt es bei mir nicht. Mir gefällt vor allem die Arbeit mit den Menschen direkt – also, wenn wir uns alle bei den Veranstaltungen sehen. Ob das Vorträge zu sozialen Themen, unser beliebtes Grillfest oder die regelmäßigen Treffen bei Kaffee und Kuchen sind: Es ist immer schön, von den Leuten zu hören, dass es ihnen gut gefallen hat. Besonders gut kommt unsere Weihnachtsfeier an. Da laden wir immer den Kindergarten ein und die Kleinen führen dann oft etwas auf.

__Vermutlich waren die letzten Monate dann schwer für Ihren Ortsverband, oder? Wegen Corona konnte ja kaum etwas stattfinden.

Na klar. Im März 2020 wäre unsere Mitgliederversammlung gewesen. Kurz vorher begann aber der Lockdown, also muss-

ten wir alles absagen. Für einen Ortsverband, der von sozialen Kontakten lebt, ist das natürlich eine schwierige Zeit.

__Wie planen Sie denn aktuell?

Wir vom Vorstand hatten die ganze Zeit telefonischen Kontakt. Zu Weihnachten haben zwei Herren aus dem Vorstand bei allen Mitgliedern persönlich Weihnachtssterne verteilt, da haben sich die Leute sehr gefreut. Jetzt stehen wir natürlich vor der Frage: Wann holen wir die Mitgliederversammlung nach? Werden die Leute überhaupt kommen, auch wenn die meisten geimpft sind? Wir werden uns nun zusammensetzen und in Ruhe über die nächsten Schritte nachdenken. Aber ich bin mir sicher, dass wir in unserem tollen Vorstandsteam gute Ideen für die Zukunft in unserem Ortsverband entwickeln.



Auszeichnungen

Der Vorstand gratuliert herzlich zur Auszeichnung mit dem SoVD-Ehrenschild.

Für 20 Jahre Funktionärstätigkeit: Harald Becker (OV Lohe-Rickelshof / KV Dithmarschen), Johannes-Julius Jespersen (OV Wanderup / KV Schleswig-Flensburg), Heidemarie Schumacher (OV Warder / KV Segeberg), Wolfgang Beilke (OV Warder / KV Segeberg)

Für 25-jährige Funktionärstätigkeit: Ernesta Langer (OV Kiel Hasseldieksdamm-Mettenhof), Elfriede Kelting (OV Marne / KV Dithmarschen).

Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 Mitstreiter*innen. Für das Jahr 2021 lautet unser Wahlspruch:

Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat September sind:

- Michael Pöhls (Kreisverband Stormarn)
- Martina Marquardt (Kreisverband Dithmarschen)
- Siegfried Möhl (Kreisverband Herzogtum Lauenburg)
- Martina Lange (Kreisverband Kiel)
- Heinz Bandlow (Kreisverband Lübeck)
- Thomas Barske (Kreisverband Neumünster)
- Oiken Bruzi (Kreisverband Nordfriesland)

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarb:

Carsten Golde,

ehemaliger langjähriger Vorsitzender Ortsverband Humptrup / Uphusum / Kreisverband Nordfriesland.

Wir werden dem verstorbenen Mitglied immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stor-

marn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.

- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/59 09 960,

zusätzlich Mo–Fr 8–20 Uhr, Sa 8–16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.

- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.